

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2024/202586]

18. APRIL 2024 — Erlass der Regierung zur Abänderung des
verordnungsrechtlichen Teils des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 20, abgeändert durch das Sondergesetz vom 16. Juli 1993;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 7;

Aufgrund des dekretalen Teils des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 14. Dezember 2023, Artikel D.I.6 § 4 Absatz 2, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2022, Artikel D.II.21 § 5, eingefügt durch das Dekret vom 21. November 2022, Artikel D.II.36 § 3 Absatz 2, Artikel D.II.37 § 7 Absatz 2, Artikel D.II.45 § 3 Absatz 1 Nummer 2 und Absatz 7, ersetzt durch das Dekret vom 21. November 2022, Artikel D.II.57.1 § 1 Nummer 2, eingefügt durch das Dekret vom 21. November 2022, Artikel D.II.57.3 Absatz 1 Nummer 2, eingefügt durch das Dekret vom 21. November 2022, Artikel D.II.57.7 Absatz 1, eingefügt durch das Dekret vom 21. November 2022, Artikel D.IV.1 § 2, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2022, Artikel D.IV.4 Absatz 1 Nummern 7 und 9, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2022, Artikel D.IV.9.1 Nummer 1, eingefügt durch das Dekret vom 21. November 2022, Artikel D.IV.22 Absatz 3, ersetzt durch das Dekret vom 21. November 2022, Artikel D.IV.26 § 1 Absätze 2 und 3, Artikel D.IV.35 § 2 Absatz 1, abgeändert durch das Dekret vom 10. Dezember 2020, Artikel D.IV.40 Absatz 1, Artikel D.IV.54 § 2 Absatz 2 und § 3 Absatz 2, eingefügt durch das Dekret vom 21. November 2022, Artikel D.IV.60 Absatz 4, eingefügt durch das Dekret vom 21. November 2022 und abgeändert durch das Dekret vom 14. Dezember 2023, Artikel D.IV.72.1 Absatz 3, eingefügt durch das Dekret vom 14. Dezember 2023, Artikel D.IV.73 Absatz 2, ersetzt durch das Dekret vom 14. Dezember 2023, Artikel D.IV.73.1 § 1 Absatz 3, ersetzt durch das Dekret vom 14. Dezember 2023, Artikel D.IV.109.5 Absatz 2, eingefügt durch das Dekret vom 21. November 2022, Artikel D.VII.1ter § 1, eingefügt durch das Dekret vom 14. Dezember 2023, Artikel D.VII.18 § 3 Absatz 1 und § 4 Absatz 1, ersetzt durch das Dekret vom 21. November 2022, Artikel D.VIII.7 § 3;

Aufgrund des verordnungsrechtlichen Teils des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 6. Februar 2020 zur Bestellung des mit der Beitreibung von administrativen Geldbußen beauftragten Bediensteten des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Gutachtens des Beirats für Raumordnung vom 23. August 2023;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 19. Dezember 2023;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 20. Dezember 2023;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 75.498/4 des Staatsrates, das am 20. März 2024 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des für die Raumordnung zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - Artikel R.0.1-1 Nummer 6 des verordnungsrechtlichen Teils des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung wird aufgehoben.

Art. 2 - Artikel R.0.1-2 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch den Erlass der Wallonischen Regierung vom 9. Mai 2019 und den Erlass der Regierung vom 19. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird zwischen das Wort "Verfahren" und das Wort "zur" die Wortfolge "und die Entscheidungen" eingefügt;

2. In Absatz 2 wird zwischen das Wort "Verfahren" und das Wort "zur" die Wortfolge "und die Entscheidungen" eingefügt und die Wortfolge "neuzugestaltenden Standorts, sei dieser in der Liste der Landschafts- und Umweltsanierungsgelände aufgenommen oder nicht," durch das Wort "Sanierungsstandorts" ersetzt;

3. Absatz 3 wird wie folgt ersetzt:

"Der Minister für Raumordnung ist in den in Absatz 2 genannten Fällen auch für das kombinierte Verfahren und die Entscheidungen zuständig, die im Artikel D.II.54 erwähnt werden."

4. Absatz 5 wird aufgehoben.

Art. 3 - Die Überschrift von Buch I Einziger Titel Kapitel III Abschnitt 2 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

"Abschnitt 2 - Die Beschwerdekommision"

Art. 4 - In Artikel R.I.6-1 Absatz 1 desselben Gesetzbuches wird das Wort "Kommission" durch das Wort "Beschwerdekommision" ersetzt.

Art. 5 - In Artikel R.I.6-2 Absatz 1 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 19. Dezember 2019, wird das Wort "Kommission" durch das Wort "Beschwerdekommision" ersetzt.

Art. 6 - Artikel R.I.6-3 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 wird das Wort "Kommission" durch das Wort "Beschwerdekommision" ersetzt;

2. In § 2 wird das Wort "Kommission" jeweils durch das Wort "Beschwerdekommision" ersetzt.

Art. 7 - Artikel R.I.6-4 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort "Kommission" durch das Wort "Beschwerdekommision" ersetzt und folgender Satz eingefügt:

"Die Stellungnahme enthält einen begründeten Beschlussvorschlag."

2. In Absatz 3 wird das Wort "Kommission" durch das Wort "Beschwerdekommision" ersetzt.

3. In Absatz 4 wird das Wort "Kommission" jeweils durch das Wort "Beschwerdekommision" ersetzt.

4. In Absatz 5 wird das Wort "Kommission" durch das Wort "Beschwerdekommision" ersetzt.

Art. 8 - Artikel R.I.6-5 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

„Der Vorsitzende der Beschwerdekommision oder sein Vertreter haben Anrecht auf Anwesenheitsgeld in Höhe von 75 Euro je behandelte Akte, mit einem Mindestbetrag von 150 Euro und einem Höchstbetrag von 300 Euro pro Tag, sowie auf die im Erlass der Regierung vom 12. Juli 2001 zur Harmonisierung der Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen in Gremien und Verwaltungsräten der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehene Fahrtkostenentschädigung.“

2. In Absatz 2 wird das Wort „Kommission“ durch das Wort „Beschwerdekommision“ ersetzt.

Art. 9 - In Buch 1 Einziger Titel desselben Gesetzbuches wird folgendes Kapitel V.1 eingefügt:

„Kapitel V.1 - Fonds für Nachhaltigkeit“

Art. 10 - Die Überschrift von Buch 2 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

„Buch 2 - Planung und Areale“

Art. 11 - In Buch 2 Titel 2 Kapitel II Abschnitt 1 Unterabschnitt 3 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.II.21-11 eingefügt:

„Art. R.II.21-11 - Die koordinierten Sektorenpläne der Deutschsprachigen Gemeinschaft umfassen die Teile der Sektorenpläne VERVIERS-EUPEN, genehmigt durch den Königlichen Erlass vom 28. August 1979, HAUTES-FAGNES, genehmigt durch den Königlichen Erlass vom 28. August 1979, und MALMEDY-SAINT-VITH, genehmigt durch den Königlichen Erlass vom 19. November 1979, die sich auf das deutsche Sprachgebiet beziehen.“

Art. 12 - Artikel R.II.36-5 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 1. Juli 2021, wird wie folgt ersetzt:

„Art. R.II.36-5 - Teiche

Ein oder mehrere Teiche werden erlaubt, wenn alle nachstehenden Bedingungen kumulativ erfüllt sind:

1. Die Wassertiefe des Teiches oder der Teiche beträgt höchstens 2 Meter.
2. Die Höchstfläche des Teiches oder der Teiche beträgt insgesamt 10 Ar.
3. Mindestens ein Drittel des um den Teich oder die Teiche liegenden Geländes weist ein sehr geringes Gefälle auf.
4. Der Teich hat oder die Teiche haben einen unregelmäßigen Rand.
5. Um den Teich oder um die Teiche herum gibt es eine nicht bewirtschaftete oder nur extensiv bewirtschaftete Pufferzone.

6. Die Wasseroberfläche wird durch Baumbepflanzung teilweise beschattet.“

Art. 13 - Artikel R.II.36-11 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 1. Juli 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird das Wort „Windturbine“ durch das Wort „Windkraftanlage“ ersetzt.

2. In Absatz 3 Nummer 1 wird zwischen das Wort „einem“ und das Wort „bestehenden“ das Wort „legal“ eingefügt.

Art. 14 - In Artikel R.II.37-11 § 2 Nummer 3 desselben Gesetzbuches wird das Wort „wenigstens“ durch das Wort „maximal“ ersetzt.

Art. 15 - In Artikel R.II.37-14 Absatz 1 desselben Gesetzbuches wird das Wort „Städtebaugenehmigung“ jeweils durch das Wort „Genehmigung“ und das Wort „Verstädterungsgenehmigung“ jeweils durch das Wort „Städtebaubeseitigung“ ersetzt.

Art. 16 - Artikel R.II.45-1 § 1 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

„§ 1 - Eine Ausgleichsmaßnahme auf operativer Ebene trägt insbesondere dazu bei:

1. Handlungen und Arbeiten zur Sanierung, Renovierung und Grundstücksanierung, Bau- oder Wiederaufbauhandlungen und -arbeiten durchzuführen, um das Verstädterungspotential des betroffenen Gutes wiederherzustellen;
2. Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung durchzuführen;
3. Maßnahmen zur Wiederaufwertung und Entwicklung städtischer Funktionen durchzuführen.“

Art. 17 - Artikel R.II.45-2 Absatz 3 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

„Die Art der alternativen Ausgleichsmaßnahme ist vorzugsweise gebunden an die Art der Auswirkungen, die auszugleichen sind. Eine Kombination von Maßnahmen auf operativer Ebene, auf Umweltebene und auf Ebene des Energie- oder Mobilitätsbereichs ist möglich.“

Art. 18 - In Buch 2 desselben Gesetzbuches wird folgender Titel 2.1 eingefügt:

„TITEL 2.1 - AREALE“

Art. 19 - In Buch 2 Titel 2.1 desselben Gesetzbuches wird folgendes Kapitel I, das die Artikel R.II.57.1-1 bis R.II.57.1-3 umfasst, eingefügt:

„KAPITEL I - ALLGEMEINES“

Art. 20 - In Buch 2 Titel 2.1 Kapitel I desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.II.57.1-1 eingefügt:

„Art. R.II.57.1-1 - Die in Artikel D.II.57.1 § 1 Nummer 2 erwähnten Handlungen und Arbeiten zur Sanierung umfassen:

1. die Sofortmaßnahmen bezüglich:
 - a) der Abbrüche, die durch einen Erlass des Bürgermeisters aus Gründen der öffentlichen Sicherheit angeordnet werden;
 - b) der Beseitigung der Gefahren für die Nachbarschaft, die mit dem Risiko einer mangelnden Festigkeit von Bauwerken, Bauelementen oder Ausrüstungen verbunden sind;
 - c) der Beseitigung der Unfallrisiken für die Personen, die das Gut betreten, im Zusammenhang mit den Geländen, Bauwerken, Bauelementen oder gefährlichen Ausrüstungen;
 - d) der Begrenzung des Zugangs für unbefugte Fahrzeuge und Personen zu den Geländen und Bauwerken, die zu Hausbesetzung, Alltagskriminalität, unerlaubten Aktivitäten, unbefugten Schüttungen oder Bildung von Deponien, je nach den örtlichen Gegebenheiten, verleiten könnten;
 - e) der vorsorglichen Maßnahmen der zu erhaltenden Bauwerke, Bauelemente oder Ausrüstungen, die von Schädigung durch menschliches Eingreifen (Vandalismus, wilde Beschädigungen, Diebstähle) oder wegen der klimatischen Bedingungen bedroht werden, wie z. B. Sicherungsarbeiten, Abdeckung der Dächer mit Planen, Verstopfen der Öffnungen, Verrohrung der defekten Wasserregenfallrohre oder Beseitigung der pflanzlichen Parasiten;
2. die Sammlung, Entsorgung oder Behandlung der Produkte, Materialien, Ausrüstungen, des Schutts und Abfalls, die zurückgelassen wurden oder sich aus den Maßnahmen ergeben; die Entleerung der Keller, Tanks, Kanalisationen, das Ausschlämmen der Gruben, Teiche und Becken; die Behandlung der Abwässer; die Vernichtung und Behandlung der Abfälle in Anwendung des Dekrets der Wallonischen Region vom 27. Juni 1996 über die Abfälle;
3. den Abbruch der Bauwerke und Ausrüstungen, einschließlich der unterirdischen Strukturen und nach den folgenden Bestimmungen:

- a) das Einschlagen der hohlen eingegrabenen Strukturen, Keller, Kanalisationen, Stollen und Tanks, ungeachtet deren Tiefe;
- b) der Abbruch der vollen eingegrabenen Strukturen, Grundmauern, Fundamente, Grundplatten bis zu einer Tiefe von einem Meter unter dem Niveau nach Fertigstellung oder in einer größeren Tiefe, wo sie ein Hindernis zum Wiederaufbau bilden;
- c) die Darstellung auf einem Markierungsplan der aufrechterhaltenen eingegrabenen Strukturen, mit Ausnahme der wiederverwendbaren Grundmauern, dokumentiert mit einem Plan;
4. das Gestrüppentfernen und die Reinigung der Gelände;
 5. die Erd- und Einebnungsarbeiten, einschließlich der Erdab- und Zufuhr und der Stabilisierung der Gelände;
 6. die Anpflanzung von Rasen, die Zierbepflanzung und die Aufforstung;
 7. die Instandsetzung der Bauwerke zur Abführung, Sammlung und Rückführung des Regenwassers, die ausschließlich für den Standort bestimmt sind;
 8. die Reparatur-, Schutz- und Stabilisierungsarbeiten an den durch die Abbrüche frei gewordenen Geländen, Anlagen und Ausrüstungen, oder die sich aus den Dienstbarkeiten auf dem Immobiliengut ergeben;
 9. die Instandsetzung, Ersetzung oder das Anlegen von Zäunen, Einfriedungsmauern, Türen und Toren;
 10. unbeschadet des Dekrets der Wallonischen Region vom 1. März 2018 über die Bodenbewirtschaftung und -sanierung, die Sanierung des Bodens;
 11. die Arbeiten zum Teilabbau und die Reinigung in den zu erhaltenden Bauwerken.“

Art. 21 - In Buch 2 Titel 2.1 Kapitel I desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.II.57.1-2 eingefügt:

“Art. R.II.57.1-2 - Die in Artikel D.II.57.1 § 1 Nummer 2 erwähnten Handlungen und Arbeiten zur Renovierung umfassen bezüglich der bestehenden, an Ort und Stelle gehaltenen Immobilien, deren Baugestaltung unangetastet bleibt, die Bekämpfung von Pilzkrankheiten, den Abbau, die Reinigung, die Wiederinstandsetzung oder die Ersetzung der Strukturbauelemente und der Außenmauern, einschließlich des Schutzes durch Verkleidung oder Hydrophobierung und deren Isolierung sowie der Außenholzwerke, der Dachstühle, Dachhäute und der Isolierung der Dächer, der Sonnenpaneele, falls sie fester Bestandteil der Dachhaut sind, der Schornsteine, Gesimse, Dachrinnen, der Regenfallrohre und Einbauten zur Ableitung des Regenwassers, sowie der damit verbundenen Studien.“

Art. 22 - In Buch 2 Titel 2.1 Kapitel I desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.II.57.1-3 eingefügt:

“Art. R.II.57.1-3 - Die zur Sanierung und Renovierung des Standorts geplanten Handlungen und Arbeiten, die Teil der Antragsakte auf Verabschiedung oder Abänderung des Areals sind, dürfen sich nicht auf ein Immobiliengut beziehen, das in Anwendung des Denkmalschutzdekrets vorläufig oder endgültig geschützt ist oder sich in einer archäologischen Stätte befindet.“

Art. 23 - In Buch 2 Titel 2.1 desselben Gesetzbuches wird folgendes Kapitel II eingefügt:

“KAPITEL II - VERFAHREN ZUR VERABSCHIEDUNG DES AREALS“

Art. 24 - In Buch 2 Titel 2.1 Kapitel II desselben Gesetzbuches wird folgender Abschnitt 1, der die Artikel R.II.57.3-1 bis R.II.57.3-2 umfasst, eingefügt:

“Abschnitt 1 - Initiativrecht und Vorschlag“

Art. 25 - In Buch 2 Titel 2.1 Kapitel II Abschnitt 1 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.II.57.3-1 eingefügt:

“Art. R.II.57.3-1 - Der Minister entscheidet innerhalb einer Frist von 20 Tagen nach dessen Eingang über die Vollständigkeit und die Zulässigkeit des Antrags.“

Art. 26 - In Buch 2 Titel 2.1 Kapitel II Abschnitt 1 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.II.57.3-2 eingefügt:

“Art. R.II.57.3-2 - Die in Artikel D.II.57.3 Absatz 1 Nummer 2 erwähnte Musterkarte stellt das Areal dar und besteht aus den folgenden vier Teilen, die je nach Fläche des Areals jeweils im Format A4 oder in einem Mehrfachen dieses Formats erstellt und auf das Format A4 gefaltet werden:

1. die Abgrenzung des geplanten Areals mit Angabe, vor dem Hintergrund eines Katasterplans:
 - a) für jede Parzelle des Areals, der entsprechenden Katasternummer;
 - b) der geographischen Nordrichtung;
 - c) des Planmaßstabs;
2. die Katasterinformationen, gegebenenfalls abgeändert vom Einnehmer des Registrierungsamtes und in der Form einer Tabelle dargestellt, die ebenso viele Zeilen wie die Anzahl der vom Arealentwurf betroffenen Parzellen und fünf Spalten mit folgenden Überschriften enthält:
 - a) Nr.: die Zeilennummer in der Tabelle;
 - b) Nummer: die Katasternummer einer Parzelle oder des Teils einer Parzelle, die/der Bestandteil des geplanten Areals ist, samt Angabe der Gemeinde und Katastergemarkung und -flur;
 - c) Art: die Art der/des betroffenen Parzelle/Parzellenteils, nach Maßgabe der Katasterinformationen;
 - d) Gesamtfläche: die Gesamtfläche der/des betroffenen Parzelle/Parzellenteils, unterteilt in drei Teilspalten, die jeweils der Anzahl Hektar (ha), Ar (a), und Zentiar (ca) entsprechen;
 - e) Eigentümer: die Identität und Anschrift des/der Eigentümer(s) der/des betroffenen Parzelle/Parzellenteils;
3. die Abgrenzung des geplanten Areals, vor dem Hintergrund eines Kartenauszugs des Nationalen Geographischen Instituts im Maßstab 1/10.000;
4. für den Sanierungsstandort, ein amtliches, vom Einnehmer des Registrierungsamtes des betroffenen Gebiets erstelltes Dokument, das die Eigentumstitel an den im Areal des Standorts aufgenommenen Parzellen samt Datum der entsprechenden Recherche aufführt.

Die Tabelle gemäß Absatz 1 Nummer 2 ist die folgende:

Nr.	NUMMER	ART	GESAMTFLÄCHE			EIGENTÜMER
			ha	a	ca	
Insgesamt:						

Die Eigentumstitel gemäß Absatz 1 Nummer 4 enthalten die folgenden Angaben:

- falls es um eine natürliche Person geht, den Namen, den/die Vornamen, den Wohnsitz, den Geburtsort und das Geburtsdatum;
- falls es um eine Gesellschaft geht, die Rechtsform, der Name, der Gesellschaftssitz, der/das Gründungs- und datum und die Unternehmensnummer;
- für jedes Gut die Herkunft des Eigentums und der letzte übertragene Titel, wenn er weniger als 30 Jahre alt ist, und die Identität des Verkäufers.

Wenn sie die Karte an den Fachbereich übermittelt, sendet die in Artikel D.II.57.2 Absatz 1 Nummer 2 oder Nummer 3 genannte Person eine Ausfertigung im Textformat auf EDV-Träger, und dies im Textformat, was den Kartenteil gemäß Absatz 1 Nummer 2 betrifft, und im PDF-Format, was die Kartenteile gemäß Absatz 1 Nummern 1, 3 und 4 betrifft."

Art. 27 - In Buch 2 Titel 2.1 Kapitel II desselben Gesetzbuches wird folgender Abschnitt 2 eingefügt:

"Abschnitt 2 - Verfahren"

Art. 28 - In Buch 2 Titel 2.1 desselben Gesetzbuches wird folgendes Kapitel III, das die Artikel R.II.57.7-1 und R.II.57.9-1 umfasst, eingefügt:

"KAPITEL III - BESONDERE BESTIMMUNGEN FÜR SANIERUNGSSTANDORTE"

Art. 29 - In Buch 2 Titel 2.1 Kapitel III desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.II.57.7-1 eingefügt:

"Art. R.II.57.7-1 - Die Regierung bestellt die Bediensteten, die befugt sind, die Ermittlungen und Kontrollen gemäß Artikel D.II.57.7 vorzunehmen.

Die Bediensteten können alle Personen heranziehen, die ihnen zur zweckmäßigen Erfüllung ihres Auftrags erforderlich erscheinen."

Art. 30 - In Buch 2 Titel 2.1 Kapitel III desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.II.57.9-1 eingefügt:

"Art. R.II.57.9-1 - Der Minister erlaubt den Eigentümern, die im vorgeschlagenen oder endgültig festgelegten Areal des Sanierungsstandorts befindlichen Güter zu veräußern bzw. mit dinglichen Rechten zu belasten."

Art. 31 - Artikel R.IV.1-1 desselben Gesetzbuches, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 26. Januar 2023, wird wie folgt abgeändert:

- Die Zeile A2 der Nomenklatur wird aufgehoben.
- In der Zeile B8 der Nomenklatur wird die Wortfolge "der gebildeten Einheit" durch die Wortfolge "des Bestands" ersetzt.
- In der Zeile D der Nomenklatur wird die Wortfolge "oder touristischer Beherbergungsstätten" eingefügt.
- In der Zeile D1 der Nomenklatur wird die Wortfolge "Schaffung einer Wohnung oder einer touristischen Beherbergungsstätte" durch die Wortfolge "Schaffung einer oder mehrerer Wohnungen oder einer oder mehrerer touristischen Beherbergungsstätten" ersetzt.
- Die Zeile D2 der Nomenklatur wird aufgehoben.
- In der Zeile E2 der Nomenklatur wird das Wort "Einrichtung" durch das Wort "Anlage" ersetzt.
- In der Zeile E3 der Nomenklatur wird das Wort "Einrichtung" durch das Wort "Anlage" ersetzt.
- Unter Punkt E der Nomenklatur werden folgende Zeilen 7 bis 9 eingefügt:

		7	Instandsetzungs- und Reparaturarbeiten an Beton- und Teerflächen, wenn diese Arbeiten eine Gesamtfläche pro Gut von maximal 20 m ² betreffen.	x		x
		8	Instandsetzungs- und Reparaturarbeiten an Beton- und Teerflächen, die die Bedingung in Punkt 7 nicht erfüllen.			x
		9	Abbruch oder Entfernung von Beton- oder Teerflächen, sofern die Abfälle aus dem Abbruch oder aus der Entfernung gemäß der geltenden Gesetzgebung entsorgt werden.	x		x

9. In der Zeile F4 der Nomenklatur wird der Buchstabe a) wie folgt ersetzt:

"a) sie liegen in näherer Umgebung eines legal bestehenden Gebäudes und bilden mit diesem eine funktionelle Einheit;"

10. In der Zeile F4 der Nomenklatur wird der Buchstabe b) wie folgt ersetzt:

"b) sie sind mit der öffentlichen Straße verbunden; außer im Gewerbegebiet darf die Zufahrt eine maximale Breite von 6 Metern aufweisen;"

11. In der Zeile F4 der Nomenklatur wird der Buchstabe *d*) wie folgt ersetzt:

“d) sie haben eine maximale Fläche von

- 300,00 m² im Gewerbegebiet;

- 100,00 m² in anderen Gebieten;”

12. In der Zeile F5 der Nomenklatur wird die Wortfolge “, die in näherer Umgebung eines legal bestehenden Gebäudes oder einer legal bestehenden Anlage liegen und mit ihm/ihr eine funktionelle Einheit bilden” gestrichen.

13. In der Zeile H2 der Nomenklatur wird die Wortfolge “diese Einrichtungen” durch die Wortfolge “den Pool” ersetzt.

14. In der Zeile I der Nomenklatur wird die Wortfolge “Tümpel und” gestrichen.

15. Die Zeile I1 der Nomenklatur wird wie folgt abgeändert:

a) Die Wortfolge “diese Einrichtungen” wird durch die Wortfolge “den Teich” ersetzt.

b) Die Wortfolge “Tümpel und” wird gestrichen.

c) Zwischen der Angabe “100,00 m².” und dem Wort “Die” wird die Wortfolge “Mindestens ein Drittel des Uferbereichs weist ein sehr geringes Gefälle (< 30°) auf.” eingefügt.

16. In der Zeile I2 der Nomenklatur wird die Wortfolge “und Tümpel” gestrichen.

17. In der Zeile I3 der Nomenklatur wird die Wortfolge “und Tümpel” gestrichen.

18. In der Zeile J1 der Nomenklatur wird das Wort “Einrichtungen” durch das Wort “Anlagen” ersetzt.

19. Die Zeile J3.1 der Nomenklatur wird wie folgt ersetzt:

		3.1	Anlage von Schottergärten mit maximal 8 m ² bedeckte Gartenfläche pro Gut (außerhalb der Wege).	x		x
--	--	-----	--	---	--	---

20. Die Zeile J3.2 der Nomenklatur wird wie folgt ersetzt:

		3.2	Anlage von Schottergärten mit einer Gesamtfläche pro Gut von mehr als 8 m ² (außerhalb der Wege).		x	x
--	--	-----	--	--	---	---

21. In der Zeile J6 der Nomenklatur wird das Wort “Einrichtungen” durch das Wort “Anlagen” ersetzt.

22. Die Zeile L1 der Nomenklatur wird wie folgt ersetzt:

L	Erneuerbare Energien Module zur Erzeugung von Strom oder Wärme	1	<p>1. Die Einrichtung eines oder mehrerer Module zur Erzeugung von Strom oder Wärme aus Solarenergie als Energiequelle sowie die dazugehörige Energiespeicheranlage, sofern sie damit verbunden ist und sich auf demselben Gut befindet, wie z.B. eine Batterie, wenn das oder die Module:</p> <p><i>a)</i> entweder in ein legal bestehendes Gebäude integriert oder an diesem angebracht sind, entweder an der Fassade oder auf dem Dach,</p> <p><i>b)</i> oder auf einer legal bestehenden künstlichen Struktur angebracht sind, wie einer Straße, einem Parkplatz, einem Eisenbahngleis, einem Bahnsteig, einem Lagerplatz für Materialien oder Waren, mit Ausnahme von künstlichen Wasserflächen.</p> <p>2. Der Ersatz eines oder mehrerer legal bestehender Module zur Erzeugung von Strom oder Wärme aus Solarenergie als Energiequelle, wenn es nicht zusätzlichen Platz beansprucht und den für die ursprüngliche Anlage festgelegten geltenden Umweltverträglichkeitsmaßnahmen entspricht.</p> <p>3. Die Einrichtung einer Wärmepumpe (einschließlich geothermischer Wärmepumpen) mit einer elektrischen Kapazität von weniger als 50 Mw und einer maximalen Tiefe von 500 Metern, die:</p> <p><i>a)</i> entweder in einem legal bestehenden geschlossenen Bauwerk errichtet werden,</p> <p><i>b)</i> oder mit einem Schallschutzgehäuse versehen sind und in mindestens 2 Metern Abstand zur Grundstücksgrenze gelegen sind.</p> <p>4. Die Einrichtung einer Wärmepumpe (einschließlich geothermischer Wärmepumpen) mit einer elektrischen Kapazität von höchstens 12 Kw, die:</p> <p><i>a)</i> in mindestens 2 Metern Abstand zur Grundstücksgrenze gelegen ist;</p> <p><i>b)</i> und entweder mit einem Schallschutzgehäuse versehen oder in 15 Metern zum nächsten Wohngebäude (außer dem eigenen) gelegen ist.</p>	x		x
---	--	---	---	---	--	---

23. Unter Punkt L der Nomenklatur wird folgende Zeile 1.1 eingefügt:

		1.1	Die Einrichtung einer Wärmepumpe bis zu 300 kW, die die in Punkt 1 genannten Bedingungen nicht erfüllt.		x	x
--	--	-----	---	--	---	---

24. In der Zeile L2 der Nomenklatur wird zwischen das Wort "gelegenen" und das Wort "Bauten" die Wortfolge "legal bestehenden" eingefügt.

25. In der Zeile N4 der Nomenklatur wird zwischen das Wort "Tierunterkünften" und das Wort ", die" die Wortfolge "bis zu einer maximalen Gesamtfläche sämtlicher Tierunterkünfte auf dem Gut von höchstens 100 m²" eingefügt und die Wortfolge "der Punkte 1 bis 2" durch die Wortfolge "des Punktes 2" ersetzt.

26. Unter Punkt N der Nomenklatur wird folgende Zeile 4.1 eingefügt:

		4.1	Aufstellung oder Bau von Tierunterkünften, die die Bedingungen der Punkte 2 oder 4 nicht erfüllen.			x
--	--	-----	--	--	--	---

27. In der Zeile N5 der Nomenklatur wird das Wort "Bienenstöcke" durch das Wort "Bienenhäuser" ersetzt.

28. In der Zeile O5 der Nomenklatur wird zwischen das Wort "Foliengewächshäusern" und das Wort ", die" die Wortfolge "bis zu einer maximalen Gesamtfläche auf dem Gut von höchstens 100 m²" eingefügt.

29. Unter Punkt O der Nomenklatur wird folgende Zeile 5.1 eingefügt:

		5.1	Hagelnetze und Einrichtung von Foliengewächshäusern, die die in den Punkten 4 oder 5 erwähnten Bedingungen nicht erfüllen.			x
--	--	-----	--	--	--	---

30. Die Zeile T2 der Nomenklatur wird wie folgt ersetzt:

		2	Bedeutende Änderung des Bodenreliefs im Sinne des Artikels R.IV.4-3 in einem Umkreis von 30,00 m von einem/einer auf demselben Gut legal bestehenden Bauwerk bzw. Anlage.		x	x
--	--	---	---	--	---	---

31. Die Zeile U1 der Nomenklatur wird wie folgt ersetzt:

U	Nutzung eines Grundstücks als Abstell- bzw. Lagerort und für mobile Anlagen	1	Nutzung eines Grundstücks für die Aufstellung einer oder mehrerer mobiler Anlagen im Sinne des Artikels D.IV.4 Absatz 1 Nummer 15 Buchstabe b), zum Zwecke der Einrichtung von Campings auf Bauernhöfen.			x
---	---	---	--	--	--	---

32. Die Zeile U2 der Nomenklatur wird wie folgt ersetzt:

		2	Gewöhnliche Benutzung eines Grundstücks: - als Abstell- bzw. Lagerort für ein oder mehrere gebrauchte Fahrzeuge, Schrott, Materialien oder Abfall; - zur Aufstellung einer oder mehrerer mobiler Anlagen wie Reklameanhänger, Planwagen, Wohnwagen, Altfahrzeuge oder Zelte, mit Ausnahme der mobilen Unterkünfte im Sinne des Dekrets vom 23. Januar 2017 zur Förderung des Tourismus.		x	x
--	--	---	---	--	---	---

33. Die Zeile V1 der Nomenklatur wird wie folgt ersetzt:

V	Touristische Beherbergungs- und Freizeitstruktur	1	Aufstellung einer oder mehrerer zur Touristenunterkunft für eine zeitweise oder saisonbedingte Benutzung bestimmten und leicht abzubauenen und zu transportierenden Strukturen, sofern folgende Bedingungen gleichzeitig erfüllt sind: a) die mobile Unterkunft hat eine maximale Fläche von 50,00 m ² ; b) ihre Aufstellung oder Errichtung erfordert keine bedeutende Änderung des Bodenreliefs; c) sie befindet sich auf einem Campingplatz im Sinne des Dekrets vom 23. Januar 2017 zur Förderung des Tourismus.	x		x
---	--	---	--	---	--	---

34. Die Zeile V2 der Nomenklatur wird aufgehoben;
35. Die Zeile V3 der Nomenklatur wird wie folgt ersetzt:

		3	Bau oder Aufstellung pro Gut von einer Holzhütte oder einem Zelt oder einem Tipi oder einer Jurte oder einer Traglufthalle in einem Forstgebiet.		x	x
--	--	---	--	--	---	---

36. In der Zeile W5 der Nomenklatur wird die Wortfolge "des Untergrunds" gestrichen
37. In der Zeile X1 der Nomenklatur wird das Wort "Einrichtungen" durch das Wort "Anlagen" ersetzt.
38. Die Zeile X3 der Nomenklatur wird wie folgt ersetzt:

		3	Aufstellung von höchstens einem oberirdischen Tank pro Gut.		x	x
--	--	---	---	--	---	---

39. Die Zeile Y14 der Nomenklatur wird wie folgt ersetzt:

		14	Aufstellung einer in den Punkten 12 oder 13 erwähnten Antenne, die die in den Punkten 12 oder 13 erwähnten Bedingungen nicht erfüllt.		x	x
--	--	----	---	--	---	---

Art. 32 - In Artikel R.IV.1-2 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch den Erlass der Wallonischen Regierung vom 9. Mai 2019, wird die Wortfolge "Mit Ausnahme dessen" durch die Wortfolge "Zusätzlich zu dem" ersetzt.

Art. 33 - Die Überschrift von Buch 4 Titel 1 Kapitel II desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:
"KAPITEL II - HANDLUNGEN, DIE EINER ERSCHLIESSUNGSGENEHMIGUNG ODER EINER TEILUNGSGENEHMIGUNG BEDÜRFEN"

Art. 34 - In Artikel R.IV.4-1 Absatz 1 Nummer 5 desselben Gesetzbuches wird das Wort "dreihundert" durch das Wort "einhundert" ersetzt.

Art. 35 - Artikel R.IV.4-3 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch den Erlass der Wallonischen Regierung vom 9. Mai 2019, wird wie folgt abgeändert:

- In Absatz 1 Nummer 10 wird die Wortfolge "Tümpel und" gestrichen.
- Absatz 5 wird wie folgt ersetzt:

"Abweichend von Absatz 1 Nummern 1 und 2 sind die entweder bei der Gestaltung und der Ausstattung des Gewerbegebiets oder zur Sanierung des Sanierungsstandorts vorgenommenen Änderungen des Bodenreliefs bedeutend, wenn sie in dem Gewerbegebiet oder im Sanierungsstandort einer Höhe von über einem Meter entsprechen."

Art. 36 - In Buch 4 Titel 1 Kapitel IV Abschnitt 2 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.IV.9.1-1 eingefügt:

"*Art. R.IV.9.1-1* - Ein Projekt hat die kohärente Nachverdichtung innerhalb von Verdichtungsgunstbereichen zur Folge, wenn folgende Bedingungen kumulativ erfüllt sind:

- Das Projekt liegt in ortskernnaher Lage mit grundlegender Versorgungsqualität und Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel.
- Das Projekt erfolgt in Anbindung an einen öffentlichen Verkehrsweg mit einem festen Belag und eine in Anbetracht des Projekts ausreichende Breite und Wasser-, Strom- und Entwässerungsausrüstung, was Projekte, die die Eröffnung oder Änderung eines kommunalen Verkehrsweges erfordern, nicht ausschließt, sofern die Kosten für die Herstellung und die Ausrüstung des Verkehrsweges durch den Antragsteller getragen werden.
- Das Projekt wirkt nicht ökologischen Verbindungen entgegen.
- Das Projekt betrifft nicht ein Grundstück bzw. den Teil eines Grundstücks, das in den letzten fünf Jahren direkt von Überschwemmungen getroffen wurde.
- Das Projekt befindet sich nicht in einem kraft des Gesetzes vom 12. Juli 1973 über die Erhaltung der Natur anerkannten Standort.
- Das Projekt befindet sich nicht in einem Naturgebiet.
- Das Projekt:
 - ist an die vorherrschende Baustruktur des umliegenden Gebiets angepasst;
 - entspricht den ortstypischen Merkmalen der Baukultur;
 - verhindert nicht die weitere bauliche Erschließung des Gebiets;
 - falls ein Parkgebiet betroffen ist: hat nicht zur Folge, die Parkfunktion gänzlich aufzuheben, und berücksichtigt den Charakter des Gebiets.

8. Wenn es sich um ein Erschließungsprojekt oder ein Projekt für gruppierte Bauten handelt:

- integriert das Projekt ein Konzept, das die sanfte Mobilität berücksichtigt;
- führt das Projekt nicht zu einer bandartigen Zersiedelung der Landschaft;
- integriert das Projekt ein besonderes Konzept für öffentliche Räume und Anlagen, inklusive Grünkonzept."

Art. 37 - In Artikel R.IV.22-3 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "Städtebaugenehmigungen und -bescheinigungen Nr. 2" durch die Wortfolge "Genehmigungen und Städtebaubescheinigungen Nr. 2" ersetzt.

Art. 38 - Artikel R.IV.26-1 § 2 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

"§ 2 - Der Antrag auf Erschließungsgenehmigung oder Änderung oder Aufhebung einer Erschließungsgenehmigung wird über das Formular in Anhang 10 eingereicht, das dessen Inhalt festlegt."

Art. 39 - Artikel R.IV.26-2 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 19. Dezember 2019 und 26. Januar 2023, wird wie folgt abgeändert:

- In Absatz 1 wird die Wortfolge "Verstädterungsgenehmigung, einer Änderung der Verstädterungsgenehmigung" durch die Wortfolge "Erschließungsgenehmigung, einer Änderung oder Aufhebung der Erschließungsgenehmigung" ersetzt.

2. Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

„Die Entscheidung der Regierung im Rahmen eines Beschwerdeverfahrens und der Vorschlag der Beschwerdekommision an die Regierung über den Antrag auf eine Städtebaugenehmigung, eine Städtebaugenehmigung für gruppierte Bauten, eine Erschließungsgenehmigung, eine Änderung oder Aufhebung der Erschließungsgenehmigung oder eine Teilungsgenehmigung wird, bei Strafe der Nichtigkeit, unter Verwendung des Musters in Anhang 13 gefasst.“

Art. 40 - Artikel R.IV.26-3 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch den Erlass der Wallonischen Regierung vom 9. Mai 2019 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „Artikeln D.II.54, D.IV.22 Absatz 1 Nummer 12 und D.V.16“ durch die Wortfolge „Artikeln D.II.54 oder D.IV.22 Absatz 1 Nummer 12“ ersetzt.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge „Artikeln D.II.54, D.IV.22 Absatz 1 Nummer 12 und D.V.16“ durch die Wortfolge „Artikeln D.II.54 oder D.IV.22 Absatz 1 Nummer 12“ ersetzt.

3. In Absatz 5 wird die Wortfolge „Artikeln D.II.54, D.IV.22 Absatz 1 Nummer 12 und D.V.16“ durch die Wortfolge „Artikeln D.II.54 oder D.IV.22 Absatz 1 Nummer 12“ ersetzt.

4. In Absatz 6 wird die Wortfolge „Artikeln D.II.54, D.IV.22 Absatz 1 Nummer 12 und D.V.16“ durch die Wortfolge „Artikeln D.II.54 oder D.IV.22 Absatz 1 Nummer 12“ ersetzt.

Art. 41 - In Artikel R.IV.28-1 desselben Gesetzbuches wird das Wort „Verstädterungsgenehmigung“ durch die Wortfolge „Erschließungsgenehmigung beziehungsweise Änderung oder Aufhebung einer Erschließungsgenehmigung“ ersetzt.

Art. 42 - In Artikel R.IV.28-2 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge „auf eine Verstädterungsgenehmigung oder Änderung einer Verstädterungsgenehmigung“ durch die Wortfolge „gemäß Artikel R.IV.28-1“ ersetzt und die Wortfolge „Anhang 11“ durch die Wortfolge „Anhang 10“ ersetzt.

Art. 43 - Artikel R.IV.35-1 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 1. Juli 2021, wird wie folgt ersetzt:

„Art. R.IV.35-1 - Die Stellungnahmen, die gemäß Artikel D.IV.35 Absatz 2 und in Übereinstimmung mit den Artikeln 12, 13 und 83 des Zusammenarbeitsabkommens im Rahmen der Untersuchung eines Antrags auf Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung Nr. 2 zwangsläufig einzuholen sind, werden in der nachstehenden Tabelle aufgenommen. Es muss jedoch keine Stellungnahme eingeholt werden, wenn die Behörde oder Dienststelle, deren Stellungnahme einzuholen ist, diejenige ist, die den Antrag auf Genehmigung oder Bescheinigung Nr. 2 stellt.“

	<i>Standort/Spezifität des Projekts</i>	<i>Handlungen und Arbeiten</i>	<i>Einzuholende Stellungnahmen</i>
1.	Agrargebiet im Sektorenplan	Handlungen und Arbeiten innerhalb eines Agrargebiets, mit Ausnahme der Umbauarbeiten von Gebäuden ohne Vergrößerung und ohne Änderung der Zweckbestimmung	ÖDW Landwirtschaft, Naturschätze und Umwelt - Abteilung ländliche Angelegenheiten und Wasserläufe
2.	Forstgebiet im Sektorenplan	Handlungen und Arbeiten innerhalb eines Forstgebiets, mit Ausnahme der Umbauarbeiten von Gebäuden ohne Vergrößerung und ohne Änderung der Zweckbestimmung	ÖDW Landwirtschaft, Naturschätze und Umwelt - Abteilung Natur und Forstwesen
3.	Naturgebiet im Sektorenplan	Handlungen und Arbeiten innerhalb eines Naturgebiets, mit Ausnahme der Umbauarbeiten von Gebäuden ohne Vergrößerung und ohne Änderung der Zweckbestimmung	ÖDW Landwirtschaft, Naturschätze und Umwelt - Abteilung Natur und Forstwesen
4.	Kommunikationsinfrastrukturen	Handlungen und Arbeiten innerhalb der Reservefläche eines regionalen Verkehrsweges oder einer Autobahn im Sektorenplan	ÖDW Mobilität und Infrastrukturen
5.		Handlungen und Arbeiten innerhalb der Reserveflächen einer Eisenbahnstrecke im Sektorenplan	INFRABEL (Infrastruktur)
6.		Regionales Wegenetz und Autobahn: Errichtung eines Gebäudes, Einrichtung eines Parkplatzes auf einem am Verkehrsweg gelegenen Grundstück	ÖDW Mobilität und Infrastrukturen
7.		Eisenbahnstrecke: Errichtung eines Gebäudes, Einrichtung eines Parkplatzes auf einem an der Eisenbahnstrecke gelegenen Grundstück	INFRABEL (Infrastruktur)
8.		Schiffbare Wasserstraße: Errichtung eines Gebäudes, Einrichtung eines Parkplatzes auf einem an der Wasserstraße gelegenen Grundstück	ÖDW Mobilität und Infrastrukturen - Abteilung Wasserwege

	<i>Standort/Spezifität des Projekts</i>	<i>Handlungen und Arbeiten</i>	<i>Einzuholende Stellungnahmen</i>
9.		Nichtschiffbarer Wasserlauf erster Kategorie: Errichtung eines Gebäudes, Einrichtung eines Parkplatzes auf einem am Wasserlauf gelegenen Grundstück	ÖDW Landwirtschaft, Natur- schätze und Umwelt - Direktion der nicht schiffbaren Wasserläufe ÖDW Landwirtschaft, Natur- schätze und Umwelt - Abteilung Natur und Forstwesen
10.		Nichtschiffbarer Wasserlauf zweiter Kategorie oder nicht eingestufte Wasserlauf: Errichtung eines Gebäudes, Einrichtung eines Parkplatzes auf einem am Wasserlauf gelegenen Grundstück	Technischer Provinzialdienst ÖDW Landwirtschaft, Natur- schätze und Umwelt - Abteilung Natur und Forstwesen
11.		Nichtschiffbarer Wasserlauf dritter Kategorie: Errichtung eines Gebäudes oder einer Anlage, Einrichtung eines Parkplatzes auf einem am Wasserlauf gelegenen Grundstück	Betroffenes Gemeindegremium ÖDW Landwirtschaft, Natur- schätze und Umwelt - Abteilung Natur und Forstwesen
12.		Autonomes Netz der langsamen Wege: Errichtung eines Gebäudes, Einrichtung eines Parkplatzes auf einem am RAVeL gelegenen Grundstück	ÖDW Mobilität und Infrastruktu- ren - Direktion des sanften Ver- kehrs und der kommunalen Part- nerschaften
13.		Handlungen und Arbeiten inner- halb eines Gebiets der autonomen Häfen	Der Betreiber des autonomen Hafens ÖDW Mobilität und Infrastruktu- ren - Abteilung Wasserwege
14.	In der Nähe eines Flughafens	Handlungen und Arbeiten inner- halb des Gebiets eines Flughafens oder einer Reservefläche im Zusammenhang mit einem Flug- hafen	ÖDW Mobilität und Infrastruktu- ren - Direktion des Flughafens SOWAER
15.		Handlungen und Arbeiten inner- halb einer Zone A des langfristi- gen Entwicklungsplans im Zusam- menhang mit einem Flughafen, mit Ausnahme der Umbauarbei- ten von Gebäuden ohne Vergrö- ßerung	ÖDW Mobilität und Infrastruktu- ren - Direktion des Flughafens SOWAER SKEYES
16.	Zum öffentlichen Verkehr und zur Straßenanbindung von Gebäuden bestimmte Landverkehrswege	Handlungen und Arbeiten in Bezug auf den Bau, Änderung eines Kommunalweges	Feuerwehrdienst (Hydranten, Konfiguration, Durchfahrt der Ret- tungsfahrzeuge)
17.	Infrastrukturen für den Transport von Flüssigkeiten und Energie	Hauptleitungen für den Trans- port von festen, flüssigen oder gasförmigen Stoffen: Errichtung eines Gebäudes, Ein- richtung eines Parkplatzes auf einem an den Leitungen gelege- nen oder von den Leitungen durchquerten Grundstück	Der Netzbetreiber Ölleitung, Pipeline: NATO
18.		Leitung des Stromübertragungs- und -versorgungsnetzes: Errichtung eines Gebäudes, Ein- richtung eines Parkplatzes in weniger als dreißig Metern Abstand von einer Hochspan- nungsfreileitung oder an einer erd- verlegten Hochspannungsleitung entlang	Der Netzbetreiber
19.		Handlungen und Arbeiten inner- halb der Reservefläche einer Lei- tung des Stromübertragungs- und -versorgungsnetzes oder an der Trasse einer solchen Leitung ent- lang	Der Netzbetreiber
20.		Handlungen und Arbeiten inner- halb der Reservefläche oder der Trasse einer Gashauptleitung	Der Netzbetreiber Feuerwehrdienst

	<i>Standort/Spezifität des Projekts</i>	<i>Handlungen und Arbeiten</i>	<i>Einzuholende Stellungnahmen</i>
21.		Handlungen und Arbeiten innerhalb der Reservefläche oder der Trasse einer Leitung für andere Gase	Der Netzbetreiber Feuerwehrrdienst
22.		Handlungen und Arbeiten innerhalb der Reservefläche oder der Trasse einer Ölleitung, einer Pipeline	NATO Feuerwehrrdienst
23.		Handlungen und Arbeiten innerhalb der Reservefläche oder der Trasse einer Hauptleitung zur Wasserversorgung	Vom Projekt betroffene Wasserversorgungsgesellschaft
24.	Naturerbe	Bemerkenswerte Bäume, Sträucher und Hecken: einen bemerkenswerten Baum bzw. Strauch oder eine bemerkenswerte Hecke abholzen, dessen/deren Wurzelsystem Schaden oder dessen/deren Aussehen ändern	ÖDW Landwirtschaft, Naturschätze und Umwelt - Abteilung Natur und Forstwesen
25.		Handlungen und Arbeiten innerhalb eines aufgrund des Gesetzes vom 12. Juli 1973 über die Erhaltung der Natur anerkannten Gebiets oder in der Nähe eines solchen Gebiets, sofern diese Handlungen und Arbeiten das Gebiet erheblich beeinträchtigen können.	ÖDW Landwirtschaft, Naturschätze und Umwelt - Abteilung Natur und Forstwesen
26.	Schutz der Personen, Güter oder der Umwelt	SEVESO-Standort: Handlungen und Arbeiten in Bezug auf einen neuen Betrieb oder die Änderung eines bereits bestehenden Betriebs, der mit dem Risiko eines schweren Unfalls im Sinne des Dekrets der Wallonischen Region vom 11. März 1999 über die Umweltgenehmigung verbunden ist	ÖDW Landwirtschaft, Naturschätze und Umwelt - "RAM"-Zelle Feuerwehrrdienst
27.		SEVESO-Standort: jedes Projekt, dessen Standort das Risiko eines schweren Unfalls vergrößern oder die Folgen eines solchen Unfalls verschlimmern könnte, im Vergleich zu einem bereits bestehenden Betrieb, der mit dem Risiko eines schweren Unfalls im Sinne des Dekrets vom 11. März 1999 der Wallonischen Region über die Umweltgenehmigung verbunden ist	ÖDW Landwirtschaft, Naturschätze und Umwelt - "RAM"-Zelle Feuerwehrrdienst
28.		Überschwemmungsgefahr: jedes Projekt in Bezug auf eine Immobilie, die von ihrer Lage oder ihrer Natur her eine Auswirkung auf einen Wasserlauf haben könnte oder der Überschwemmungsgefahr im Sinne des von der Wallonischen Regierung in Anwendung von Artikel D53-2 des Wassergesetzbuches angenommenen Kartenwerks ausgesetzt ist	Schiffbare Wasserstraße: ÖDW Mobilität und Infrastrukturen - Abteilung Wasserwege; Nichtschiffbarer Wasserlauf erster Kategorie: ÖDW Landwirtschaft, Naturschätze und Umwelt - Abteilung ländliche Angelegenheiten und Wasserläufe Nichtschiffbarer Wasserlauf zweiter Kategorie oder nicht eingestuftes Wasserlauf: Technischer Provinzialdienst Nichtschiffbarer Wasserlauf dritter Kategorie: Betroffenes Gemeindegemeindekollegium
29.		Jedes Projekt, das innerhalb einer konzentrierten Abflussachse im Sinne von Artikel R.IV.4-3 Absatz 1 Nummer 4 gelegen ist	ÖDW Landwirtschaft, Naturschätze und Umwelt - Abteilung ländliche Angelegenheiten und Wasserläufe

	<i>Standort/Spezifität des Projekts</i>	<i>Handlungen und Arbeiten</i>	<i>Einzuholende Stellungnahmen</i>
30.		Technisches Vergrabungszentrum Jedes Projekt, das an ein technisches Vergrabungszentrum angrenzt oder auf einem ehemaligen Standort zur Vergrabung von Abfällen angesiedelt ist	ÖDW Landwirtschaft, Naturschätze und Umwelt - Abteilung Boden und Abfälle
31.		Schutzgebiet des im Abkommen zwischen der Föderalregierung und der Region erwähnten Zentrums der Europäischen Weltraumorganisation	Zentrum der Europäischen Weltraumorganisation
32.	Ländliche Bodenordnung	Handlungen und Arbeiten innerhalb des Areals einer Bodenordnung der ländlichen Güter (ehemals ländliche Flurbereinigung)	Gemäß dem Wallonischen Gesetzbuch über die Landwirtschaft eingerichteter Bodenordnungsausschuss
33.	Touristische Anlagen	Touristisches Projekt mit einer Fläche von über 5 ha im Sinne des Artikels R.IV.45-3	Generalkommissariat für Tourismus der Wallonischen Region Die für Tourismus zuständige Behörde der Deutschsprachigen Gemeinschaft
34.		Touristisches Projekt in einem Forstgebiet	Generalkommissariat für Tourismus der Wallonischen Region Die für Tourismus zuständige Behörde der Deutschsprachigen Gemeinschaft
35.	Sicherheit Brandschutznormen	Errichtung von für die Öffentlichkeit zugänglichen Gebäuden oder Räumen: 1. Einrichtungen zur Betreuung oder Unterbringung von Senioren und Personen mit Beeinträchtigung; 2. Krankenhäuser, einschließlich der Kliniken; 3. Zentren für medizinische, psychische, Familien- und Sozialhilfe; 4. Gebäude und Räume für soziokulturelle, Sport-, Freizeit- oder touristische Tätigkeiten, letztere, wenn sie eine Anzahl von 11 Personen oder mehr beherbergen, sowie überdachte Spielflächen; 5. Kultbauten und Bestattungshäuser; 6. Schul-, Universitäts- und Ausbildungsgebäude und -infrastrukturen; 7. Internate, Studenten- und Kinderheime; 8. Strafvollzugs- und Umerziehungsanstalten; 9. Gebäude und Infrastrukturen, wo Aufgaben öffentlichen Dienstes wahrgenommen werden, nämlich Stadthäuser, Gerichtshöfe, Gerichte und deren Kanzleien, Postämter, Bahnhöfe, Flughafengebäude, Bahnstationen, U-Bahnstationen und Bushaltestellen, einschließlich der Bahnsteige; 10. Banken und andere Geldinstitute; 11. im Bau befindliche Parkhäuser 12. Bürogebäude, Geschäfte, Geschäftszentren, Hotels, Gasthöfe, Restaurants und Cafés.	Feuerwehrdienst
36.		Errichtung von Mehrfamilienwohnhäusern	Feuerwehrdienst
37.		Errichtung oder umfangreicher Umbau von Industriegebäuden	Feuerwehrdienst

	<i>Standort/Spezifität des Projekts</i>	<i>Handlungen und Arbeiten</i>	<i>Einzuholende Stellungnahmen</i>
38.		Projekte, die den Bau oder die Änderung von Verkehrswegen voraussetzen	Feuerwehrdienst
39.	Zusammenstellung von inerten Abfällen oder Verwertung von Erde und Kiesel	Projekte gemäß Artikel R.II.33-2	ÖDW Landwirtschaft, Naturschätze und Umwelt - Abteilung Boden und Abfälle
40.	Handelsniederlassungen	Projekte zur Errichtung, Einrichtung, Erweiterung oder Änderung der Art der Handelstätigkeit von Handelsniederlassungen mit einer Nettohandelsfläche von mehr als 1.000 m ² , sofern die Stellungnahme der wallonischen Behörde nicht auf Basis anderer Gesetzgebungen eingeholt werden muss. Unter Nettohandelsfläche ist die für den Verkauf bestimmte, der Öffentlichkeit zugängliche Fläche einschließlich der nicht überdachten Flächen zu verstehen. Im Falle eines Ausbaus ist zu berücksichtigende Nettohandelsfläche die Gesamtfläche nach Vollendung des Projekts einer Handelsniederlassung. In dieser Fläche sind insbesondere die Kassenbereiche, die Bereiche hinter den Kassen und die Eingangshallen, falls diese ebenfalls zu Zwecken der Ausstellung oder des Verkaufs von Waren verwendet werden, mit eingeschlossen.	ÖDW Wirtschaft, Beschäftigung, Forschung - Abteilung wirtschaftliche Entwicklung - Direktion der kommerziellen Niederlassungen

Art. 44 - In Artikel R.IV.40-1 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch den Erlass der Wallonischen Regierung vom 31. Januar 2019, wird das Wort "Verstädterungsgenehmigung" jeweils durch das Wort "Erschließungsgenehmigung" mit den entsprechenden grammatikalischen Anpassungen ersetzt.

Art. 45 - In Artikel R.IV.40-2 desselben Gesetzbuches wird das Wort "Verstädterungsgenehmigung" jeweils durch das Wort "Erschließungsgenehmigung" mit den entsprechenden grammatikalischen Anpassungen ersetzt.

Art. 46 - Die Überschrift von Buch 4 Titel 2 Kapitel VI Abschnitt 4 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:
"Abschnitt 4 - Aussetzung des Verfahrens zur Nachbesserung des Genehmigungsantrags"

Art. 47 - In Artikel R.IV.45-5 wird das Wort "Städtebaugenehmigung" durch das Wort "Erschließungsgenehmigung" ersetzt und die Wortfolge "oder 11" gestrichen.

Art. 48 - Die Überschrift von Buch 4 Titel 2 Kapitel VII desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

"KAPITEL VII - BESCHLUSS ÜBER DIE ANTRÄGE AUF GENEHMIGUNG ODER STÄDTEBAUBESCHEINIGUNG"

Art. 49 - In Buch 4 Titel 2 Kapitel VII Abschnitt 2 Unterabschnitt 2 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.IV.54-4 eingefügt:

"Art. R.IV.54-4 - § 1 - Die in Artikel D.IV.54 § 2 Absatz 1 Nummer 2 genannte Auflage der kostenlosen Abtretung von einer oder mehreren Wohneinheiten an die Wohnungsbaugesellschaft öffentlichen Dienstes, der die betreffende Gemeinde angeschlossen ist, wird durch einen Schenkungsvertrag durchgeführt.

Es wird bestimmt, dass für Projekte, die die Schaffung durch Neubau, Umbau oder Renovierung von mindestens 600 m² Bruttowohnfläche vorsehen, eine kostenlose Abtretung von 10%

der Gesamtbruttowohnfläche des Projekts dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entspricht. Die abzutretende Wohnfläche wird als eine oder mehrere Wohneinheiten in das Gesamtprojekt integriert. Ihre Ausstattung entspricht der Ausstattung der restlichen Wohneinheiten, sofern keine besondere Ausstattung mit der Wohnungsbaugesellschaft vereinbart wird.

§ 2 - Die in Artikel D.IV.54 § 2 Absatz 1 Nummer 1 genannte Auflage der Bereitstellung durch schriftliche Vereinbarung von einer oder mehreren Wohneinheiten an die Wohnungsbaugesellschaft öffentlichen Dienstes, der die betreffende Gemeinde angeschlossen ist, ist auf einen Zeitraum von neun Jahren begrenzt.

Es wird bestimmt, dass für Projekte, die die Schaffung durch Neubau, Umbau oder Renovierung von mindestens 600 m² Bruttowohnfläche vorsehen, eine Bereitstellung durch schriftliche Vereinbarung von 20%

der Gesamtbruttowohnfläche des Projekts dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entspricht. Die bereitzustellende Wohnfläche wird als eine oder mehrere Wohneinheiten in das Gesamtprojekt integriert. Ihre Ausstattung entspricht der Ausstattung der restlichen Wohneinheiten, sofern keine besondere Ausstattung mit der Wohnungsbaugesellschaft vereinbart wird.

Die Wohnungsbaugesellschaft ist für die Verwaltung der Wohnung und gegebenenfalls für ihre Instandsetzung am Ende der Vereinbarung zuständig. Die Suche nach einem Mieter, die Erstellung von Mietverträgen und Bestandsaufnahmen, die Überwachung der Pflichten des Mieters, die Garantie der Mietzahlung, die Überwachung der Instandhaltung der Immobilie durch den Mieter und die Instandsetzung im Falle einer Verschlechterung gehen zu Lasten der Wohnungsbaugesellschaft.

§ 3 - Die in Artikel D.IV.54 § 2 Absatz 1 Nummer 2 oder Nummer 3 genannte Auflage des Verkaufs zu einem bestimmten Preis von einer oder mehreren Wohneinheiten an die Wohnungsbaugesellschaft öffentlichen Dienstes, der die betreffende Gemeinde angeschlossen ist, oder an privatrechtliche oder öffentlich-rechtliche Personen, für die der Zugang zu Eigentum gefördert werden soll, wird über einen Kaufvertrag, eine Kaufoption oder ein anderes vertragliches Instrument durchgeführt.

Der Preis wird mit der Hilfe der Immobilienerwerbskomitees der Wallonischen Region und unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit bestimmt. Die Bestimmung der Personen, für die der Zugang zu Eigentum gefördert werden soll, obliegt den Gemeinden, auf Basis von objektiv ausgewählten Kriterien.

§ 4 - Die Bruttowohnfläche im Sinne der §§ 1 und 2 umfasst alle zu Wohnzwecken bebauten Flächen, einschließlich der Nebenflächen (technische Räume, Zugänge, usw.), mit Ausnahme von:

1. Kellern, Tiefgaragen und Speichern;
2. nicht umschlossenen Flächen, einschließlich Loggien, Balkone und Carports.“

Art. 50 - In Buch 4 Titel 2 Kapitel VII Abschnitt 2 Unterabschnitt 2 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.IV.54-5 eingefügt:

“*Art. R.IV.54-5* - § 1 - Die in Artikel D.IV.54 § 3 Absatz 1 Nummer 1 genannte Auflage der kostenlosen Abtretung von einem oder mehreren Losen an die Wohnungsbaugesellschaft öffentlichen Dienstes, der die betreffende Gemeinde angeschlossen ist, wird durch einen Schenkungsvertrag durchgeführt.

Es wird bestimmt, dass für Erschließungen oder Teilungen, die die Schaffung von mindestens 10 zu Wohnzwecken genutzten oder nutzbaren Losen vorsehen, die kostenlose Abtretung ab dem 10. Los von einem Los pro 5 geschaffener Lose dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entspricht.

Anzahl der durch das Projekt geschaffenen zu Wohnzwecken genutzten oder nutzbaren Lose	Anzahl der kostenlos abzutretenden Lose
Zwischen 1 und 9 Losen	/
Zwischen 10 und 14 Losen	1 Los
Zwischen 15 und 19 Losen	2 Lose
Zwischen 20 und 24 Losen	3 Lose
Zwischen 25 und 29 Losen	4 Lose
usw.	usw.

§ 2 - Die in Artikel D.IV.54 § 3 Absatz 1 Nummern 1 und 2 genannte Auflage des Verkaufs zu einem bestimmten Preis von einem oder mehreren zu Wohnzwecken genutzter oder nutzbarer Lose an die Wohnungsbaugesellschaft öffentlichen Dienstes, der die betreffende Gemeinde angeschlossen ist, oder an privatrechtliche oder öffentlich-rechtliche Personen, für die der Zugang zu Eigentum gefördert werden soll, wird über einen Kaufvertrag, eine Kaufoption oder ein anderes vertragliches Instrument durchgeführt.

Es wird bestimmt, dass für Erschließungen oder Teilungen, die die Schaffung von mindestens 5 zu Wohnzwecken genutzten oder nutzbaren Losen vorsehen, der Verkauf zum Selbstkostenpreis ab dem 5. Los von einem Los pro 5 geschaffener Lose dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entspricht.

Anzahl der durch das Projekt geschaffenen zu Wohnzwecken genutzten oder nutzbaren Lose	Anzahl der zum Selbstkostenpreis zu verkaufenden Lose
Zwischen 1 und 4 Losen	/
Zwischen 5 und 9 Losen	1 Los
Zwischen 10 und 14 Losen	2 Lose
Zwischen 15 und 19 Losen	3 Lose
Zwischen 20 und 24 Losen	4 Lose
usw.	usw.

Der Preis entspricht dem Selbstkostenpreis der Lose und demnach der Erstattung der Kosten, die der Antragsteller aufbringt, um die Lose zu teilen und/oder zu erschließen.

Die Bestimmung der Personen, für die der Zugang zu Eigentum gefördert werden soll, obliegt den Gemeinden auf Basis von objektiv auserwählten Kriterien.“

Art. 51 - In Buch 4 Titel 2 Kapitel VII Abschnitt 3 Unterabschnitt 2 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.IV.60-1, eingefügt:

“*Art. R.IV.60-1* - Die in Artikel D.IV.60 Absatz 4 erwähnte von der zuständigen Behörde verlangte finanzielle Garantie für die Einreichung der Unterlagen gemäß Artikel D.IV.73 beläuft sich auf mindestens 100 Euro für einen Genehmigungsantrag ohne Hinzuziehung eines Architekten und auf mindestens 750 Euro für einen Genehmigungsantrag mit Hinzuziehung eines Architekten.“

Art. 52 - In Buch 4 Titel 2 Kapitel X desselben Gesetzbuches wird folgender Abschnitt 3.1, der den Artikel R.IV.72-1 enthält, eingefügt:

“Abschnitt 3.1 - Vereinfachter Antrag auf Änderungen der erteilten Genehmigung vor oder während der Durchführung der Arbeiten“

Art. 53 - In Buch 4 Titel 2 Kapitel X Abschnitt 3.1 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.IV.72-1 eingefügt:

“*Art. R.IV.72-1* - Der vereinfachte Antrag auf Änderungen nach Erteilung der Genehmigung, vor oder während der Fertigstellung der Arbeiten wird, je nach Antragsform, über das Formular in Anhang 4, 5 oder 10 eingereicht, das dessen Inhalt festlegt.“

Art. 54 - Die Überschrift von Buch 4 Titel 2 Kapitel X Abschnitt 4, abgeändert durch den Erlass vom 26. Januar 2023, desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

“Abschnitt 4 - Unterlagen nach Durchführung der Handlungen oder Arbeiten”

Art. 55 - Artikel R.IV.73-1 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch den Erlass vom 26. Januar 2023, wird wie folgt ersetzt:

“*Art. R.IV.73-1* - Die Unterlagen nach Durchführung der Handlungen oder Arbeiten werden über das Muster in Anhang 34 eingereicht, das ihren Inhalt bestimmt.

Die Unterlagen nach Durchführung der Handlungen oder Arbeiten gemäß Artikel D.IV.73.1 § 1 Nr. 2 und 3 weisen die Inhalte der Pläne der Genehmigung auf, die gemäß Artikel D.IV.26 eingereicht wurden, und stellen die tatsächlich vorhandene Situation nach Durchführung der Handlungen oder Arbeiten sowie der Auflagen dar. Unterschiede zwischen den genehmigten Plänen und den Unterlagen nach Durchführung der Handlungen oder Arbeiten werden in Rot dargestellt.

Unterschiede sind nicht ausgeführte, anders ausgeführte oder zusätzlich ausgeführte Arbeiten und Handlungen.”

Art. 56 - Artikel R.IV.73.1-1 Absatz 1 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 26. Januar 2023, wird wie folgt ersetzt:

“Die in Artikel D.IV.73-1 Absatz 2 erwähnte Erklärung wird über das Muster in Anhang 33 erstellt, das ihren Inhalt bestimmt.

Art. 57 - Artikel R.IV.73.1-2 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 26. Januar 2023, wird aufgehoben.

Art. 58 - Die Überschrift von Buch 4 Titel 3 Kapitel III Abschnitt 1 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

“Abschnitt 1 - Verfall der Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung”

Art. 59 - Die Überschrift von Buch 4 Titel 3 Kapitel V desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

“KAPITEL V - RÜCKNAHME DER GENEHMIGUNG”

Art. 60 - Die Überschrift von Buch 4 Titel 3 Kapitel VIII desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

“KAPITEL VIII - ABÄNDERUNG UND AUFHEBUNG DER ERSCHLIESSUNGS- ODER TEILUNGSGENEHMIGUNG”

Art. 61 - Die Überschrift von Buch 4 Titel 5 Kapitel III desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

“KAPITEL III - NACH DER ABÄNDERUNG DER ERSCHLIESSUNGSGENEHMIGUNG ERSTELLTE URKUNDE”

Art. 62 - In Buch 4 desselben Gesetzbuches wird folgender Titel 7.1 eingefügt:

“TITEL 7.1 - DRINGLICHKEITSVERFAHREN”

Art. 63 - In Buch 4 Titel 7.1 desselben Gesetzbuches wird folgendes Kapitel I eingefügt:

“KAPITEL I - ANWENDUNGSBEREICH”

Art. 64 - In Buch 4 Titel 7.1 desselben Gesetzbuches wird folgendes Kapitel II eingefügt:

“KAPITEL II - AUSNAHMEN UND ABWEICHUNGEN”

Art. 65 - In Buch 4 Titel 7.1 desselben Gesetzbuches wird folgendes Kapitel III, das die Artikel R.IV.109.5-1 bis R.IV.109.11-1 umfasst, eingefügt:

“KAPITEL III - VERFAHREN”

Art. 66 - In Buch 4 Titel 7.1 Kapitel III desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.IV.109.5-1 eingefügt:

“*Art. R.IV.109.5-1* - Der Genehmigungsantrag im Rahmen des Dringlichkeitsverfahrens wird, je nach Antragsform, über das Formular in Anhang 4 oder 5 eingereicht, das dessen Inhalt festlegt.”

Art. 67 - In Buch 4 Titel 7.1 Kapitel III desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.IV.109.7-1 eingefügt:

“*Art. R.IV.109.7-1* - Der von dem Minister ausgestellte Bescheid über die formelle Vollständigkeit im Rahmen des Dringlichkeitsverfahrens wird unter Verwendung des Musters in Anhang 19 erstellt.”

Art. 68 - In Buch 4 Titel 7.1 Kapitel III desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.IV.109.11-1 eingefügt:

“*Art. R.IV.109.11-1* - Der Beschluss des Ministers zur Erteilung oder Ablehnung einer Städtebaugenehmigung oder einer Städtebaugenehmigung für gruppierte Bauten im Rahmen eines Dringlichkeitsverfahrens wird, bei Strafe der Nichtigkeit, unter Verwendung des Musters in Anhang 12 gefasst.”

Art. 69 - In Buch 4 Titel 7.1 desselben Gesetzbuches wird folgendes Kapitel IV eingefügt:

“KAPITEL IV - ANWENDBARE BESTIMMUNGEN”

Art. 70 - Buch 5 desselben Gesetzbuches, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 1. Juli 2021, wird aufgehoben.

Art. 71 - In Buch 7 desselben Gesetzbuches wird folgendes Kapitel Ibis eingefügt:

“KAPITEL Ibis - HANDLUNGEN UND ARBEITEN, VON DENEN VERMUTET WIRD, DASS SIE IN ÜBEREINSTIMMUNG MIT DEM RAUMORDNUNGS- UND STÄDTEBAURECHT STEHEN”

Art. 72 - In Buch 7 desselben Gesetzbuches wird folgendes Kapitel Iter, das die Artikel R.VII.1ter-1 bis R.VII.1ter-2 umfasst, eingefügt:

“KAPITEL Iter - ERKLÄRUNGEN ÜBER DIE ÜBEREINSTIMMUNG VON HANDLUNGEN ODER ARBEITEN MIT DEM RAUMORDNUNGS- UND STÄDTEBAURECHT”

Art. 73 - In Buch 7 Kapitel Iter desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.VII.1ter-1 eingefügt:

“*Art. R.VII.1ter-1* - Der Antrag auf eine Erklärung über die Übereinstimmung mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht wird über das Formular in Anhang 30 eingereicht, das dessen Inhalt festlegt.”

Art. 74 - In Buch 7 Kapitel Iter desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.VII.1ter-2 eingefügt:

“*Art. R.VII.1ter-2* - Die Erklärung über die Übereinstimmung mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht wird, bei Strafe der Nichtigkeit, unter Verwendung des Musters in Anhang 31 gefasst.”

Art. 75 - In Buch 7 Kapitel III Abschnitt 2 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.VII.4-1 eingefügt:

“*Art. R.VII.4-1* - Die von den feststellenden Bediensteten erstellte vorherige Mahnung im Sinne von Artikel D.VII.4 wird, bei Strafe der Nichtigkeit, unter Verwendung des Musters in Anhang 32 gefasst.”

Art. 76 - Die Überschrift von Buch 7 Kapitel VI desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

“KAPITEL VI - AUSSERGERICHTLICHE MASSNAHMEN NACH PROTOKOLLIERUNG”

Art. 77 - Die Überschrift von Buch 7 Kapitel VI Abschnitt 3 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

“Abschnitt 3 - Regularisierungsprüfung und Vergleich”

Art. 78 - Buch 7 Kapitel VI Abschnitt 3 Unterabschnitt 1 desselben Gesetzbuches wird gestrichen.

Art. 79 - In Buch 7 Kapitel VI Abschnitt 3 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.VII.18-1 eingefügt:

“*Art. R.VII.18-1* - Der Beschluss der Regierung über den Antrag auf Regularisierungsprüfung wird, bei Strafe der Nichtigkeit, unter Verwendung des Musters in Anhang 12 gefasst.”

Art. 80 - In Buch 7 Kapitel VI Abschnitt 3 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.VII.18-2 eingefügt:

"Art. R.VII.18-2 - Der in Artikel D.VII.18 erwähnten Vergleichsbetrag wird wie folgt berechnet:

1. Bau, Wiederaufbau oder Erweiterung von nicht industriell, gewerblich oder beruflich genutzten Bauwerken, Nebenvolumen, Anbauvolumen, überdachten Flächen:

a) wenn das ein Verstoß bildende, von außen gemessene Volumen weniger als 100 m³ beträgt: 25 Euro / m³;

b) wenn das ein Verstoß bildende, von außen gemessene Volumen mehr als 100 m³, aber weniger als 200 m³ beträgt: 35 Euro / m³;

2. Bau, Wiederaufbau oder Erweiterung von industriell, gewerblich oder beruflich genutzten Bauwerken, Nebenvolumen, Anbauvolumen, überdachten Flächen:

a) wenn das ein Verstoß bildende, von außen gemessene Volumen weniger als 100 m³ beträgt: 35 Euro / m³;

b) wenn das ein Verstoß bildende, von außen gemessene Volumen mehr als 100 m³, aber weniger als 200 m³ beträgt: 60 Euro / m³;

c) wenn das ein Verstoß bildende, von außen gemessene Volumen mehr als 200 m³ beträgt: 80 Euro / m³;

3. Errichten ortsfester Anlagen, Mauern und Einfriedungen: 50 Euro / m² Grund- bzw. Anlagenstellfläche oder 50 Euro pro in der Höhe oder Länge berechneten laufenden Meter bei punktuellen oder linearen Anlagen, Mauern und Einfriedungen;

4. Anbringen von Aushängeschildern und Reklamevorrichtungen: 200 Euro / m²;

5. Abbruch: 100 Euro / m³ von außen gemessene Volumen;

6. Arbeiten an der Tragestruktur eines Gebäudes ohne Änderung des Volumens oder der Zweckbestimmung: 250 Euro;

7. Änderung des Aussehens der Dachmaterialien oder des Verblendwerkstoffs des aufgehenden Bauwerks: 25 Euro / m²;

8. Öffnung oder Veränderung von Ausschnitten oder Fenster- und Außentürrahmen in der Dachfläche oder in aufgehenden Mauerwerken: 100 Euro pro Ausschnitt;

9. Ersetzen von Fenster- bzw. Außentürrahmen: 250 Euro pro Tür oder Fensterrahmen;

10. Instandsetzungs- und Reparaturarbeiten an Beton- und Teerflächen: 100 Euro / m² der vom Verstoß betroffenen Fläche;

11. Versiegelung von Flächen durch kontinuierliche und undurchlässige Materialien: 150 Euro / m² der vom Verstoß betroffenen Fläche;

12. Schaffung einer neuen Wohnung oder einer touristischen Beherbergungsstätte in einem bestehenden Gebäude: 5.000 Euro pro Wohnung oder touristischer Beherbergungsstätte;

13. Abänderung der Zweckbestimmung eines gesamten Gutes oder eines Teils davon: 25 Euro / m³ des Gebäudes von außen gemessen, wenn die Änderung der Zweckbestimmung außerhalb eines bestehenden Gebäudes stattfindet;

14. Änderung der Aufteilung der Verkaufsflächen und der erlaubten Geschäftstätigkeiten in einem Gebäude, dessen durch die Städtebaugenehmigung zugelassene Zweckbestimmung kommerziell ist: 35 Euro / m²;

15. bedeutende Veränderung des Bodenreliefs, einschließlich der Schaffung von Wasserstaubecken oder Ausschachtungen: 10 Euro / m³;

16. Aufforstung, Abholzung, einschließlich der Forstwirtschaft und des Anbaus von Weihnachtsbäumen: 5 Euro / m² aufgeforstete oder abgeholzte Fläche, oder Fläche mit einer Weihnachtsbäume-Kultur;

17. Fällen von alleinstehenden, hochstämmigen Bäumen, die sich in einem durch den geltenden Sektorenplan bzw. durch ein geltendes lokales Orientierungsschema vorgesehenen Grüngelände befinden: 1000 Euro pro gefälltten Baum;

18. Fällen von Hecken oder Alleen: 100 Euro pro laufenden Meter gefälltter Hecke, 500 Euro pro in der Allee gefälltten Baum;

19. Fällen von bemerkenswerten Bäumen, Sträuchern, Hecken: 1000 Euro pro Baum, 500 Euro pro Strauch, oder 100 Euro pro laufenden Meter gefälltter Hecke;

20. Veränderung des Aussehens von bemerkenswerten Bäumen, Sträuchern oder Hecken: 500 Euro pro Baum, 250 Euro pro Strauch, 10 Euro pro laufenden Meter veränderter Hecke;

21. Arbeiten, die dem Wurzelwerk von bemerkenswerten Bäumen, Sträuchern oder Hecken schaden: 350 Euro pro Baum, 175 Euro pro Strauch, 10 Euro pro laufenden Meter gefälltter Hecke;

22. Rodung der in Artikel D.IV.4 Absatz 1 Nummer 13 erwähnten Vegetation: 125 Euro / m² gerodeter Fläche;

23. Veränderung der in Artikel D.IV.4 Absatz 1 Nummer 13 erwähnten Vegetation: 15 Euro / m² veränderter Fläche;

24. Abstellen von Altfahrzeugen: 250 Euro pro Fahrzeug;

25. Abstellen von Schrott, Materialien oder Abfall: 100 Euro / m³;

26. Aufstellung von beweglichen Vorrichtungen, wie Wohnwagen, Campingwagen und Zelten: 100 Euro / m² Stellfläche;

27. Bau von technischen Bauwerken wie Brücken, Tunnel, Straßen, Kanalisationen: 10% der veranschlagten Kosten der Arbeiten;

28. Ausführung von Handlungen oder Arbeiten, die nicht in den Punkten 1 bis 27 erwähnt sind: mindestens 250 Euro."

Art. 81 - In Buch 7 Kapitel VI Abschnitt 3 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.VII.18-3 eingefügt:

"Art. R.VII.18-3 - Der in Artikel R.VII.18-2 erwähnten Vergleichsbetrag wird verdoppelt, wenn die Handlungen und Arbeiten Immobiliengüter betreffen, die in Anwendung des Denkmalschutzdekrets vorläufig oder endgültig geschützt sind, sich im Schutzbereich eines vorläufig oder endgültig geschützten Gutes befinden oder sich in einer archäologischen Stätte befinden."

Art. 82 - Artikel R.VII.19-1 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 1. Juli 2021, wird aufgehoben.

Art. 83 - Artikel R.VII.19-2 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 19. Dezember 2019, wird aufgehoben.

Art. 84 - Buch 7 Kapitel VI Abschnitt 3 Unterabschnitt 2 desselben Gesetzbuches wird gestrichen.

Art. 85 - Die Überschrift von Buch 7 Kapitel VI Abschnitt 4 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

"Abschnitt 4 - Verwaltungsmaßnahmen"

Art. 86 - In Buch 7 Kapitel VI desselben Gesetzbuches wird folgender Abschnitt 5 eingefügt:

"Abschnitt 5 - Kompensationsmaßnahmen"

Art. 87 - In Buch 7 Kapitel VI desselben Gesetzbuches wird folgender Abschnitt 6 eingefügt:

"Abschnitt 6 - Administrative Geldbußen"

Art. 88 - In Artikel R.VIII.7-1 Absatz 3 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch den Erlass der Wallonischen Regierung vom 9. Mai 2019, wird die Wortfolge "neu zu gestaltenden Standort, eines Areals für Landschafts- und Umweltsanierungsmaßnahmen" durch das Wort "Sanierungsstandort" ersetzt.

Art. 89 - Der Anhang 4 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 1. Juli 2021, wird durch den Anhang 1 des vorliegenden Erlasses ersetzt.

Art. 90 - Der Anhang 5 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 1. Juli 2021, wird durch den Anhang 2 des vorliegenden Erlasses ersetzt.

Art. 91 - Der Anhang 10 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 19. Dezember 2019, wird durch den Anhang 3 des vorliegenden Erlasses ersetzt.

Art. 92 - Der Anhang 11 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 19. Dezember 2019, wird aufgehoben.

Art. 93 - Der Anhang 4 des vorliegenden Erlasses wird in dasselbe Gesetzbuch als Anhang 32 eingefügt.

Art. 94 - Der Anhang 5 des vorliegenden Erlasses ersetzt Anhang 30 desselben Gesetzbuches.

Art. 95 - Der Anhang 6 des vorliegenden Erlasses ersetzt Anhang 31 desselben Gesetzbuches.

Art. 96 - Der Anhang 7 des vorliegenden Erlasses wird in dasselbe Gesetzbuch als Anhang 33 eingefügt.

Art. 97 - Der Anhang 8 des vorliegenden Erlasses wird in dasselbe Gesetzbuch als Anhang 34 eingefügt.

Art. 98 - In Artikel 1 des Erlasses der Regierung vom 6. Februar 2020 zur Bestellung des mit der Beitreibung von administrativen Geldbußen beauftragten Bediensteten des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 31. August 2023, wird folgende Nummer 1.1 eingefügt:

"1.1 Gesetzbuch über die räumliche Entwicklung;"

Art. 99 - Der vorliegende Erlass tritt am 1. Mai 2024 in Kraft.

Art. 100 - Der für die Raumordnung zuständige Minister wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 18. April 2024

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen

O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

18. APRIL 2024 - Anhänge zum Erlass der Regierung zur Abänderung
des verordnungsrechtlichen Teils des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung

Anhang 1 (ersetzt Anhang 4 des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung):

Anhang 4 - Antrag auf Städtebaugenehmigung unter Mitwirkung eines Architekten

Anhang 2 (ersetzt Anhang 5 des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung):

Anhang 5 - Antrag auf Städtebaugenehmigung ohne Mitwirkung eines Architekten

Anhang 3 (ersetzt Anhang 10 des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung):

Anhang 10 - Antrag auf Erschließungsgenehmigung oder auf Änderung einer Erschließungsgenehmigung oder auf Aufhebung der Erschließungsgenehmigung

Anhang 4 (führt Anhang 32 des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung ein):

Anhang 32 - Vorherige Mahnung - Verstoß nach Gesetzbuch über die räumliche Entwicklung

Anhang 5 (ersetzt Anhang 30 des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung):

Anhang 30 - Antrag auf Überprüfung der Übereinstimmung mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht

Anhang 6 (ersetzt Anhang 31 des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung):

Anhang 31 - Erklärung über die Übereinstimmung von Handlungen oder Arbeiten mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht

Anhang 7 (führt Anhang 33 des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung ein):

Anhang 33 - Erklärung zu den Unterlagen nach Durchführung der Handlungen und Arbeiten

Anhang 8: (führt Anhang 34 des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung ein):

Anhang 34 - Formular zur Einreichung der Durchführungsunterlagen

Anhang 4



**Antrag auf Städtebaugenehmigung
unter Mitwirkung eines Architekten**

DER GEMEINDE ODER DER REGIERUNG VORBEHALTENES FELD

Antragsteller

.....

Gegenstand des Antrags

.....

Bezugszeichen der Akte

.....

Feld 1 - Antragsart

Es handelt sich um:

- einen Antrag auf Städtebaugenehmigung unter Mitwirkung eines Architekten
- einen Antrag auf Änderungen nach Erteilung der Genehmigung, vor oder während der Fertigstellung der Arbeiten gemäß Artikel D.IV.72.1 unter Mitwirkung eines Architekten
- einen Antrag im Dringlichkeitsverfahren gemäß Artikel D.IV.109-1 unter Mitwirkung eines Architekten

Feld 2 - Vorgeschichte betreffend den Antrag

- Bei Antrag auf Änderungen gemäß Artikel D.IV.72.1: Referenz
der Genehmigung ausgestellt am
- Projekttreffen stattgefunden am
- Städtebaubescheinigung Nr.1 ausgestellt am
- Städtebaubescheinigung Nr. 2 ausgestellt am
- Denkmalgenehmigung ausgestellt am
- Städtebaugenehmigung:
- Erschließungsgenehmigung:
- Teilungsgenehmigung:
- Umweltgenehmigung:
- Globalgenehmigung:
- Genehmigung für Handelsniederlassungen:
- Integrierte Genehmigung:
- Sonstige Genehmigungen:

Der Antrag enthält (als Anhang beizufügen):

- das Protokoll des Treffens ohne Entscheidungsgewalt, wenn ein Projekttreffen stattgefunden hat
- den Beweis dafür, dass ein kraft des GRE obligatorisches Projekttreffen beantragt worden ist, wenn dieses Projekttreffen zwar beantragt wurde, aber nicht binnen 20 Tagen nach dem Antrag stattgefunden hat
- wenn es sich um einen Antrag im Dringlichkeitsverfahren gemäß Artikel D.IV.109.1 handelt, die Stellungnahme des Gemeindegremiums, die bestätigt, dass die Handlungen und Arbeiten in einem Gebiet stattfinden, das vor höchstens 24 Monaten von einer anerkannten Naturkatastrophe betroffen war, oder ein durch Brand ganz oder teilweise zerstörtes Gebäude oder Bauwerk betreffen (D.IV.109.5)

Anhang 4

Feld 3

a) Antragsteller

Natürliche Person

Name: Vorname:

Anschrift

Straße: Nr. Bfk.....

Postleitzahl: Gemeinde: Land:

Telefon: Fax:

E-Mail:

Juristische Person

Bezeichnung oder Firmenname:

Rechtsform:

Anschrift

Straße: Nr. Bfk.....

Postleitzahl: Gemeinde: Land:

Telefon: Fax:

E-Mail:

Sachbearbeiter

Name: Vorname:

Eigenschaft:

Telefon: Fax:

E-Mail:

b) Eidesstattliche Erklärung

Ich verpflichte mich, die gegebenenfalls durch andere Gesetze, Dekrete oder Verordnungen auferlegten Zulassungen oder Genehmigungen zu beantragen.

Unterschrift des Antragstellers oder des Mandatträgers

.....

Anhang 4

c) Architekt

Name:Vorname:.....
 Bezeichnung oder Firmenname einer juristischen Person:
 Rechtsform:.....
 Eigenschaft:.....
Anschrift
 Straße:.....Nr. Bfk.....
 Postleitzahl: Gemeinde:..... Land:
 Telefon:.....Fax:.....
 E-Mail:.....
 Der Antragsteller hat von seinem Architekten die Bescheinigung Nr. erhalten, die die Architektenkammer am .../.../... für vorliegendes Projekt ausgestellt hat, und die bestätigt, dass Letzterer berechtigt ist, seinen Beruf auszuüben. Der Inhalt der Bescheinigung ist auf der Webseite www.archionweb.be – attestation zugänglich.

Feld 4 - Gegenstand des Antrags

.....

Feld 5 - Angaben über den Projektstandort

Straße:.....Nr.
 Gemeinde:.....
Liste der vom Antrag betroffenen Katasterparzellen
 Wenn das Projekt mehr als fünf Parzellen betrifft, bitte eine Draufsicht mit den gesamten Parzellen beifügen

	Gemeinde	Gemarkung	Flur	Nr. und Exponent	Eigentümer
Parzelle 1					
Parzelle 2					
Parzelle 3					
Parzelle 4					
Parzelle 5					

Anhang 4

Vorhandensein von Dienstbarkeiten und sonstiger Rechte

Nein

Ja:

Feld 6 – Dekret über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und historische Kulturlandschaften sowie über die Ausgrabungen (Denkmalschutzdekret)

- Das betroffene Objekt befindet sich im Schutzbereich eines vorläufig oder endgültig geschützten Gutes
- Nein
Ja
- Das betroffene Objekt ist vorläufig oder endgültig geschützt gemäß dem Dekret vom 23. Juni 2008 über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und historischen Kulturlandschaften sowie über die Ausgrabungen
- Nein
Ja
- Verpflichtendes Projekttreffen am
 - Referenz des Protokolls
 - Der Antrag enthält (als Anhang beizufügen):
 - Das Protokoll des verpflichtenden Projekttreffens (Art. D.IV.31.1)
 - Ggf. die ergänzenden Dokumente, die laut Protokoll dem Antrag beizufügen sind

Feld 7 - Rechtslage des Gutes**Liste der auf das Gut anwendbaren GRE-Dokumente und Angaben zur Gebieteinteilung**

- Raumentwicklungsschema (bei Anwendung von Artikel D.II.16 des GRE):
- Sektorenplan:
- Flächennutzungskarte:
- Plurikommunales Entwicklungsschema:
- Kommunales Entwicklungsschema:
- Lokales Orientierungsschema:.....
- Kommunaler Leitfaden für den Städtebau:....
- Regionaler Leitfaden für den Städtebau:....
- Erschließungsgenehmigung:..... Los Nr:
- Teilungsgenehmigung:..... Los Nr:
- Gut mit einem bemerkenswerten Baum bzw. Strauch oder einer bemerkenswerten Hecke
- Gut, das der Regelung über die Besteuerung der Gewinne aus der Planung unterliegt

Anhang 4

- Sanierungsstandort, Areal für eine städtische Flurbereinigung:.....
 - Wenn die Normen über die akustische Qualität der Bauten auf das Projekt anwendbar sind, bitte das Formular Dn beifügen.
- Sonstige Merkmale des Gutes:**
- Gut, das dem Risiko eines schweren natürlichen Unfalls oder einer größeren geotechnischen Belastung ausgesetzt ist: Überschwemmung in den überschwemmungsgefährdeten Gebieten im Sinne von Artikel D.53 des Wassergesetzbuches - Fallen einer Felswand - Erdbeben - Karsterscheinung - Bodensenkung - seismische Gefahr - sonstiges bedeutendes natürliches Risiko oder geotechnische Belastung: ...
 - Gut in einem oder in der Nähe eines vorgeschlagenen oder durch Erlass ausgewiesenen Natura 2000-Gebiets - eines domanialen Naturreservats - eines unterirdischen Hohlraums von wissenschaftlichem Interesse - eines Feuchtgebiets von biologischem Interesse - eines Waldreservats - im Sinne des Gesetzes vom 12. Juli 1973 über die Erhaltung der Natur ...
 - Gut, das im Plan "dauerhaftes Wohnen" aufgenommen ist ...
 - Gut, dessen Standort das Risiko eines schweren Unfalls (nicht) vergrößern oder die Folgen eines solchen Unfalls (nicht) verschlimmern könnte, unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, eine angemessene Entfernung von einem bereits bestehenden Betrieb, der mit dem Risiko eines schweren Unfalls im Sinne des Dekrets vom 11. März 1999 über die Umweltgenehmigung verbunden ist, einzuhalten
 - Es handelt sich um die Errichtung - die Änderung - eines Betriebs, der mit dem Risiko eines schweren Unfalls im Sinne des Dekrets vom 11. März 1999 über die Umweltgenehmigung verbunden ist
 - Gut, das sich innerhalb des Gebiets befindet, das vom Sanierungsplan pro Zwischeneinzugsgebiet von betroffen und in diesem Plan als (Art des Gebiets) aufgenommen ist
 - Vorhandensein einer durch Erlass festgelegten Präventivzone, einer pauschalen Präventivzone oder einer Überwachungszone in Bezug auf Trinkwasserentnahmestellen, die Kraft des Wassergesetzbuches eingeführt worden ist:
 - Vorhandensein eines Wasserlaufs der 1./2./3. Kategorie:
 - Sonstiges:

Feld 8 – Beschreibung des Projekts in seinem Kontext und Einbindung der baukulturellen und raumordnerischen Rahmenbedingungen

.....

 Beschreibung – ggf. Beschreibung der Änderungen, wenn vereinfachter Antrag gemäß Artikel D.IV.72.1

Anhang 4

.....

 Im Falle dessen, dass es sich um eine touristische Beherbergungsstätte handelt:
 die Unterkunft ist für bis zu 10 Personen ausgelegt
 die Unterkunft ist für 11 oder mehr Personen ausgelegt

Wenn eine phasenweise Umsetzung des Projekts erwünscht wird, Beschreibung der Phaseneinteilung:

Feld 9 - Liste der Ausnahmen und Abweichungen und entsprechende Begründungen

Wenn der Antrag eine Ausnahme zum Sektorenplan oder zu den Normen des regionalen Leitfadens für den Städtebau, oder eine Abweichung von einem Schema, von einer Flächennutzungskarte, von den Anweisungen eines Leitfadens für den Städtebau oder von der Erschließungsgenehmigung voraussetzt:
ausführliche Begründung der Ausnahmen und Abweichungen in Hinsicht auf die Artikel D.IV.5 bis D.IV.13 des GRE:

Feld 10 - Umweltgesetzbuch

Der Antrag enthält (als Anhang beizufügen):
 eine Bewertungsnotiz über die Umweltverträglichkeit
 eine Umweltverträglichkeitsstudie

Feld 11 - Dekret über die Bodenbewirtschaftung

Angaben gemäß der Datenbank im Sinne des Dekrets vom 1. März 2018 über die Bodenbewirtschaftung und -sanierung:

- nicht erfasst (ohne Farbe)
- erfasst (Farbe Pfirsich)
- erfasst (Farbe Lavendel)

Das ordnungsgemäß ausgefüllte Formular mit den erforderlichen Dokumenten im Sinne des Dekrets vom 1. März 2018 über die Bodenbewirtschaftung und -sanierung beifügen.

Feld 12 - Dekret über das kommunale Verkehrswegenetz: Schaffung, Änderung oder Abschaffung von Gemeindewegen

- Nein
- Ja: kurze Beschreibung der Arbeiten

Die Auskünfte im Sinne von Artikel 11 des Dekrets vom 6. Februar 2014 über das kommunale Verkehrswegenetz oder die diesbetreffende endgültige Genehmigung beifügen

Feld 13 - Dekret über die Energieeffizienz von Gebäuden

Die Kraft des Dekrets über die Energieeffizienz von Gebäuden erforderlichen Dokumente beifügen

Feld 14 - Statistisches Formular

Die föderalen Rechtsvorschriften in Bezug auf das statistische Formular einhalten

Feld 15 - Beizufügende Dokumente

Die Dokumente gemäß der Felder (sofern zutreffend):

- Feld 2: Projekttreffen
- Feld 2: Stellungnahme des Gemeindegremiums (Dringlichkeitsverfahren gemäß D.IV.109.5)
- Feld 6: Denkmalschutzdekret
- Feld 10: Umweltgesetzbuch
- Feld 11: Bodenbewirtschaftung
- Feld 12: Gemeindewege
- Feld 13: Energieeffizienz
- Feld 14: Statistisches Formular

Wenn es sich um einen vereinfachten Antrag gemäß Artikel D.IV.72.1 handelt, dann umfasst die Akte nur die Elemente, die die beantragten Abänderungen betreffen.

Anhang 4

Folgende Dokumente in sechs Ausfertigungen (je nach der Anzahl der angefragten Stellungnahmen können zusätzliche Exemplare nachgefragt werden):

Die Pläne werden nummeriert und auf das Normformat von 21 auf 29,7 cm gefaltet.

- ein Lageplan des betreffenden Guts im Maßstab 1:10.000 oder 1:5.000, in dem binnen eines Umkreises von 500 Metern die folgenden Angaben dargestellt werden:
 - die Orientierung;
 - die Lage des vom Projekt betroffenen Gutes im Verhältnis zum Kern der Ortschaft;
 - die Zufahrtstraßen und ihre Bezeichnung;
- ein Plan mit dem raumplanerischen und landschaftlichen Kontext im Maßstab 1:1000 oder 1:500, auf dem die folgenden Angaben stehen:
 - die Orientierung;
 - die Zufahrtstraßen mit Maßangaben, und ihrem rechtlichen Status;
 - die Lage, die Abmessungen, die Art oder Zweckbestimmung der bestehenden Bauten auf dem betreffenden Gut und in einem Umkreis von 50 Metern;
 - wenn das Projekt die Anwendung der Artikel D.IV.5 bis D.IV.13 des GRE voraussetzt, die wesentlichen Hauptzüge der Landschaft, wie z.B. die prägenden Merkmale des Bodenreliefs, die Höhenkurven, die Vegetation, einschließlich des Vorhandenseins von bemerkenswerten Bäumen oder Sträuchern im Sinne von Artikel D.IV.4 Ziffer 12 des GRE, das Vorhandensein eines Wasserlaufes oder sonstiger wichtiger landschaftlicher Elemente auf dem betreffenden Gut und in einem Umkreis von 100 Metern;
 - die nummerierte Angabe der Aufnahmen des nachstehend genannten Fotoberichts;
- ein Fotobericht, durch den der städtebauliche und landschaftliche Kontext, in den sich das Projekt einfügt, berücksichtigt werden kann, und der mindestens das Folgende enthält:
 - zwei Aufnahmen, wobei die erste direkt am Wegenetz die Parzelle und die angrenzenden Gebäude zeigt, und die andere die Parzelle(n) zeigt, die sich gegenüber auf der anderen Seite der Straße befinden;
 - mindestens drei verschiedene Aufnahmen, um die Grenzen des betreffenden Gutes, die Nachbargebäude und das allgemeine Umfeld zu visualisieren;
 - wenn es sich um ein neues Gebäude handelt, um wenn das Projekt die Anwendung der Artikel D.IV.5 bis D.IV.13 des GRE voraussetzt, oder wenn das Projekt sich in einem Areal von landschaftlichem Interesse befindet, mindestens drei verschiedene Fernaufnahmen, die es ermöglichen, den gesamten landschaftlichen Kontext, in den sich das Projekt einfügt, zu visualisieren, wobei auf jeder Aufnahme der Standort des Projekts angegeben wird;
- gegebenenfalls eine Berechnung, aus der sich die Einhaltung des Kriteriums der gesundheitlichen Zuträglichkeit nach Artikel 3 Ziffer 5 des Wallonischen Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen betreffend die natürliche Beleuchtung ergibt
- ein Lageplan im Maßstab 1:500, 1:250 oder 1:200 zur Verdeutlichung der Belegung der Parzelle, mit folgenden Angaben:

Anhang 4

- die mit Maßangaben versehenen Grenzen der Parzelle und die Höhenkurven;
 - wenn der Antrag für den Bau von nachträglich in Lose aufzuteilenden Gruppenwohnungen gestellt wird, ohne dass eine vorherige Erschließungsgenehmigung dafür erforderlich wäre, die Grenzen der Lose;
 - mindestens zwei mit Maßangaben versehene relevante Schnitte (Längs- und Querschnitt) des Bodenreliefs und die geplanten und mit Maßangaben versehenen Änderungen;
 - wenn das Projekt eine bedeutende Veränderung des Bodenreliefs voraussetzt, die Höhenangaben des bestehenden Bodenreliefs in Schritten von jeweils 5 m auf dem Lageplan mit einem Vermerk über die heutige Zweckbestimmung des Grundstücks, sowie die Schnitte, auf denen die Planierfläche des Grundstücks angegeben wird;
 - gegebenenfalls die Lage und die Abmessungen der auf der Parzelle gelegenen Gebäude, die bestehen bleiben oder abgerissen werden;
 - der Standort und das Volumen der geplanten Bauten mit den Maßangaben;
 - die durch menschliches Eingreifen entstandenen, auf dem Grundstück bestehenden Grunddienstbarkeiten;
 - gegebenenfalls die Trasse der Infrastrukturen für den Transport von Fluiden und Energie, die das oder die betroffenen Güter durchqueren;
 - die erhaltene oder geplante Einrichtung der restlichen Fläche der betroffenen Parzelle, einschließlich der Bauwiczonen, der betreffenden Einzäunungen, der Parkflächen für Fahrzeuge, der geplanten Materialien, der Lage und Höhe der bestehenden Vegetation einschl. der hochstämmigen Bäume, der zu erhaltenden oder zu vernichtenden Hecken sowie der bemerkenswerten Bäume und der geplanten Anpflanzungen;
 - die Höhenlage des Projekts zu einem festen Bezugspunkt, der zum öffentlichen Eigentum gehört;
 - die Straßeneinrichtungen und -ausstattungen sowie ggf. die geplanten Änderungen mit den entsprechenden Maßangaben;
 - das prinzipielle Abwasserabfuhrnetz;
 - im Falle einer individuellen Klärung, bei der die Abwässer ins Gelände versickern, eine hydrologische Studie.
- die Darstellung des Projekts mit den zu erhaltenden, abzubrechenden oder zu bauenden Gebäuden im Maßstab 1:100 oder 1:50, in der folgende Elemente zu sehen sind:
- der Grundriss aller Ebenen sowie die aktuelle und künftige Zweckbestimmung der Räumlichkeiten;
 - die Aufrisse;
 - die Beschreibung und Angabe des Farbtons der Verblendwerkstoffe des aufgehenden Mauerwerks und der Dachdeckung;
 - die mit Maßangaben versehenen Quer- und Längsschnitte mit Angabe der Höhenlage des Erdgeschosses, der Höhenlage des bestehenden und geplanten Bodenreliefs und des Profils der angrenzenden Bauten;
- gegebenenfalls die vom Architekten vorgesehenen aktiven und passiven technischen Maßnahmen zur Vermeidung oder Minimierung der Risiken in den Gefahrenzonen, die von der

Anhang 4

Föderalagentur für Nuklearkontrolle ausgewiesen sind und in Zusammenhang mit dem regionalen Aktionsplan zur Bekämpfung des Radons;

- gegebenenfalls die technische Akte des Straßenbauprojekts mit folgenden Unterlagen:
 - Grundriss und Längsschnitte im Maßstab 1:200 oder 1:1000;
 - Querprofile im Maßstab 1:100 oder 1:50;
 - ein Musterquerschnitt mit den geplanten Materialien.

Der Musterquerschnitt kann auf der Grundlage eines von der zuständigen Behörde auferlegten Lastenhefts bestimmt werden.

- wenn es sich um Handlungen und Arbeiten gemäß Artikel D.IV.4 Absatz 1 Nummern 1 bis 5 handelt, die unter eine besondere Bekanntmachungsmaßnahme fallen (D.IV.40), eine **3D-Visualisierung des städtebaulichen Projekts** (welche bei der Projektankündigung oder der öffentlichen Untersuchung nach Artikel D.VIII.6 und D.VIII.7 ausgehangen werden muss).

Feld 16 - Unterschriften

Unterschrift des Antragstellers oder des Mandatsträgers/Architekt

.....

Anhang 4

DATENSCHUTZ

Das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. die zuständige Gemeinde sind gemeinsam verantwortliche Verarbeiter Ihrer Daten gemäß der Datenschutz-Grundverordnung (EU) Nr. 2016/679 vom 27. April 2016 und den entsprechenden Ausführungsbestimmungen. Ihre Persönlichkeitsrechte erfahren daher eine besondere Beachtung. Weiterführende Informationen zur Wahrung Ihrer Rechte finden Sie unter www.ostbelgienlive.be/datenschutz bzw. auf der Seite mit der Datenschutzerklärung der Gemeinde. Sie erreichen den Datenschutzbeauftragten des Ministeriums, Herrn Wilfried Heyen, unter datenschutz@dgov.be. Den Kontakt des Datenschutzbeauftragten der Gemeinde entnehmen Sie bitte deren Datenschutzerklärung.

In Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften in Sachen Datenschutz und mit dem Gesetzbuch über die räumliche Entwicklung (GRE) werden die mitgeteilten personenbezogenen Daten von dem zuständigen Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft (wenn der Antrag bei der Regierung eingereicht wird) bzw. von der Gemeinde (wenn der Antrag bei einer Gemeinde eingereicht wird) ausschließlich zu Zwecken der Bearbeitung Ihrer Akte benutzt.

Diese Daten werden nur den im GRE, insbesondere in dessen Buch IV genannten Behörden, Instanzen, Ausschüssen, Kommissionen und Dienststellen mitgeteilt. Die Deutschsprachige Gemeinschaft bzw. die Gemeinde kann Ihre personenbezogenen Daten ebenfalls Dritte mitteilen, wenn die Gesetze sie dazu verpflichten, oder wenn die Deutschsprachige Gemeinschaft bzw. die Gemeinde in gutem Glauben der Ansicht ist, dass die Weitergabe sinnvoll ist, um ein gesetzliches Verfahren einzuhalten, oder im Rahmen eines Gerichtsverfahrens.

Diese Daten werden weder verkauft noch für Marketingzwecke benutzt.

Sie werden so lange aufbewahrt, wie die Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung gültig ist. Hinsichtlich der nicht mehr gültigen Städtebaugenehmigungen oder -bescheinigungen werden die elektronischen Daten in einer minimierten Form aufbewahrt, die es der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. der Gemeinde ermöglicht, zu wissen, ob Ihnen eine Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung gewährt worden ist, und ob sie noch gültig bzw. ungültig ist.

Wenn einer Reaktion der Deutschsprachigen Gemeinschaft (wenn Ihr Antrag bei der Regierung eingereicht wurde) oder der Gemeinde (wenn ihr Antrag bei der Gemeinde eingereicht wurde) innerhalb eines Monats nach Ihrem Antrag auf Auskunft oder Berichtigung ausbleibt, können Sie bei der Datenschutzbehörde eine Beschwerde einreichen, entweder auf deren Website: <https://www.datenschutzbehörde.be>, per Post: Datenschutzbehörde, 35 Rue de la Presse – 1000 Bruxelles oder per E-Mail: contact@apd-gba.be.

Anhang 5



**Antrag auf Städtebaugenehmigung
ohne Mitwirkung eines Architekten**

DER GEMEINDE ODER DER REGIERUNG VORBEHALTENES FELD

Antragsteller

.....

Gegenstand des Antrags

.....

Bezugszeichen der Akte

.....

Feld 1 - Antragsart

Es handelt sich um:

- einen Antrag auf Städtebaugenehmigung ohne Mitwirkung eines Architekten
- einen Antrag auf Änderungen nach Erteilung der Genehmigung, vor oder während der Fertigstellung der Arbeiten gemäß Artikel D.IV.72.1 ohne Mitwirkung eines Architekten
- einen Antrag im Dringlichkeitsverfahren gemäß Artikel D.IV.109-1 ohne Mitwirkung eines Architekten

Feld 2 - Vorgeschichte betreffend den Antrag

- bei Antrag auf Änderungen gemäß Artikel D.IV.72.1: Referenz
der Genehmigung ausgestellt am
- Projekttreffen stattgefunden am
- Städtebaubescheinigung Nr.1 ausgestellt am
- Städtebaubescheinigung Nr. 2 ausgestellt am
- Denkmalgenehmigung ausgestellt am
- Städtebaugenehmigung:
- Erschließungsgenehmigung:
- Teilungsgenehmigung:
- Umweltgenehmigung:
- Globalgenehmigung:
- Genehmigung für Handelsniederlassungen:
- Integrierte Genehmigung:
- Sonstige Genehmigungen:

Der Antrag enthält (als Anhang beizufügen):

- das Protokoll des Treffens ohne Entscheidungsgewalt, wenn ein Projekttreffen stattgefunden hat
- den Beweis dafür, dass ein kraft des GRE obligatorisches Projekttreffen beantragt worden ist, wenn dieses Projekttreffen zwar beantragt wurde, aber nicht binnen 20 Tagen nach dem Antrag stattgefunden hat
- wenn es sich um einen Antrag im Dringlichkeitsverfahren gemäß Artikel D.IV.109.1 handelt, die Stellungnahme des Gemeindegremiums, die bestätigt, dass die Handlungen und Arbeiten in einem Gebiet stattfinden, das vor höchstens 24 Monaten von einer anerkannten Naturkatastrophe betroffen war, oder ein durch Brand ganz oder teilweise zerstörtes Gebäude oder Bauwerk betreffen (D.IV.109.5)

Anhang 5

Feld 3**a) Antragsteller**

Natürliche Person Name:Vorname:..... <u>Anschrift</u> Straße:.....Nr. Bfk..... Postleitzahl: Gemeinde:.....Land: Telefon:.....Fax:..... E-Mail:.....
--

Juristische Person Bezeichnung oder Firmenname: Rechtsform:..... <u>Anschrift</u> Straße:Nr. Bfk..... Postleitzahl: Gemeinde:..... Land: Telefon:.....Fax:..... E-Mail:..... <u>Sachbearbeiter</u> Name:Vorname:..... Eigenschaft:..... Telefon:.....Fax:..... E-Mail:.....

b) Eidesstattliche Erklärung

Ich verpflichte mich, die gegebenenfalls durch andere Gesetze, Dekrete oder Verordnungen auferlegten Zulassungen oder Genehmigungen zu beantragen.

Unterschrift des Antragstellers oder des Mandatträgers

.....

Anhang 5

c) Projektautor

Name:Vorname:.....
 Bezeichnung oder Firmenname einer juristischen Person:.....
 Rechtsform:.....
 Eigenschaft:.....
Anschrift
 Straße:.....Nr. Bfk.....
 Postleitzahl: Gemeinde:.....Land:.....
 Telefon:.....Fax:.....
 E-Mail:.....

Feld 4 - Gegenstand des Antrags

.....

Feld 5 - Angaben über den Projektstandort

Straße:.....Nr.
 Gemeinde:.....
Liste der vom Antrag betroffenen Katasterparzellen
 Wenn das Projekt mehr als fünf Parzellen betrifft, bitte eine Draufsicht mit den gesamten Parzellen beifügen

	Gemeinde	Gemarkung	Flur	Nr. und Exponent	Eigentümer
Parzelle 1					
Parzelle 2					
Parzelle 3					
Parzelle 4					
Parzelle 5					

Vorhandensein von Dienstbarkeiten und sonstiger Rechte
 Nein
 Ja:

Anhang 5

Feld 6 – Dekret über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und historische Kulturlandschaften sowie über die Ausgrabungen (Denkmalschutzdekret)

<p>○ Das betroffene Objekt befindet sich im Schutzbereich eines vorläufig oder endgültig geschützten Gutes</p> <p>Nein Ja</p> <p>○ Das betroffene Objekt ist vorläufig oder endgültig geschützt gemäß dem Dekret vom 23. Juni 2008 über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und historischen Kulturlandschaften sowie über die Ausgrabungen</p> <p>Nein Ja</p> <p>- Verpflichtendes Projekttreffen am</p> <p>- Referenz des Protokolls</p> <p>- Der Antrag enthält (als Anhang beizufügen):</p> <p style="padding-left: 40px;">Das Protokoll des verpflichtenden Projekttreffens (Art. D.IV.31.1)</p> <p style="padding-left: 40px;">Ggf. die ergänzenden Dokumente, die laut Protokoll dem Antrag beizufügen sind</p>
--

Feld 7 - Rechtslage des Gutes

<p>Liste der auf das Gut anwendbaren GRE-Dokumente und Angaben zur Gebietseinteilung</p>	
○ Raumentwicklungsschema (bei Anwendung von Artikel D.II.16 des GRE):	
○ <u>Sektorenplan</u> :	
○ <u>Flächennutzungskarte</u> :	
○ <u>Plurikommunales Entwicklungsschema</u> :	
○ <u>Kommunales Entwicklungsschema</u> :	
○ <u>Lokales Orientierungsschema</u> :	
○ <u>Kommunaler Leitfaden für den Städtebau</u> :	
○ <u>Regionaler Leitfaden für den Städtebau</u> :	
○ <u>Erschließungsgenehmigung</u> :	<u>Los Nr</u> :
○ <u>Teilungsgenehmigung</u> :	<u>Los Nr</u> :
○ Gut mit einem bemerkenswerten Baum bzw. Strauch oder einer bemerkenswerten Hecke	
○ Gut, das der Regelung über die Besteuerung der Gewinne aus der Planung unterliegt	
○ Sanierungsstandort, Areal für eine städtische Flurbereinigung:	
○ Wenn die Normen über die akustische Qualität der Bauten auf das Projekt anwendbar sind, bitte das Formular Dn beifügen.	
<p>Sonstige Merkmale des Gutes:</p>	

Anhang 5

- Gut, das dem Risiko eines schweren natürlichen Unfalls oder einer größeren geotechnischen Belastung ausgesetzt ist: Überschwemmung in den überschwemmungsgefährdeten Gebieten im Sinne von Artikel D.53 des Wassergesetzbuches - Fallen einer Felswand - Erdbeben - Karsterscheinung - Bodensenkung - seismische Gefahr - sonstiges bedeutendes natürliches Risiko oder geotechnische Belastung: ...
- Gut in einem oder in der Nähe eines vorgeschlagenen oder durch Erlass ausgewiesenen Natura 2000-Gebiets - eines domanialen Naturreservats - eines unterirdischen Hohlraums von wissenschaftlichem Interesse - eines Feuchtgebiets von biologischem Interesse - eines Waldreservats - im Sinne des Gesetzes vom 12. Juli 1973 über die Erhaltung der Natur ...
- Gut, das im Plan "dauerhaftes Wohnen" aufgenommen ist ...
- Gut, dessen Standort das Risiko eines schweren Unfalls (nicht) vergrößern oder die Folgen eines solchen Unfalls (nicht) verschlimmern könnte, unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, eine angemessene Entfernung von einem bereits bestehenden Betrieb, der mit dem Risiko eines schweren Unfalls im Sinne des Dekrets vom 11. März 1999 über die Umweltgenehmigung verbunden ist, einzuhalten
- Es handelt sich um die Errichtung - die Änderung - eines Betriebs, der mit dem Risiko eines schweren Unfalls im Sinne des Dekrets vom 11. März 1999 über die Umweltgenehmigung verbunden ist
- Gut, das sich innerhalb des Gebiets befindet, das vom Sanierungsplan pro Zwischeneinzugsgebiet von betroffen und in diesem Plan als (Art des Gebiets) aufgenommen ist
- Vorhandensein einer durch Erlass festgelegten Präventivzone, einer pauschalen Präventivzone oder einer Überwachungszone in Bezug auf Trinkwasserentnahmestellen, die Kraft des Wassergesetzbuches eingeführt worden ist:
- Vorhandensein eines Wasserlaufs der 1./2./3. Kategorie:
- Sonstiges:

Feld 8 – Beschreibung des Projekts in seinem Kontext und Einbindung der baukulturellen und raumordnerischen Rahmenbedingungen

Beschreibung – ggf. Beschreibung der Änderungen, wenn vereinfachter Antrag gemäß Artikel D.IV.72.1

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Bei **Abbrucharbeiten**: welches ist die Zweckbestimmung der Parzelle nach Durchführung dieser Handlungen und Arbeiten?

Feld 10 - Umweltgesetzbuch

Der Antrag enthält (als Anhang beizufügen):

- eine Bewertungsnotiz über die Umweltverträglichkeit
- eine Umweltverträglichkeitsstudie

Feld 11 - Dekret über die Bodenbewirtschaftung

Angaben gemäß der Datenbank im Sinne des Dekrets vom 1. März 2018 über die Bodenbewirtschaftung und -sanierung:

- nicht erfasst (ohne Farbe)
- erfasst (Farbe Pfirsich)
- erfasst (Farbe Lavendel)

Das ordnungsgemäß ausgefüllte Formular mit den erforderlichen Dokumenten im Sinne des Dekrets vom 1. März 2018 über die Bodenbewirtschaftung und -sanierung beifügen.

Feld 12 - Dekret über das kommunale Verkehrswegenetz: Schaffung, Änderung oder Abschaffung von Gemeindewegen

- Nein
- Ja: kurze Beschreibung der Arbeiten

Die Auskünfte im Sinne von Artikel 11 des Dekrets vom 6. Februar 2014 über das kommunale Verkehrswegenetz oder die diesbetreffende endgültige Genehmigung beifügen

Feld 13 - Dekret über die Energieeffizienz von Gebäuden

Die Kraft des Dekrets über die Energieeffizienz von Gebäuden erforderlichen Dokumente beifügen

Feld 14 - Statistisches Formular

Die föderalen Rechtsvorschriften in Bezug auf das statistische Formular einhalten

Feld 15 - Beizufügende Dokumente

Die Dokumente gemäß der Felder (sofern zutreffend):

- Feld 2: Projekttreffen
- Feld 2: Stellungnahme des Gemeindegremiums (Dringlichkeitsverfahren gemäß D.IV.109.5)
- Feld 6: Denkmalschutzdekret
- Feld 10: Umweltgesetzbuch
- Feld 11: Bodenbewirtschaftung

Anhang 5

- Feld 12: Gemeindewege
- Feld 13: Energieeffizienz
- Feld 14: Statistisches Formular

Wenn es sich um einen vereinfachten Antrag gemäß Artikel D.IV.72.1 handelt, dann umfasst die Akte nur die Elemente, die die beantragten Abänderungen betreffen.

Folgende Dokumente in vier Ausfertigungen (je nach der Anzahl der angefragten Stellungnahmen können zusätzliche Exemplare nachgefragt werden):

Die Pläne werden nummeriert und auf das Normformat von 21 auf 29,7 cm gefaltet.

- ein Plan zur Darstellung des Projektes und seines raumplanerischen und landschaftlichen Kontexts, der es ermöglicht, das Projekt in einem Umkreis von 200 Metern zu visualisieren, und folgende Elemente angibt:
 - die Orientierung;
 - die Zufahrtstraßen mit Angabe ihres rechtlichen Status, ihrer Bezeichnung und Breite;
 - die Lage, die Art oder die Zweckbestimmung der bestehenden Bauten in einem Umkreis von 50 Metern;
 - die nummerierte Angabe der Aufnahmen des Fotoberichts;
- ein Farbfotobericht, durch den der städtebauliche und landschaftliche Kontext, in den sich das Projekt einfügt, berücksichtigt werden kann, und der mindestens das Folgende enthält:
 - zwei Aufnahmen, wobei die erste direkt am Wegenetz die Parzelle und die angrenzenden Gebäude zeigt, und die andere die Parzelle(n) zeigt, die sich gegenüber auf der anderen Seite der Straße befinden;
 - mindestens drei Aufnahmen, um die Grenzen des betreffenden Gutes und die Nachbargebäude zu visualisieren;
 - wenn das Projekt die Anwendung der Artikel D.IV.5 bis D.IV.13 des GRE voraussetzt (Ausnahmen oder Abweichungen), oder wenn das Projekt sich in einem Areal von landschaftlichem Interesse befindet, mindestens drei verschiedene Fernaufnahmen, die es ermöglichen, den gesamten landschaftlichen Kontext, in den sich das Projekt einfügt, zu visualisieren, wobei auf jeder Aufnahme der Standort des Projekts angegeben wird;
- ein Plan zur Verdeutlichung der Belegung der Parzelle, mit folgenden Angaben:
 - die Grenzen der betroffenen Parzelle;
 - gegebenenfalls die Lage der auf der Parzelle gelegenen Gebäude, die bestehen bleiben oder abgerissen werden;
 - ggf. die Lage der geplanten Bauten, die Beschreibung der Verblendwerkstoffe des aufgehenden Mauerwerks und der Dachdeckung;
 - die durch menschliches Eingreifen entstandenen, auf dem Grundstück bestehenden Grunddienstbarkeiten;

Anhang 5

- die erhaltene oder geplante Einrichtung des Bodens der betroffenen Parzelle, einschließlich der Bauwiczonen, der Einfriedungen, der Parkflächen für Fahrzeuge, der Lage und Höhe der bestehenden Vegetation einschl. der hochstämmigen Bäume, der zu erhaltenden oder zu vernichtenden Hecken sowie der bemerkenswerten Bäume und der Anpflanzungen;
- ggf. die zu treffenden Maßnahmen, um den einwandfreien Abfluss des Oberflächenwassers zu gewährleisten;
- ggf. die zu treffenden Maßnahmen, um die Klärung des Abwassers zu gewährleisten;
- die Behandlung der Umgebung und den Schutz der benachbarten Gebäude und Anpflanzungen;

Besondere Dokumente – je nach Gegenstand des Antrags

- wenn es sich um eine bedeutende Veränderung des Bodenreliefs handelt, die Höhenangaben des bestehenden Bodenreliefs in Schritten von jeweils 5 m mit einem Vermerk über die heutige Zweckbestimmung des Grundstücks, die Anpflanzungen auf den benachbarten Grundstücken, ihre Entfernung zu den Grenzen des betreffenden Grundstücks sowie die Schnitte zur Veranschaulichung der Planierfläche des Grundstücks und die vorgesehene Situation nach der Durchführung der Änderungen des Bodenreliefs;
- wenn es sich um ein Lager für ausgediente Fahrzeuge, Schrott, Materialien oder Abfälle handelt, die Lage, die Fläche und die Höhe des Lagers, die Art der abzulagernden Materialien oder Abfälle, die Art der Umfriedung oder die vorgesehenen Vorrichtungen, um das Lager zu tarnen, sowie ihre Lage;
- wenn es sich um das Ab- oder Aufstellen einer oder mehrerer mobiler Anlagen handelt, ihre Lage, Anzahl und ggf. die Art der Umfriedung oder die vorgesehenen Vorrichtungen, um die Anlage zu tarnen, sowie die vorgesehene Situation nach dem Abräumen des Lagers;
- Wenn es sich um technische Arbeiten im Sinne von Artikel R.IV.1-2, Absatz 1, 5° handelt¹:
 - einen Grundriss und Längs- und Querschnitte, mit folgenden Angaben:
 - die Angabe der öffentlichen Wege in einem Umkreis von 50 m ab jeder Grenze der Parzelle, mit ihrer Bezeichnung und Breite,
 - die Grenzen des Grundstücks, mit Angabe der Abmessungen;
 - die Höhenkurven der aktuellen und geplanten Schnitte der Grundstückflächen;
 - die Lage, die Art bzw. die Zweckbestimmung der Nachbargebäude in einem Umkreis von 50 m ab jeder Grenze der Parzelle;
 - die Lage der auf der Parzelle vorhandenen, zu erhaltenden bzw. abzureißenden Gebäude;

¹ Unter technischen Arbeiten sind zu verstehen:

a) Arbeiten, bei denen die Ingenieurtechnik eine wichtige Rolle spielt, wie z.B. Brücken und Tunnels, Straßen, Parkplätze, Eisenbahngleise, Untergrundbahnen und alle Transportwege mit fester Unterlage, Start-/Landebahnen in Flughäfen, Wasserwerke, Talsperren, Kanäle, Häfen und Jachthäfen, Wasserfassungen, elektrische Leitungen, (Gitter-)Masten, Anschlussstationen, Windräder, Turbinen, Gasleitungen, Ölleitungen, Pipeline, Fernmeldeanlagen;

b) agrartechnische Arbeiten;

c) Anlagen oder Bauwerke, bei deren Entwurf die Ingenieurtechnik eine wesentliche Rolle spielt: Produktionsanlagen, Lageranlagen, Umschlag- und Transportanlagen, Förderbänder, Portalkrananlagen, Leitungen, Laufkräne, Lagertürme, Silos, Außenfilteranlagen.

Anhang 5

- die Lage der vorhandenen, zu erhaltenden bzw. zu fällenden hochstämmigen Bäume;
 - ggf. die Ansichten der verschiedenen Baum- bzw. Pflanzenbestände;
 - der Grundriss und die Längsschnitte werden im Maßstab 1:200, 1:1000 oder 1:5.000 erstellt;
 - die Querprofile werden im Maßstab 1:100 oder 1:50 erstellt;
 - die Stellungnahme der betroffenen (Energie-)Netzbetreiber über die technische Machbarkeit des Projekts;
 - ein Lageplan mit Angabe der Orientierung im Maßstab 1:5.000 oder 1:10.000;
 - ggf. ein allgemeiner Plan jedes Straßenabschnitts.
- Beim Umbau eines bestehenden Bauwerks, bei der Schaffung einer oder mehrerer Wohnungen, bei dem Bau eines Wintergartens, eines Neben- oder Anbauvolumens, die Visualisierung des Projekts mit den umzubauenden, abzureißenden oder zu bauenden Konstruktionen, im Maßstab 1:100 oder 1:50, unter Angabe folgender Elemente:
- der Grundriss aller Ebenen sowie die aktuelle und künftige Zweckbestimmung der Räumlichkeiten;
 - die Aufrisse;
 - die Verblendwerkstoffe und der Farbton des vorhandenen oder künftigen aufgehenden Mauerwerks und der Dachdeckung;
 - die mit Maßangaben versehenen Quer- und Längsschnitte mit Angabe der Höhenlage des Erdgeschosses, der Höhenlage des bestehenden und geplanten Bodenreliefs und des Profils der angrenzenden Bauten sowie die genaue Zusammensetzung der Wände und des Daches, die Angabe der Rauchabzugs- und Lüftungsrohre;
 - gegebenenfalls die Berechnungen, aus der sich die Einhaltung des Kriteriums der gesundheitlichen Zuträglichkeit nach Artikel 3 Ziffer 5 des wallonischen Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen betreffend die natürliche Beleuchtung ergibt.
- beim Anbringen eines oder mehrerer Aushängeschilder oder Reklamevorrichtungen, einer oder mehrerer ortsfester oder beweglicher Einrichtungen, oder eines oder mehrerer Module zur Erzeugung von Strom oder Hitze:
- die Draufsicht der Vorrichtung oder des Moduls;
 - die Vorderansicht der Vorrichtung oder des Moduls;
 - die Beschreibung der Baustoffe und ihr Farbton;
 - für die Aushängeschilder oder Reklamevorrichtungen: die Beschreibung des benutzten Schriftzugs und ggf. der benutzten Beleuchtung
- bei Abbruch eines Bauwerks oder einer Anlage:
- die Draufsicht des Bauwerks / der Anlage;

Anhang 5

- mindestens drei signifikante Fotoaufnahmen des betroffenen Bauwerks / der betroffenen Anlage;
- bei Änderung der Zweckbestimmung eines Gutes (gesamt oder teilweise) oder Änderung der Aufteilung von Verkaufsflächen und der Geschäftstätigkeit:
 - einen Plan mit dem raumplanerischen und landschaftlichen Kontext im Maßstab 1:1000 oder 1:500 mit den oben genannten allgemeinen Angaben und der Angabe der Lage der Parkflächen für Fahrzeuge in einem Umkreis von 100 Metern ab jeder der Grenzen der betroffenen Parzelle;
 - gegebenenfalls die Berechnungen, aus der sich die Einhaltung des Kriteriums der gesundheitlichen Zuträglichkeit nach Artikel 3 Ziffer 5 des wallonischen Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen betreffend die natürliche Beleuchtung ergibt.
 - der Grundriss aller Ebenen sowie die aktuelle und künftige Zweckbestimmung der Räumlichkeiten;
- wenn es sich um Handlungen und Arbeiten gemäß Artikel D.IV.4 Absatz 1 Nummern 1 bis 5 handelt, die unter eine besondere Bekanntmachungsmaßnahme fallen (D.IV.40), eine **3D-Visualisierung des städtebaulichen Projekts** (welche bei der Projektankündigung oder der öffentlichen Untersuchung nach Artikel D.VIII.6 und D.VIII.7 ausgehangen werden muss).

Feld 16 - Unterschriften

Unterschrift des Antragstellers oder des Mandatsträgers/ Architekt

.....

Anhang 5

DATENSCHUTZ

Das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. die zuständige Gemeinde sind gemeinsam verantwortliche Verarbeiter Ihrer Daten gemäß der Datenschutz-Grundverordnung (EU) Nr. 2016/679 vom 27. April 2016 und den entsprechenden Ausführungsbestimmungen. Ihre Persönlichkeitsrechte erfahren daher eine besondere Beachtung. Weiterführende Informationen zur Wahrung Ihrer Rechte finden Sie unter www.ostbelgienlive.be/datenschutz bzw. auf der Seite mit der Datenschutzerklärung der Gemeinde. Sie erreichen den Datenschutzbeauftragten des Ministeriums, Herrn Wilfried Heyen, unter datenschutz@dgov.be. Den Kontakt des Datenschutzbeauftragten der Gemeinde entnehmen Sie bitte deren Datenschutzerklärung.

In Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften in Sachen Datenschutz und mit dem Gesetzbuch über die räumliche Entwicklung (GRE) werden die mitgeteilten personenbezogenen Daten von dem zuständigen Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft (wenn der Antrag bei der Regierung eingereicht wird) bzw. von der Gemeinde (wenn der Antrag bei einer Gemeinde eingereicht wird) ausschließlich zu Zwecken der Bearbeitung Ihrer Akte benutzt. Diese Daten werden nur den im GRE, insbesondere in dessen Buch IV genannten Behörden, Instanzen, Ausschüssen, Kommissionen und Dienststellen mitgeteilt. Die Deutschsprachige Gemeinschaft bzw. die Gemeinde kann Ihre personenbezogenen Daten ebenfalls Dritte mitteilen, wenn die Gesetze sie dazu verpflichten, oder wenn die Deutschsprachige Gemeinschaft bzw. die Gemeinde in gutem Glauben der Ansicht ist, dass die Weitergabe sinnvoll ist, um ein gesetzliches Verfahren einzuhalten, oder im Rahmen eines Gerichtsverfahrens.

Diese Daten werden weder verkauft noch für Marketingzwecke benutzt.

Sie werden so lange aufbewahrt, wie die Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung gültig ist. Hinsichtlich der nicht mehr gültigen Städtebaugenehmigungen oder -bescheinigungen werden die elektronischen Daten in einer minimierten Form aufbewahrt, die es der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. der Gemeinde ermöglicht, zu wissen, ob Ihnen eine Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung gewährt worden ist, und ob sie noch gültig bzw. ungültig ist.

Wenn einer Reaktion der Deutschsprachigen Gemeinschaft (wenn Ihr Antrag bei der Regierung eingereicht wurde) oder der Gemeinde (wenn ihr Antrag bei der Gemeinde eingereicht wurde) innerhalb eines Monats nach Ihrem Antrag auf Auskunft oder Berichtigung ausbleibt, können Sie bei der Datenschutzbehörde eine Beschwerde einreichen, entweder auf deren Website: <https://www.datenschutzbehörde.be>, per Post: Datenschutzbehörde, 35 Rue de la Presse – 1000 Bruxelles oder per E-Mail: contact@apd-gba.be.

Anhang 10



**Antrag auf Erschließungsgenehmigung oder auf
Änderung einer Erschließungsgenehmigung oder auf
Aufhebung der Erschließungsgenehmigung**

DER GEMEINDE ODER DER REGIERUNG VORBEHALTENES FELD

Antragsteller

.....

Gegenstand des Antrags

.....

Bezugszeichen der Akte

.....

Anhang 10

Feld 1 - Antragsart

Es handelt sich um:

- einen Antrag auf Erschließungsgenehmigung
(ggf. mit vereinfachtem Inhalt)
- einen Antrag auf Änderung einer Erschließungsgenehmigung mit Referenz der zuständigen Behördevom
(ggf. mit vereinfachtem Inhalt)
- einen Antrag auf Aufhebung der Erschließungsgenehmigung mit Referenz der zuständigen Behördevom
(ggf. mit vereinfachtem Inhalt)
- einen Antrag auf Änderungen nach Erteilung der Genehmigung, vor oder während der Fertigstellung der Arbeiten gemäß Artikel D.IV.72.1; Erschließungsgenehmigung mit Referenz der zuständigen Behördevom

Feld 2 - Vorgeschichte betreffend den Antrag

- Projekttreffen stattgefunden am
- Städtebaubescheinigung Nr.1 ausgestellt am
- Städtebaubescheinigung Nr. 2 ausgestellt am
- Denkmalgenehmigung ausgestellt am
- Städtebaugenehmigung:
- Erschließungsgenehmigung:
- Teilungsgenehmigung:
- Umweltgenehmigung:
- Globalgenehmigung:
- Genehmigung für Handelsniederlassungen:
- Integrierte Genehmigung:
- Sonstige Genehmigungen:

Der Antrag enthält (als Anhang beizufügen):

- das Protokoll des Treffens ohne Entscheidungsgewalt, wenn ein Projekttreffen stattgefunden hat
- den Beweis dafür, dass ein kraft des GRE obligatorisches Projekttreffen beantragt worden ist, wenn dieses Projekttreffen zwar beantragt wurde, aber nicht binnen 20 Tagen nach dem Antrag stattgefunden hat

Feld 3**a) Antragsteller****Natürliche Person**

Name:Vorname:.....

Anschrift

Straße:.....Nr. Bfk.....

Postleitzahl: Gemeinde:.....Land:

Telefon:.....Fax:.....

E-Mail:.....

Juristische Person

Bezeichnung oder Firmenname:

Rechtsform:.....

Anschrift

Straße:Nr. Bfk.....

Postleitzahl: Gemeinde:..... Land:

Telefon:.....Fax:.....

E-Mail:.....

Sachbearbeiter

Name:Vorname:.....

Eigenschaft:.....

Telefon:.....Fax:.....

E-Mail:.....

b) Eidesstattliche Erklärung

Ich verpflichte mich, die gegebenenfalls durch andere Gesetze, Dekrete oder Verordnungen auferlegten Zulassungen oder Genehmigungen zu beantragen.

Unterschrift des Antragstellers oder des Mandatsträgers

.....

Anhang 10

c) Projektautor

Name:Vorname:.....
Bezeichnung oder Firmenname einer juristischen Person:.....
Rechtsform:.....
Eigenschaft:.....
Anschrift
Straße:.....Nr. Bfk.....
Postleitzahl: Gemeinde:.....Land:.....
Telefon:.....Fax:.....
E-Mail:.....

Feld 4 - Gegenstand des Antrags

Projektbeschreibung:
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

Wenn eine phasenweise Umsetzung des Projekts erwünscht wird, Beschreibung und Begründung der Phaseneinteilung:
.....
.....
.....
.....

Wenn Kraft Art. D.IV.2 § 2 des GRE der Ausschluss bestimmter Lose aus dem von der Genehmigung gedeckten Perimeter erwünscht wird: Beschreibung dieser Lose und Begründung des Ausschlussantrags:
.....
.....
.....
.....

Anhang 10

Feld 5 - Angaben über den Projektstandort

Straße:.....Nr.

Gemeinde:.....

Liste der vom Antrag betroffenen Katasterparzellen

Wenn das Projekt mehr als fünf Parzellen betrifft, bitte eine Draufsicht mit den gesamten Parzellen beifügen

	Gemeinde	Gemarkung	Flur	Nr. und Exponent	Eigentümer
Parzelle 1					
Parzelle 2					
Parzelle 3					
Parzelle 4					
Parzelle 5					

Vorhandensein von Dienstbarkeiten und sonstiger Rechte

Nein

Ja:

Feld 6 – Dekret über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und historische Kulturlandschaften sowie über die Ausgrabungen (Denkmalschutzdekret)

- Das betroffene Objekt befindet sich im Schutzbereich eines vorläufig oder endgültig geschützten Gutes
 - Nein
 - Ja
- Das betroffene Objekt ist vorläufig oder endgültig geschützt gemäß dem Dekret vom 23. Juni 2008 über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und historische Kulturlandschaften sowie über die Ausgrabungen
 - Nein
 - Ja
 - Verpflichtendes Projekttreffen am
 - Referenz des Protokolls
 - Der Antrag enthält (als Anhang beizufügen):
 - Das Protokoll des verpflichtenden Projekttreffens (Art. D.IV.31.1)
 - Ggf. die ergänzenden Dokumente, die laut Protokoll dem Antrag beizufügen sind

Feld 7 - Rechtslage des Gutes

Liste der auf das Gut anwendbaren GRE-Dokumente und Angaben zur Gebietseinteilung

- Raumentwicklungsschema (bei Anwendung von Artikel D.II.16 des GRE):
- Sektorenplan:
- Flächennutzungskarte:
- Plurikommunales Entwicklungsschema:
- Kommunales Entwicklungsschema:
- Lokales Orientierungsschema:.....
- Kommunaler Leitfaden für den Städtebau:....
- Regionaler Leitfaden für den Städtebau:....
- Erschließungsgenehmigung:..... Los Nr:
- Teilungsgenehmigung:..... Los Nr:
- Gut mit einem bemerkenswerten Baum bzw. Strauch oder einer bemerkenswerten Hecke
- Gut, das der Regelung über die Besteuerung der Gewinne aus der Planung unterliegt
- Sanierungsstandort, Areal für eine städtische Flurbereinigung:.....
- Wenn die Normen über die akustische Qualität der Bauten auf das Projekt anwendbar sind, bitte das Formular Dn beifügen.

Sonstige Merkmale des Gutes:

- Gut, das dem Risiko eines schweren natürlichen Unfalls oder einer größeren geotechnischen Belastung ausgesetzt ist: Überschwemmung in den überschwemmungsgefährdeten Gebieten im Sinne von Artikel D.53 des Wassergesetzbuches - Fallen einer Felswand - Erdbeben - Karsterscheinung - Bodensenkung - seismische Gefahr - sonstiges bedeutendes natürliches Risiko oder geotechnische Belastung: ...
- Gut in einem oder in der Nähe eines vorgeschlagenen oder durch Erlass ausgewiesenen Natura 2000-Gebiets - eines domanialen Naturreservats - eines unterirdischen Hohlraums von wissenschaftlichem Interesse - eines Feuchtgebiets von biologischem Interesse - eines Waldreservats - im Sinne des Gesetzes vom 12. Juli 1973 über die Erhaltung der Natur ...
- Gut, das im Plan "dauerhaftes Wohnen" aufgenommen ist ...
- Gut, dessen Standort das Risiko eines schweren Unfalls (nicht) vergrößern oder die Folgen eines solchen Unfalls (nicht) verschlimmern könnte, unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, eine angemessene Entfernung von einem bereits bestehenden Betrieb, der mit dem Risiko eines schweren Unfalls im Sinne des Dekrets vom 11. März 1999 über die Umweltgenehmigung verbunden ist, einzuhalten
- Es handelt sich um die Errichtung - die Änderung - eines Betriebs, der mit dem Risiko eines schweren Unfalls im Sinne des Dekrets vom 11. März 1999 über die Umweltgenehmigung verbunden ist

Anhang 10

- o Gut, das sich innerhalb des Gebiets befindet, das vom Sanierungsplan pro Zwischeneinzugsgebiet von betroffen und in diesem Plan als (Art des Gebiets) aufgenommen ist
- o Vorhandensein einer durch Erlass festgelegten Präventivzone, einer pauschalen Präventivzone oder einer Überwachungszone in Bezug auf Trinkwasserentnahmestellen, die Kraft des Wassergesetzbuches eingeführt worden ist:
- o Vorhandensein eines Wasserlaufs der 1./2./3. Kategorie:
- o Sonstiges:

Feld 8 – Beschreibung des Projekts in seinem Kontext und Einbindung der baukulturellen und raumordnerischen Rahmenbedingungen

Beschreibung – ggf. Beschreibung der Änderungen, wenn vereinfachter Antrag gemäß Artikel D.IV.72.1 – ggf. Beschreibung der Gründe, die die Aufhebung der Erschließungsgenehmigung rechtfertigen – ggf. Rechtfertigung, dass die Rechte, die aus den zwischen den Parteien ausdrücklich getroffenen Vereinbarungen hervorgehen, nicht beeinträchtigt werden

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Feld 9 - Liste der Ausnahmen und Abweichungen und entsprechende Begründungen

Wenn der Antrag eine Ausnahme zum Sektorenplan oder zu den Normen des regionalen Leitfadens für den Städtebau, oder eine Abweichung von einem Schema, von einer Flächennutzungskarte oder von den Anweisungen eines Leitfadens für den Städtebau voraussetzt:

ausführliche Begründung der Ausnahmen und Abweichungen in Hinsicht auf die Artikel D.IV.5 bis D.IV.13 des GRE:

.....

.....

.....

.....

.....

Anhang 10

.....
.....
.....
.....

Feld 10 - Umweltgesetzbuch

Der Antrag enthält (als Anhang beizufügen):

- eine Bewertungsnotiz über die Umweltverträglichkeit
- eine Umweltverträglichkeitsstudie

Feld 11 - Dekret über die Bodenbewirtschaftung

Angaben gemäß der Datenbank im Sinne des Dekrets vom 1. März 2018 über die Bodenbewirtschaftung und -sanierung:

- nicht erfasst (ohne Farbe)
- erfasst (Farbe Pfirsich)
- erfasst (Farbe Lavendel)

Das ordnungsgemäß ausgefüllte Formular mit den erforderlichen Dokumenten im Sinne des Dekrets vom 1. März 2018 über die Bodenbewirtschaftung und -sanierung beifügen.

Feld 12 - Dekret über das kommunale Verkehrswegenetz: Schaffung, Änderung oder Abschaffung von Gemeindewegen

- Nein
- Ja: kurze Beschreibung der Arbeiten

Die Auskünfte im Sinne von Artikel 11 des Dekrets vom 6. Februar 2014 über das kommunale Verkehrswegenetz oder die diesbetreffende endgültige Genehmigung beifügen

Feld 13 - Beizufügende Dokumente

Die Dokumente gemäß der Felder (sofern zutreffend):

- Feld 2: Projekttreffen
- Feld 6: Denkmalschutzdekret
- Feld 10: Umweltgesetzbuch
- Feld 11: Bodenbewirtschaftung
- Feld 12: Gemeindewege

Wenn es sich um einen vereinfachten Antrag gemäß Artikel D.IV.72.1 oder einen gewöhnlichen Antrag auf Änderung einer Erschließungsgenehmigung handelt, dann umfasst die Akte nur die Elemente, die die beantragten Abänderungen betreffen.

Anhang 10

Wenn es sich um einen Antrag auf Aufhebung einer Erschließungsgenehmigung handelt, dann umfasst die Akte alle Elemente, die die ursprüngliche Genehmigung beinhaltet.

Folgende Dokumente in vier Ausfertigungen (je nach der Anzahl der angefragten Stellungnahmen können zusätzliche Exemplare nachgefragt werden):

Die Pläne werden nummeriert und auf das Normformat von 21 auf 29,7 cm gefaltet.

- eine Bescheinigung, dass der Antragsteller über ein dingliches Recht an dem betreffenden Gut verfügt;
- ein Lageplan des betreffenden Guts im Maßstab 1:10.000 oder 1:5.000, in dem binnen eines Umkreises von 500 Metern die folgenden Angaben dargestellt werden:
 - die Orientierung;
 - die Lage des vom Projekt betroffenen Gutes im Verhältnis zum Kern der Ortschaft;
 - die Zufahrtstraßen und ihre Bezeichnung;
- der raumplanerische und landschaftliche Kontext auf einem Plan im Maßstab 1:1.000 oder 1:500, auf dem folgende Elemente stehen:
 - die Orientierung;
 - die Zufahrtstraßen mit Maßangaben, und ihrem rechtlichen Status;
 - die Lage, die Abmessungen, die Art oder Zweckbestimmung der bestehenden Bauten auf dem betreffenden Gut und in einem Umkreis von 50 Metern;
 - die wesentlichen Landschaftsmerkmale, wie beispielsweise die prägenden Elemente des Reliefs, die Höhenlinien, die Vegetation, einschließlich des Vorhandenseins von bemerkenswerten Bäumen oder Hecken im Sinne des Artikels D.IV.4 Ziffer 12, das Vorhandensein von Wasserläufen oder von jeglichem anderen prägenden Element der Landschaft auf dem betroffenen Gut in einem Umkreis von 100 Metern von ihm entfernt;
 - die nummerierte Angabe der Aufnahmen des nachstehend genannten Fotoberichts;
- ein Fotobericht, durch den der städtebauliche und landschaftliche Kontext, in den sich das Projekt einfügt, berücksichtigt werden kann, und der mindestens das Folgende enthält:
 - zwei Aufnahmen, wobei die erste direkt am Wegenetz die Parzelle und die angrenzenden Gebäude zeigt, und die andere die Parzelle(n) zeigt, die sich gegenüber auf der anderen Seite der Straße befinden;
 - mindestens drei verschiedene Aufnahmen, um die Grenzen des betreffenden Gutes und die Nachbargebäude zu visualisieren;
 - eine oder mehrere unterschiedliche, voneinander entfernte, für das Projekt signifikante Aufnahmen mit Angabe auf dem Foto des Standorts des Projekts,

Anhang 10

durch die eine Übersicht des allgemeinen landschaftlichen Kontexts entsteht, in den sich das Projekt einfügt;

- ein Bericht, der die folgenden Angaben enthält:
 - die Zielsetzungen der Raumordnung und des Städtebaus für den betroffenen Teil des Gebiets; diese Zielsetzungen beschreiben, inwiefern das Erschließungsprojekt den Kontext, in den es sich einfügt, beachtet, verstärkt oder korrigiert oder inwiefern es diesen Kontext als Vorbild nimmt;

Wenn sich das Gut innerhalb des Bereichs eines kommunalen Schemas befindet, können die Zielsetzungen der Erschließungsgenehmigung diejenigen des kommunalen Schemas sein.
 - die Maßnahmen zur Umsetzung dieser Ziele in Form eines Heftes mit den Anweisungen bezüglich:
 - des Verkehrsnetzes;
 - der technischen Infrastrukturen und Netze sowie der Abwasser- und Oberflächenwasserbewirtschaftung;
 - der öffentlichen Räume und Grünflächen;
 - der Parzellenaufteilung und der Zweckbestimmungen;
 - des Standorts und der Höhe der Bauten und Bauwerke, der Verkehrswege und öffentlichen Räume sowie des Einbaus der technischen Vorrichtungen;
 - der ökologischen Struktur einschließlich der Anpflanzungen.
- ein Schema, durch welches die Ziele in Sachen Raumordnung und Städtebau graphisch dargestellt werden;
- die aktuelle Belegung der Parzelle auf einem Plan im Maßstab 1:500 oder 1:250, auf die folgenden Elemente dargestellt werden:
 - die mit Maßangaben versehenen Grenzen der Parzelle und die Höhenkurven;
 - die Nummerierung der Parzellen und die Namen der Eigentümer der angrenzenden Parzellen;
 - die durch menschliches Eingreifen entstandenen, auf dem Grundstück bestehenden Grunddienstbarkeiten;
 - gegebenenfalls die Trasse der Infrastrukturen für den Transport von Fluiden und Energie, die das oder die betroffenen Güter durchqueren;
 - den Plan und die Fluchtlinie der Zugangswege, sowie ihre gesamte Breite, die Breite und Art des Belags;
 - die nächstliegenden Haltestellen für öffentliche Verkehrsmittel;

Anhang 10

- den Plan mit den Anschlussstellen der bestehenden nächstliegenden Energie-/Wasser/Kommunikationsleitungen (mit Ausnahme der Abwasserleitungen) mit ihren technischen Daten;
- die Trasse und die Mündungsstellen der bestehenden nächstliegenden Abwasserleitungen mit ihren technischen Daten und ihrer Entsorgungsleistung für das betroffene Gut (gegebenenfalls durch Angabe einer bestehenden Klärstation);
- die bestehenden Mittel, um das Abfließen der Oberflächenwässer zu gewährleisten;
- die geplante Belegung der Parzelle auf einem Plan im Maßstab 1:500 oder 1:250, auf die folgenden Elemente dargestellt werden:
 - die Zweckbestimmung, der Standort und das Volumen der geplanten Bauten;
 - ggf. die verschiedenen Phasen des Projektes;
 - gegebenenfalls die zusätzlichen Funktionen, die öffentlichen Räume und die geplanten öffentlichen oder gemeinschaftlichen Bauten oder Ausrüstungen;
 - die bemaßten bebaubaren Gebiete; unter bebaubarem Gebiet ist das Gebiet zu verstehen, welches das oder die Haupt- und Nebenvolumen enthält, die zur Zweckbestimmung des betreffenden Gebiets bestimmt sind, unbeschadet der abgesonderten Nebenvolumen;
 - die aufrechterhaltene oder geplante Flächeneinrichtung außerhalb der bebaubaren Gebiete;
 - die Höhe der Zufahrtstraße, die Straßeneinrichtungen und -ausstattungen sowie ggf. die geplanten Änderungen mit den entsprechenden Maßangaben;
 - mindestens ein signifikanter Längsschnitt und ein signifikanter Querschnitt des Bodenreliefs mit Maßangaben je 100 Meter langen Straßenabschnitt sowie ggf. die geplanten Änderungen mit Maßangaben; diese Querschnitte sind im Maßstab 1:100;
- ein im Maßstab 1:500 oder 1:250 aufgestellter Übersichtsplan, der die geplante Erschließung darstellt und als Hinweis dienend die beabsichtigte Parzellenaufteilung angibt;
- eine oder mehrere repräsentative dreidimensionale Ansichten der geplanten Handlungen und Arbeiten;
- gegebenenfalls** die technische Akte bezüglich der Anlage oder der Änderung einer kommunalen Straße, mit:
 - Grundriss und Längsschnitten im Maßstab 1:200 oder 1:1000;
 - Querprofilen im Maßstab 1:100 oder 1:50;
 - einem Musterquerschnitt mit den geplanten Baustoffen; Letzterer kann auf der Grundlage eines von der zuständigen Behörde auferlegten Lastenhefts bestimmt werden.
- gegebenenfalls** die technische Akte bezüglich der Abschaffung einer kommunalen Straße, mit:
 - einem Grundriss der abzuschaffenden Straße;

Anhang 10

- wenn das Projekt die Schaffung, Erweiterung oder Änderung einer kommunalen oder regionalen Straße umfasst, die Stellungnahme der betroffenen (Energie-)Netzbetreiber über die technische Machbarkeit des Projekts;
- wenn es sich um Handlungen und Arbeiten gemäß Artikel D.IV.2 (Erschließungs- und Teilungsgenehmigungen) handelt, die unter eine besondere Bekanntmachungsmaßnahme fallen (D.IV.40), eine **Abbildung der geplanten Parzellenaufteilung** und gegebenenfalls den **grafischen Ausdruck der Ziele der Raumordnung** und des Städtebaus für den betroffenen Teil des Gebiets (welche bei der Projektankündigung oder der öffentlichen Untersuchung nach Artikel D.VIII.6 und D.VIII.7 ausgegangen werden muss/müssen).

Feld 14 - Im Falle einer Abänderung oder Aufhebung einer Erschließungsgenehmigung gemäß Artikel D.IV.94

Die Liste der Eigentümer eines Loses, die den Antrag in Anwendung von Artikel D.IV.95 §3 des GRE mitunterzeichnet haben.

Für die Eigentümer, die den Antrag nicht mitunterzeichnet haben, bitte den Beweis der Einsendungen nach Artikel D.IV.95 § 2 oder § 3 des GRE beifügen

NAME	EIGENTÜMER LOS Nr.	DATUM	UNTERSCHRIFT

Feld 15 - Unterschriften

Unterschrift des Antragstellers oder des Mandatsträgers/Projektautors

.....

Anhang 10

DATENSCHUTZ

Das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. die zuständige Gemeinde sind gemeinsam verantwortliche Verarbeiter Ihrer Daten gemäß der Datenschutz-Grundverordnung (EU) Nr. 2016/679 vom 27. April 2016 und den entsprechenden Ausführungsbestimmungen. Ihre Persönlichkeitsrechte erfahren daher eine besondere Beachtung. Weiterführende Informationen zur Wahrung Ihrer Rechte finden Sie unter www.ostbelgienlive.be/datenschutz bzw. auf der Seite mit der Datenschutzerklärung der Gemeinde. Sie erreichen den Datenschutzbeauftragten des Ministeriums, Herrn Wilfried Heyen, unter datenschutz@dgov.be. Den Kontakt des Datenschutzbeauftragten der Gemeinde entnehmen Sie bitte deren Datenschutzerklärung.

In Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften in Sachen Datenschutz und mit dem Gesetzbuch über die räumliche Entwicklung (GRE) werden die mitgeteilten personenbezogenen Daten von dem zuständigen Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft (wenn der Antrag bei der Regierung eingereicht wird) bzw. von der Gemeinde (wenn der Antrag bei einer Gemeinde eingereicht wird) ausschließlich zu Zwecken der Bearbeitung Ihrer Akte benutzt.

Diese Daten werden nur den im GRE, insbesondere in dessen Buch IV genannten Behörden, Instanzen, Ausschüssen, Kommissionen und Dienststellen mitgeteilt. Die Deutschsprachige Gemeinschaft bzw. die Gemeinde kann Ihre personenbezogenen Daten ebenfalls Dritte mitteilen, wenn die Gesetze sie dazu verpflichten, oder wenn die Deutschsprachige Gemeinschaft bzw. die Gemeinde in gutem Glauben der Ansicht ist, dass die Weitergabe sinnvoll ist, um ein gesetzlichen Verfahren einzuhalten, oder im Rahmen eines Gerichtsverfahrens.

Diese Daten werden weder verkauft noch für Marketingzwecke benutzt.

Sie werden so lange aufbewahrt, wie die Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung gültig ist. Hinsichtlich der nicht mehr gültigen Städtebaugenehmigungen oder -bescheinigungen werden die elektronischen Daten in einer minimierten Form aufbewahrt, die es der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. der Gemeinde ermöglicht, zu wissen, ob Ihnen eine Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung gewährt worden ist, und ob sie noch gültig bzw. ungültig ist.

Wenn einer Reaktion der Deutschsprachigen Gemeinschaft (wenn Ihr Antrag bei der Regierung eingereicht wurde) oder der Gemeinde (wenn ihr Antrag bei der Gemeinde eingereicht wurde) innerhalb eines Monats nach Ihrem Antrag auf Auskunft oder Berichtigung ausbleibt, können Sie bei der Datenschutzbehörde eine Beschwerde einreichen, entweder auf deren Website: <https://www.datenschutzbehörde.be>, per Post: Datenschutzbehörde, 35 Rue de la Presse – 1000 Bruxelles oder per E-Mail: contact@apd-gba.be.

Anhang 32



VORHERIGE MAHNUNG

VERSTOß NACH GESETZBUCH ÜBER DIE RÄUMLICHE ENTWICKLUNG

Am [Datum] wurde entsprechend der Artikel D.VII.3 bis D.VII.7 des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung festgestellt durch:

- einen in der von der Regierung festgelegten Liste aufgeführten Beamten und Bediensteten der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
- einen vom Gemeinderat benannten Beamten und technischen Bediensteten der Gemeinden;
- einen gemäß Artikel 44 des Denkmalschutzdekrets von der Regierung bestellten Gerichtspolizeioffizier;
- einen mit der Verwaltung und Polizeiordnung der Straßen und Wege beauftragten Beamten und Bediensteten;
- einem Direktor, Forstamtsleiter oder Forstbediensteten der Abteilung Natur und Forstwesen der operativen Generaldirektion Landwirtschaft, Naturschätze und Umwelt (OGD3) des öffentlichen Dienstes der Wallonie.

dass ein Verstoß oder mehrere Verstöße gemäß Gesetzbuch über die räumliche Entwicklung begangen wurden:

- die Ausführung der in Artikel D.IV.4 erwähnten Handlungen oder Arbeiten, die Erschließung eines Gutes im Sinne von Artikel D.IV.2 §1 oder die Teilung eines Gutes im Sinne von Artikel D.IV.2 §3
 - ohne vorherige Genehmigung,
 - nach Verfall der Genehmigung oder nach dem Akt oder Beschluss zur Aussetzung der Genehmigung
 - unter Nichteinhaltung der Genehmigung oder des Regularisierungsbeschlusses im Sinne von Artikel D.VII.18 §2 Nummern 1 und 2;Mit Ausnahme a) der Handlungen, die in Missachtung der Parzellenaufteilung laut der Erschließungsgenehmigung getätigt wurden, wenn sie keine Änderung der Erschließungsgenehmigung gemäß Artikel D.IV.94 §2 erfordern; b) der Arbeiten und Handlungen, die Gegenstand einer Erklärung gemäß Artikel D.IV.73.1 §1 Absatz 2 Nummer 2 sind;
- die Weiterführung der in Artikel D.IV.4 erwähnten Handlungen und Arbeiten, der Erschließung eines Gutes im Sinne von Artikel D.IV.2 §1 oder der Teilung eines Gutes im Sinne von Artikel D.IV.2 §3
 - ohne vorherige Genehmigung,

Anhang 32

- nach Verfall dieser Genehmigung oder nach dem Akt oder Beschluss zur Aussetzung der Genehmigung
- unter Nichteinhaltung der Genehmigung oder des Regularisierungsbeschlusses im Sinne von Artikel D.VII.18 §2 Nummern 1 und 2;
- unbeschadet von Artikel D.VII.1bis, die Aufrechterhaltung der ohne die erforderliche Genehmigung oder in deren Missachtung ausgeführten Arbeiten;
- die Nichtbeachtung der Vorschriften des Sektorenplans und der Normen des regionalen Leitfadens für den Städtebau, mit Ausnahme der Handlungen und Arbeiten, die abweichend genehmigt wurden, von der Genehmigung freigestellt wurden oder nicht unter Genehmigungspflicht stehen;
- die Nichtbeachtung der Regeln zum Aushang der Genehmigung gemäß Artikel D.IV.70 oder zur Bekanntmachung gemäß Artikel D.IV.76 und Buch VIII;
- das Fehlen der in Artikel D.IV.71 erwähnten Mitteilung des Beginns der Arbeiten;
- das Nichteinreichen der Unterlagen gemäß Artikel D.IV.73 oder die Erstellung von Unterlagen gemäß Artikel D.IV.73, die der tatsächlich vorhandenen Situation nicht entsprechen;
- die Ausführung der in Artikel D.IV.4 erwähnten Handlungen oder Arbeiten oder die Erschließung eines Gutes im Sinne von Artikel D.IV.2 §1 unter Missachtung der in Anwendung des Denkmalschutzdekrets auferlegten Schutzmaßnahmen.

Auf dem Gebiet der Gemeinde:.....

Adresse:

Katastriert Gemarkung: Flur: Nr:

Eigentümer oder mutmaßlicher Zuwiderhandelnder:

Lage laut der koordinierten Sektorenpläne der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

.....

Auflistung und Beschreibung des/r jeweiligen städtebaulichen Verstoßes/Verstöße, ggf. Referenz der Genehmigung und Benennung des entsprechenden Artikels des Genehmigungserfordernis nach Gesetzbuch über die räumliche Entwicklung:

1.

2.

3.

4. etc.

Gemäß Artikel D.VII.4 des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung, kann eine Frist von mindestens drei Monaten und höchstens zwei Jahren für die Anpassung an die geltenden Vorschriften festgelegt werden.

Im vorliegenden Fall wird eine Frist von ab dem Tag der vorliegenden Mahnung festgelegt, um den aufgelisteten Verstößen ein Ende zu setzen.

Anhang 32

Die Anpassungen an die geltenden Vorschriften können durch eine Rückversetzung in den ursprünglichen Zustand, durch die Einhaltung der ggf. bestehenden Genehmigung oder aber durch die Durchführung notwendiger Schritte erreicht werden. Bezüglich der Möglichkeit einer nachträglichen Regularisierung bitten wir Sie Kontakt mit der für den Standort der durchgeführten Verstöße zuständigen Gemeinde aufzunehmen.

Sollten Sie der Notwendigkeit der Anpassung an die geltenden Vorschriften infolge der vorliegenden vorherigen Mahnung nicht innerhalb der Ihnen auferlegten Frist nachkommen, hat dies die Erstellung eines Feststellungsprotokolls zur Folge, welches dem Prokurator des Königs übermittelt wird. Die Verstöße sind Gegenstand von gerichtlichen oder verwaltungsrechtlichen Maßnahmen.

Zu Ihrer Information wird gemäß Artikel D.VII.7.1 des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung jeder Antrag auf Genehmigung, der sich auf Handlungen oder Arbeiten bezieht, für die ein Feststellungsprotokoll gemäß Artikel D.VII.5 übermittelt wurde, und der nicht im Rahmen einer Regularisierungsprüfung gemäß Artikel D.VII.18 eingereicht wurde, so lange als unzulässig erklärt, bis:

1. ein rechtskräftiger Regularisierungsbeschluss gemäß Artikel D.VII.18 §2 Nummern 1 oder 2 vorliegt;
2. ein rechtskräftiger Beschluss zur Anordnung der Durchführung von Verwaltungsmaßnahmen gemäß Artikel D.VII.19 oder von Kompensationsmaßnahmen gemäß Artikel D.VII.20, gegebenenfalls begleitet von einer administrativen Geldbuße gemäß Artikel D.VII.21, vorliegt;
3. ein rechtskräftiges Gerichtsurteil gefällt wurde;
4. eine Erklärung über die Übereinstimmung von bestehenden Handlungen oder -Arbeiten mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht gemäß Artikel D.VII.1ter §2 Absatz 2 Nummer 1 vorliegt.

Datum:

Unterschrift des feststellenden Bediensteten

Anlagen:

- o Übersichtsplan
- o Fotodokumentation

DATENSCHUTZ

Das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. die zuständige Gemeinde sind gemeinsam verantwortliche Verarbeiter Ihrer Daten gemäß der Datenschutz-Grundverordnung (EU) Nr. 2016/679 vom 27. April 2016 und den entsprechenden Ausführungsbestimmungen. Ihre Persönlichkeitsrechte erfahren daher eine besondere Beachtung. Weiterführende Informationen zur Wahrung Ihrer Rechte finden Sie unter www.ostbelgienlive.be/datenschutz bzw. auf der Seite mit der Datenschutzerklärung der Gemeinde. Sie erreichen den Datenschutzbeauftragten des Ministeriums, Herrn Wilfried Heyen, unter datenschutz@dgov.be. Den Kontakt des Datenschutzbeauftragten der Gemeinde entnehmen Sie bitte deren Datenschutzerklärung.

In Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften in Sachen Datenschutz und mit dem Gesetzbuch über die räumliche Entwicklung (GRE) werden die mitgeteilten personenbezogenen Daten von dem zuständigen Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft (wenn der Antrag bei der Regierung eingereicht wird) bzw. von der Gemeinde (wenn der Antrag bei einer Gemeinde eingereicht wird) ausschließlich zu Zwecken der Bearbeitung Ihrer Akte benutzt.

Diese Daten werden nur den im GRE, insbesondere in dessen Buch IV genannten Behörden, Instanzen, Ausschüssen, Kommissionen und Dienststellen mitgeteilt. Die Deutschsprachige Gemeinschaft bzw. die Gemeinde kann Ihre personenbezogenen Daten ebenfalls Dritte mitteilen, wenn die Gesetze sie dazu verpflichten, oder wenn die Deutschsprachige Gemeinschaft bzw. die Gemeinde in gutem Glauben der Ansicht ist, dass die Weitergabe sinnvoll ist, um ein gesetzliches Verfahren einzuhalten, oder im Rahmen eines Gerichtsverfahrens.

Diese Daten werden weder verkauft noch für Marketingzwecke benutzt.

Sie werden so lange aufbewahrt, wie die Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung gültig ist. Hinsichtlich der nicht mehr gültigen Städtebaugenehmigungen oder -bescheinigungen werden die elektronischen Daten in einer minimierten Form aufbewahrt, die es der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. der Gemeinde ermöglicht, zu wissen, ob Ihnen eine Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung gewährt worden ist, und ob sie noch gültig bzw. ungültig ist.

Wenn einer Reaktion der Deutschsprachigen Gemeinschaft (wenn Ihr Antrag bei der Regierung eingereicht wurde) oder der Gemeinde (wenn ihr Antrag bei der Gemeinde eingereicht wurde) innerhalb eines Monats nach Ihrem Antrag auf Auskunft oder Berichtigung ausbleibt, können Sie bei der Datenschutzbehörde eine Beschwerde einreichen, entweder auf deren Website: <https://www.datenschutzbehörde.be>, per Post: Datenschutzbehörde, 35 Rue de la Presse – 1000 Bruxelles oder per E-Mail: contact@apd-gba.be.

Anhang 30



**ANTRAG AUF ÜBERPRÜFUNG DER
ÜBEREINSTIMMUNG MIT DEM RAUMORDNUNGS-
UND STÄDTEBAURECHT**

DER REGIERUNG VORBEHALTENES FELD

Antragsteller

.....

Objekt der Anfrage

.....

Bezugszeichen der Akte

.....

(1) Unzutreffendes bitte streichen

(2) zutreffendes bitte ankreuzen

Feld 1 – Referenz über den Standort

Referenznummer des genehmigten Antrags (falls vorhanden):
Straße:.....Nr.
Gemeinde:.....
<u>Betroffene Katasterparzellen:</u>

Feld 2

Antragsteller

Natürliche Person		
Name:	Vorname:.....	
<u>Anschrift</u>		
Straße:.....Nr.	Bfk.....	
Postleitzahl:	Gemeinde:.....	Land:
Telefon:.....	Fax:.....	
E-Mail:.....		
Eigenschaft: <input type="checkbox"/>	Genehmigungsinhaber	<input type="checkbox"/> Eigentümer
		<input type="checkbox"/> Mandatsträger

Juristische Person		
Bezeichnung oder Firmenname:		
Rechtsform:.....		
<u>Anschrift</u>		
Straße:	Nr. Bfk.....	
Postleitzahl:	Gemeinde:.....	Land:
Telefon:.....	Fax:.....	
E-Mail:.....		
<u>Sachbearbeiter</u>		
Name:	Vorname:.....	
Eigenschaft:.....		
Telefon:.....	Fax:.....	
E-Mail:.....		

Feld 3 – Informationen oder Unterlagen, betreffend die Arbeiten und Handlungen, für die die Überprüfung der Übereinstimmung mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht angefragt wird

(1) Die betreffenden Handlungen und Arbeiten wurden genehmigt (Referenz Genehmigung) und entsprechen der Genehmigung (siehe Unterlagen anbei):

.....

.....

(1) Die betreffenden Handlungen und Arbeiten fallen unter die Anwendung der in Artikel D.VII.1bis erwähnten Vermutung (siehe Unterlagen anbei, **die Beweislast der Erfüllung der Bedingungen und des Zeitpunktes der Fertigstellung der Handlungen und Arbeiten obliegt dem Antragsteller**):

.....

.....

.....

Die betreffenden Handlungen und Arbeiten sind (2):

Handlungen und Arbeiten, die darin bestehen, nach dem 20. August 1994 eine oder mehrere Wohnungen zu schaffen, die den Kriterien für den Erhalt einer Mietgenehmigung oder den Kriterien der Gesundheitsverträglichkeit und der Sicherheit nicht entsprechen.

Handlungen und Arbeiten, die innerhalb eines durch das Gesetz vom 12. Juli 1973 über die Erhaltung der Natur oder seiner Ausführungserlasse anerkannten Gebiets stattfinden.

Handlungen und Arbeiten an einem in Artikel D.IV.14.1 genannten Gut.

Handlungen und Arbeiten, die vor dem 1. Februar 2023 Gegenstand einer gerichtlichen Entscheidung zur Feststellung der Nichtübereinstimmung von Handlungen und Arbeiten mit den Regeln des Raumordnungs- und Städtebaurechts geworden sind, selbst wenn die gerichtliche Entscheidung von noch laufenden Berufungsverfahren betroffen ist. Wenn zutreffend Referenz:.....

Handlungen und Arbeiten, die nach dem 1. Februar 2023 Gegenstand einer endgültigen Verwaltungsmaßnahme im Sinne von Artikel D.VII.19 oder D.VII.20 oder einer endgültigen gerichtlichen Entscheidung zur Feststellung der Nichtübereinstimmung von Handlungen und Arbeiten mit den Regeln des Raumordnungs- und Städtebaurechts geworden sind. Wenn zutreffend Referenz:.....

(1) Die betreffenden Handlungen und Arbeiten weisen aus den folgenden Gründen Unterschiede zu der genehmigten Situation auf. Die Unterschiede sind auf den beiliegenden Plänen oder Unterlagen farblich in grün gekennzeichnet und betreffen folgende Punkte:

(1) Unzutreffendes bitte streichen

(2) zutreffendes bitte ankreuzen

.....
.....
.....
.....

Feld 5 - Beizufügende Unterlagen

Die folgenden Dokumente sind in vier Ausfertigungen beizufügen:

- Genehmigungspläne der ursprünglichen bzw. genehmigten Situation, wenn vorhanden
- Fotos oder Unterlagen, die die ursprüngliche Situation und den Zeitpunkt der Erstellung der Handlungen und Arbeiten unwiderlegbar belegen
- Pläne, Fotos oder Unterlagen der tatsächlich vorhandenen Situation, für die diese Erklärung der Überprüfung der Übereinstimmung angefragt wird
- Ggf. Pläne, Fotos oder Unterlagen von der tatsächlich vorhandenen Situation und den deutlich gekennzeichneten betreffenden Unterschieden zu der ursprünglichen bzw. genehmigten Situation

Die Pläne werden nummeriert und auf das Normformat DIN A4 (21cm auf 29,7 cm) gefaltet.

Feld 6 - Unterschriften

Ich nehme zur Kenntnis, dass diese Überprüfung der Übereinstimmung nicht von der Verpflichtung befreit Genehmigungen aufgrund anderer Gesetze, Dekrete oder Verordnungen zu beantragen.

Ich erkläre, dass alle Unterlagen und Angaben der Wahrheit entsprechen und der am [Angabe des Datums] tatsächlich vorhandenen Situation entsprechen.

Unterschrift des Antragstellers oder des Mandatsträgers

.....

Anhang 30

DATENSCHUTZ

Das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. die zuständige Gemeinde sind gemeinsam verantwortliche Verarbeiter Ihrer Daten gemäß der Datenschutz-Grundverordnung (EU) Nr. 2016/679 vom 27. April 2016 und den entsprechenden Ausführungsbestimmungen. Ihre Persönlichkeitsrechte erfahren daher eine besondere Beachtung. Weiterführende Informationen zur Wahrung Ihrer Rechte finden Sie unter www.ostbelgienlive.be/datenschutz bzw. auf der Seite mit der Datenschutzerklärung der Gemeinde. Sie erreichen den Datenschutzbeauftragten des Ministeriums, Herrn Wilfried Heyen, unter datenschutz@dgov.be. Den Kontakt des Datenschutzbeauftragten der Gemeinde entnehmen Sie bitte deren Datenschutzerklärung.

In Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften in Sachen Datenschutz und mit dem Gesetzbuch über die räumliche Entwicklung (GRE) werden die mitgeteilten personenbezogenen Daten von dem zuständigen Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft (wenn der Antrag bei der Regierung eingereicht wird) bzw. von der Gemeinde (wenn der Antrag bei einer Gemeinde eingereicht wird) ausschließlich zu Zwecken der Bearbeitung Ihrer Akte benutzt.

Diese Daten werden nur den im GRE, insbesondere in dessen Buch IV genannten Behörden, Instanzen, Ausschüssen, Kommissionen und Dienststellen mitgeteilt. Die Deutschsprachige Gemeinschaft bzw. die Gemeinde kann Ihre personenbezogenen Daten ebenfalls Dritte mitteilen, wenn die Gesetze sie dazu verpflichten, oder wenn die Deutschsprachige Gemeinschaft bzw. die Gemeinde in gutem Glauben der Ansicht ist, dass die Weitergabe sinnvoll ist, um ein gesetzlichen Verfahren einzuhalten, oder im Rahmen eines Gerichtsverfahrens.

Diese Daten werden weder verkauft noch für Marketingzwecke benutzt.

Sie werden so lange aufbewahrt, wie die Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung gültig ist. Hinsichtlich der nicht mehr gültigen Städtebaugenehmigungen oder -bescheinigungen werden die elektronischen Daten in einer minimierten Form aufbewahrt, die es der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. der Gemeinde ermöglicht, zu wissen, ob Ihnen eine Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung gewährt worden ist, und ob sie noch gültig bzw. ungültig ist.

Wenn einer Reaktion der Deutschsprachigen Gemeinschaft (wenn Ihr Antrag bei der Regierung eingereicht wurde) oder der Gemeinde (wenn ihr Antrag bei der Gemeinde eingereicht wurde) innerhalb eines Monats nach Ihrem Antrag auf Auskunft oder Berichtigung ausbleibt, können Sie bei der Datenschutzbehörde eine Beschwerde einreichen, entweder auf deren Website: <https://www.datenschutzbehörde.be>, per Post: Datenschutzbehörde, 35 Rue de la Presse – 1000 Bruxelles oder per E-Mail: contact@apd-gba.be.



ERKLÄRUNG ÜBER DIE ÜBEREINSTIMMUNG VON HANDLUNGEN ODER ARBEITEN MIT DEM RAUMORDNUNGS- UND STÄDTEBAURECHT

Die Regierung,

Aufgrund des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung (im Folgenden Gesetzbuch genannt);

Aufgrund des Buches I des Umweltgesetzbuches;

In Erwägung, dass auf der Grundlage der konformen Dekrete der Wallonischen Region vom 06/05/2019 und der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 29/04/2019, die Kompetenz in Bezug auf die Raumordnung auf die Deutschsprachige Gemeinschaft am 01/01/2020 übertragen wurde;

In Erwägung, dass die Anfrage folgendes Gut betrifft:
ein Gut gelegen in <...>
Katasterangaben: <...> **Gemarkung** <...> **Flur** <...> **Nr.** <...>
Betreffend <...>;

In Erwägung, dass der Antrag auf Überprüfung der Übereinstimmung mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht in Anwendung des Artikels **D.VII 1ter** des Gesetzbuches bei der zuständigen Behörde am <Datum> eingereicht worden ist;

In Erwägung, dass am <Datum> ein Hinterlegungsbescheid gemäß Artikel D.IV.32 ausgestellt wurde;

In Erwägung, dass sich das Gut in der/den folgende(n) Zonen der koordinierten Sektorenpläne der Deutschsprachigen Gemeinschaft <...> befindet;

In Erwägung, dass sich dieses Gut ebenfalls:

- <...>
- <...>
- <...>

befindet;

In Anbetracht, dass die folgenden Unterlagen eingereicht worden sind:

- <...>
- <...>

(1) Unzutreffendes bitte streichen

- <...>

In Anbetracht,

- o dass keine Kontrolle vor Ort durchgeführt wurde;
- o dass eine Kontrolle vor Ort am durchgeführt wurde;

(1) In Anbetracht, dass die Übereinstimmung mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht der am [Datum] durch den Antragsteller dargestellten tatsächlich vorhandenen Situation durch die Regierung bescheinigt werden kann:

(1) Da die aufgeführten Handlungen oder Arbeiten mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht übereinstimmen, da <...>.

(1) Da die aufgeführten Handlungen oder Arbeiten mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht übereinstimmen, da sie unter die Anwendung der in Artikel D.VII.1bis erwähnten Vermutung fallen, da <...>.

(1) In Anbetracht, dass die Übereinstimmung mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht durch die Regierung nicht bescheinigt werden kann:

(1) Da bestimmte Handlungen oder Arbeiten nicht mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht übereinstimmen und mittels eines neuen Antrags genehmigt werden müssen.

Die Regierung setzt eine Frist von <...> (mindestens drei Monaten und höchstens zwei Jahren) für den Erhalt einer Genehmigung fest.

Für folgende Handlungen ist eine Städtebaugenehmigung zu beantragen:

- <...>
- <...>
- <...>

Die vorliegende Erklärung gilt als vorherige Mahnung gemäß Artikel D.VII.4.

(1) Da bestimmte Handlungen oder Arbeiten nicht mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht übereinstimmen und nicht genehmigt werden können.

Die Regierung legt eine Frist von <...> (mindestens drei Monaten und höchstens zwei Jahren) für die Anpassung an die geltenden Vorschriften und Genehmigungen fest.

Folgende Handlungen gilt es durchzuführen:

- <...>
- <...>
- <...>

Die vorliegende Erklärung gilt als vorherige Mahnung gemäß Artikel D.VII.4.

(1) In Anbetracht, dass die im Antrag übermittelten Informationen es nicht erlauben, die Erklärung über die Übereinstimmung mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht auszustellen, daher müssen folgende Informationen und Unterlagen nachgereicht werden:

- <...>

- <...>
- <...>

Nach Ausstellung des Hinterlegungsbescheids zum Erhalt dieser Unterlagen gilt eine neue Bearbeitungsfrist von 75 Tagen.

Aus den vorerwähnten Gründen,

BESCHLIEBT:

Artikel 1: Die von dem Antragsteller angefragte Erklärung über die Übereinstimmung mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht wird *<erteilt / verweigert.>*

Artikel 2: Eine Ausfertigung der vorliegenden Erklärung wird dem Antragsteller und dem Gemeindegremium der Gemeinde übermittelt.

Eupen, den

Die Regierung

Anhang 31

DATENSCHUTZ

Das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. die zuständige Gemeinde sind gemeinsam verantwortliche Verarbeiter Ihrer Daten gemäß der Datenschutz-Grundverordnung (EU) Nr. 2016/679 vom 27. April 2016 und den entsprechenden Ausführungsbestimmungen. Ihre Persönlichkeitsrechte erfahren daher eine besondere Beachtung. Weiterführende Informationen zur Wahrung Ihrer Rechte finden Sie unter www.ostbelgienlive.be/datenschutz bzw. auf der Seite mit der Datenschutzerklärung der Gemeinde. Sie erreichen den Datenschutzbeauftragten des Ministeriums, Herrn Wilfried Heyen, unter datenschutz@dgov.be. Den Kontakt des Datenschutzbeauftragten der Gemeinde entnehmen Sie bitte deren Datenschutzerklärung.

In Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften in Sachen Datenschutz und mit dem Gesetzbuch über die räumliche Entwicklung (GRE) werden die mitgeteilten personenbezogenen Daten von dem zuständigen Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft (wenn der Antrag bei der Regierung eingereicht wird) bzw. von der Gemeinde (wenn der Antrag bei einer Gemeinde eingereicht wird) ausschließlich zu Zwecken der Bearbeitung Ihrer Akte benutzt.

Diese Daten werden nur den im GRE, insbesondere in dessen Buch IV genannten Behörden, Instanzen, Ausschüssen, Kommissionen und Dienststellen mitgeteilt. Die Deutschsprachige Gemeinschaft bzw. die Gemeinde kann Ihre personenbezogenen Daten ebenfalls Dritte mitteilen, wenn die Gesetze sie dazu verpflichten, oder wenn die Deutschsprachige Gemeinschaft bzw. die Gemeinde in gutem Glauben der Ansicht ist, dass die Weitergabe sinnvoll ist, um ein gesetzlichen Verfahren einzuhalten, oder im Rahmen eines Gerichtsverfahrens.

Diese Daten werden weder verkauft noch für Marketingzwecke benutzt.

Sie werden so lange aufbewahrt, wie die Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung gültig ist. Hinsichtlich der nicht mehr gültigen Städtebaugenehmigungen oder -bescheinigungen werden die elektronischen Daten in einer minimierten Form aufbewahrt, die es der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. der Gemeinde ermöglicht, zu wissen, ob Ihnen eine Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung gewährt worden ist, und ob sie noch gültig bzw. ungültig ist.

Wenn einer Reaktion der Deutschsprachigen Gemeinschaft (wenn Ihr Antrag bei der Regierung eingereicht wurde) oder der Gemeinde (wenn ihr Antrag bei der Gemeinde eingereicht wurde) innerhalb eines Monats nach Ihrem Antrag auf Auskunft oder Berichtigung ausbleibt, können Sie bei der Datenschutzbehörde eine Beschwerde einreichen, entweder auf deren Website: <https://www.datenschutzbehörde.be>, per Post: Datenschutzbehörde, 35 Rue de la Presse – 1000 Bruxelles oder per E-Mail: contact@apd-gba.be.



ERKLÄRUNG ZU DEN UNTERLAGEN NACH DURCHFÜHRUNG DER HANDLUNGEN UND ARBEITEN

Auf dem Gebiet der Gemeinde:.....

Adresse:

Katastriert Gemarkung: Flur: Nr:

Antragsteller:

Sachlage:

Liste der betroffenen Genehmigungen:

- Städtebaugenehmigung vom <Datum der Entscheidung> mit der Referenz <Referenz der Behörde>
 Erschließungsgenehmigung/Teilungsgenehmigung (geltend als Städtebaugenehmigung für die Durchführung der Handlungen und Arbeiten bezüglich dieses Weges gemäß Artikel D.IV.79) vom <Datum der Entscheidung> mit der Referenz <Referenz der Behörde>

Im Falle von mehreren Genehmigungen, sind die Referenzen aller durchgeführten Genehmigungen anzugeben.

Am [Datum] wurden entsprechend des Artikels D.IV.73 des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung die Unterlagen nach Durchführung der Handlungen oder Arbeiten eingereicht.

Gemäß Artikel D.IV.60 Absatz 4 wurde eine Garantie von [.....€] hinterlegt.

Im vorliegenden Fall wurden folgende Unterlagen nach Durchführung der Handlungen oder Arbeiten eingereicht:

- (1) die eidesstattliche Erklärung und den Fotobericht
- (1) die Durchführungsunterlagen und den Fotobericht
- (1) den Fotobericht

Die vorliegende Erklärung erfolgt auf Basis der eingereichten Unterlagen und unter der Voraussetzung, dass sie die tatsächlich vorhandene Situation wahrheitsgemäß wiedergeben. Es wird daran erinnert,

Anhang 33

dass gemäß Artikel D.VII.1 § 1 Nr. 7. die Erstellung von Unterlagen gemäß Artikel D.IV.73, die der tatsächlich vorhandenen Situation nicht entsprechen, ein Verstoß bildet, der geahndet werden kann.

(1) Es wurde durch die Behörde eine Ortsbesichtigung am [Datum] durchgeführt

(1) Es wurde durch die Behörde keine Ortsbesichtigung durchgeführt

Finanzielle Garantie:

Die Freigabe der hinterlegten Garantie gemäß Artikel D.IV.60 Absatz 4 in Höhe von [.....€] wird veranlasst.

Abschluss der Akte:

(1) Die Akte wird auf Basis der eidesstattlichen Erklärung und des Fotoberichts abgeschlossen.

(1) Die in den Unterlagen angeführten Unterschiede zwischen der tatsächlich vorhandenen Situation und der Genehmigung(en) sind nicht genehmigungspflichtig. Die Akte wird abgeschlossen.

(1) Die in den Unterlagen angeführten Unterschiede zwischen der tatsächlich vorhandenen Situation und der Genehmigung(en), Änderungen betreffen, die aus technischen Gründen gerechtfertigt sind, die das Vorhaben in seinen Grundzügen nicht beeinflussen und die direkt oder indirekt die Gefahren, Belastungen oder Nachteile auf den Menschen oder die Umwelt nicht erhöhen. Die Akte wird abgeschlossen.

[Begründung]

(1) Die in den Unterlagen angeführten Unterschiede zwischen der tatsächlich vorhandenen Situation und der Genehmigung, betreffen Änderungen im Sinne von Artikel D.IV.1 §2, die das Vorhaben in seinen Grundzügen nicht beeinflussen und die direkt oder indirekt die Gefahren, Belastungen oder Nachteile auf den Menschen oder die Umwelt nicht erhöhen. Die Akte wird abgeschlossen.

Begründung

(1) Die in den Unterlagen angeführten Unterschiede zwischen der tatsächlich vorhandenen Situation und der Genehmigung sind genehmigungspflichtig. Die Arbeiten und Handlungen müssen mittels eines

(1) unzutreffendes bitte streichen

neuen Antrags genehmigt werden. In diesem Fall setzt die Behörde oder die Person, die sie zu diesem Zweck bevollmächtigt hat, eine Frist von mindestens drei Monaten und höchstens zwei Jahren für den Erhalt einer Genehmigung fest. Vorliegende Aufforderung gilt als vorherige Mahnung gemäß Artikel D.VII.4

Begründung

Im vorliegenden Fall wird eine Frist von ab dem Tag der vorliegenden Mahnung festgelegt.

Sollten Sie der Notwendigkeit der Einreichung eines neuen Antrags infolge der vorliegenden vorherigen Mahnung nicht innerhalb der Ihnen auferlegten Frist nachkommen, hat dies die Erstellung eines Feststellungsprotokolls zur Folge, welches dem Prokurator des Königs übermittelt wird. Die Verstöße sind Gegenstand von gerichtlichen oder verwaltungsrechtlichen Maßnahmen.

(1) Die in den Unterlagen angeführten Unterschiede zwischen der tatsächlich vorhandenen Situation und der Genehmigung sind nicht genehmigungsfähig.

In diesem Fall setzt die Behörde oder die Person, die sie zu diesem Zweck bevollmächtigt hat, eine Frist von mindestens drei Monaten und höchstens zwei Jahren für die Anpassung an die geltende Genehmigung fest. Vorliegende Aufforderung gilt vorherige Mahnung gemäß Artikel D.VII.4.

Im vorliegenden Fall wird eine Frist von ab dem Tag der vorliegenden Mahnung festgelegt.

Die Anpassungen an die geltenden Vorschriften können durch eine Rückversetzung in den ursprünglichen Zustand oder durch die Einhaltung der ggf. bestehenden Genehmigung erreicht werden.

Sollten Sie der Notwendigkeit der Anpassung an die geltenden Vorschriften infolge der vorliegenden vorherigen Mahnung nicht innerhalb der Ihnen auferlegten Frist nachkommen, hat dies die Erstellung eines Feststellungsprotokolls zur Folge, welches dem Prokurator des Königs übermittelt wird. Die Verstöße sind Gegenstand von gerichtlichen oder verwaltungsrechtlichen Maßnahmen.

....., den.....

(1) Der Generaldirektor,

Der Bürgermeister,

(1) Die Regierung

Anhang 33

DATENSCHUTZ

Das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. die zuständige Gemeinde sind gemeinsam verantwortliche Verarbeiter Ihrer Daten gemäß der Datenschutz-Grundverordnung (EU) Nr. 2016/679 vom 27. April 2016 und den entsprechenden Ausführungsbestimmungen. Ihre Persönlichkeitsrechte erfahren daher eine besondere Beachtung. Weiterführende Informationen zur Wahrung Ihrer Rechte finden Sie unter www.ostbelgienlive.be/datenschutz bzw. auf der Seite mit der Datenschutzerklärung der Gemeinde. Sie erreichen den Datenschutzbeauftragten des Ministeriums, Herrn Wilfried Heyen, unter datenschutz@dgov.be. Den Kontakt des Datenschutzbeauftragten der Gemeinde entnehmen Sie bitte deren Datenschutzerklärung.

In Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften in Sachen Datenschutz und mit dem Gesetzbuch über die räumliche Entwicklung (GRE) werden die mitgeteilten personenbezogenen Daten von dem zuständigen Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft (wenn der Antrag bei der Regierung eingereicht wird) bzw. von der Gemeinde (wenn der Antrag bei einer Gemeinde eingereicht wird) ausschließlich zu Zwecken der Bearbeitung Ihrer Akte benutzt.

Diese Daten werden nur den im GRE, insbesondere in dessen Buch IV genannten Behörden, Instanzen, Ausschüssen, Kommissionen und Dienststellen mitgeteilt. Die Deutschsprachige Gemeinschaft bzw. die Gemeinde kann Ihre personenbezogenen Daten ebenfalls Dritte mitteilen, wenn die Gesetze sie dazu verpflichten, oder wenn die Deutschsprachige Gemeinschaft bzw. die Gemeinde in gutem Glauben der Ansicht ist, dass die Weitergabe sinnvoll ist, um ein gesetzlichen Verfahren einzuhalten, oder im Rahmen eines Gerichtsverfahrens.

Diese Daten werden weder verkauft noch für Marketingzwecke benutzt.

Sie werden so lange aufbewahrt, wie die Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung gültig ist. Hinsichtlich der nicht mehr gültigen Städtebaugenehmigungen oder -bescheinigungen werden die elektronischen Daten in einer minimierten Form aufbewahrt, die es der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. der Gemeinde ermöglicht, zu wissen, ob Ihnen eine Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung gewährt worden ist, und ob sie noch gültig bzw. ungültig ist.

Wenn einer Reaktion der Deutschsprachigen Gemeinschaft (wenn Ihr Antrag bei der Regierung eingereicht wurde) oder der Gemeinde (wenn ihr Antrag bei der Gemeinde eingereicht wurde) innerhalb eines Monats nach Ihrem Antrag auf Auskunft oder Berichtigung ausbleibt, können Sie bei der Datenschutzbehörde eine Beschwerde einreichen, entweder auf deren Website: <https://www.datenschutzbehörde.be>, per Post: Datenschutzbehörde, 35 Rue de la Presse – 1000 Bruxelles oder per E-Mail: contact@apd-gba.be.

<Anschrift>

Datum

Ihr Zeichen: <Referenz>

Unterlagen nach Durchführung der Handlungen oder Arbeiten

<Anrede>,

gemäß Artikel D.IV.73 reiche ich, <Name, Vorname>, Inhaber folgender Genehmigung(en) die Durchführungsunterlagen besagter Genehmigung(en) ein.

- Städtebaugenehmigung vom <Datum der Entscheidung> mit der Referenz <Referenz der Behörde>
- Erschließungsgenehmigung/Teilungsgenehmigung (geltend als Städtebaugenehmigung für die Durchführung der Handlungen und Arbeiten bezüglich dieses Weges gemäß Artikel D.IV.79) vom <Datum der Entscheidung> mit der Referenz <Referenz der Behörde>

Im Falle von mehreren Genehmigungen, sind die Referenzen aller durchgeführten Genehmigungen anzugeben.

Die Durchführungsunterlagen bestehen gemäß Artikel D.IV.73 in vorliegendem Fall aus:

- Eidesstattliche Erklärung (siehe unten) und Fotobericht
- Durchführungsunterlagen und Fotobericht
- Fotobericht

Erläuterung

- (1) Die Eidesstattliche Erklärung besagt, dass die durchgeführten Handlungen oder Arbeiten der erteilten Genehmigung vollständig konform sind, und einen Fotobericht, der die Außenansichten des fertigen Baus oder die durchgeführten Handlungen oder Arbeiten dokumentiert.

(1) Unzutreffendes bitte streichen

SEITE 1 VON 4

Gospertstraße 1
B-4700 Eupen

TELEFON +32 (0) 87 / 596 300
TELEFAX +32 (0) 87 / 552 891

E-MAIL ministerium@dgov.be
WEB www.ostbelgienlive.be

UNTERNEHMENSNUMMER
BE 0332.582.613

- (1) Die Durchführungsunterlagen und der Fotobericht stellen die Unterschiede zwischen der tatsächlich vorhandenen Situation und der Genehmigung farblich in rot markiert dar und geben die Gründe, die zu den Unterschieden geführt haben an. Unterschiede sind nicht ausgeführte, anders ausgeführte oder zusätzlich ausgeführte Arbeiten und Handlungen. Da bei der ursprünglichen Genehmigung ein Architekt hinzugezogen werden musste oder hinzugezogen wurde, liegen diesem Schreiben, die vom Architekten gezeichneten und datierten Unterlagen, die die tatsächlich vorhandene Situation nach Durchführung der Handlungen oder Arbeiten sowie der Auflagen auf der Grundlage eines korrekten Ausmaßes wiedergeben, und ein Fotobericht, der die Außenansichten des fertigen Baus oder die durchgeführten Handlungen oder Arbeiten dokumentiert, bei. Eine schriftliche Rechtfertigung der Unterschiede wird ggfls. beigefügt.
- (1) Da bei der ursprünglichen Genehmigung kein Architekt hinzugezogen werden musste oder hinzugezogen wurde, liegt vorliegendem Schreiben der Fotobericht, der die Außenansichten des fertigen Baus oder die durchgeführten Handlungen oder Arbeiten dokumentiert, bei. Eine schriftliche Rechtfertigung der Unterschiede wird ggfls. beigefügt.

Es wird daran erinnert, dass gemäß Artikel D.VII.1 § 1 Nr. 7. die Erstellung von Unterlagen gemäß Artikel D.IV.73, die der tatsächlich vorhandenen Situation nicht entsprechen, ein Verstoß bildet, der geahndet werden kann.

Eidesstattliche Erklärung

Hiermit versichere ich, <Name, Vorname>, dass ich die vorgenannten Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe und dass die Angaben der Wahrheit entsprechen und ich nichts verschwiegen habe.

Ich erkläre hiermit, dass die tatsächlich vorhandene Situation nach Durchführung der Handlungen oder Arbeiten der/den oben gelisteten Genehmigung(en) entspricht.

Mit freundlichen Grüßen

<Vorname Nachname>

Anlagen
<Anlage>

DATENSCHUTZ

Das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. die zuständige Gemeinde sind gemeinsam verantwortliche Verarbeiter Ihrer Daten gemäß der Datenschutz-Grundverordnung (EU) Nr. 2016/679 vom 27. April 2016 und den entsprechenden Ausführungsbestimmungen. Ihre Persönlichkeitsrechte erfahren daher eine besondere Beachtung. Weiterführende Informationen zur Wahrung Ihrer Rechte finden Sie unter www.ostbelgienlive.be/datenschutz bzw. auf der Seite mit der Datenschutzerklärung der Gemeinde. Sie erreichen den Datenschutzbeauftragten des Ministeriums, Herrn Wilfried Heyen, unter datenschutz@dgov.be. Den Kontakt des Datenschutzbeauftragten der Gemeinde entnehmen Sie bitte deren Datenschutzerklärung.

In Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften in Sachen Datenschutz und mit dem Gesetzbuch über die räumliche Entwicklung (GRE) werden die mitgeteilten personenbezogenen Daten von dem zuständigen Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft (wenn der Antrag bei der Regierung eingereicht wird) bzw. von der Gemeinde (wenn der Antrag bei einer Gemeinde eingereicht wird) ausschließlich zu Zwecken der Bearbeitung Ihrer Akte benutzt. Diese Daten werden nur den im GRE, insbesondere in dessen Buch IV genannten Behörden, Instanzen, Ausschüssen, Kommissionen und Dienststellen mitgeteilt. Die Deutschsprachige Gemeinschaft bzw. die Gemeinde kann Ihre personenbezogenen Daten ebenfalls Dritte mitteilen, wenn die Gesetze sie dazu verpflichten, oder wenn die Deutschsprachige Gemeinschaft bzw. die Gemeinde in gutem Glauben der Ansicht ist, dass die Weitergabe sinnvoll ist, um ein gesetzlichen Verfahren einzuhalten, oder im Rahmen eines Gerichtsverfahrens.

Diese Daten werden weder verkauft noch für Marketingzwecke benutzt.

Sie werden so lange aufbewahrt, wie die Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung gültig ist. Hinsichtlich der nicht mehr gültigen Städtebaugenehmigungen oder -bescheinigungen werden die elektronischen Daten in einer minimierten Form aufbewahrt, die es der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. der Gemeinde ermöglicht, zu wissen, ob Ihnen eine Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung gewährt worden ist, und ob sie noch gültig bzw. ungültig ist.

Wenn einer Reaktion der Deutschsprachigen Gemeinschaft (wenn Ihr Antrag bei der Regierung eingereicht wurde) oder der Gemeinde (wenn ihr Antrag bei der Gemeinde eingereicht wurde) innerhalb eines Monats nach Ihrem Antrag auf Auskunft oder Berichtigung ausbleibt, können Sie bei der Datenschutzbehörde eine Beschwerde einreichen, entweder auf deren Website: <https://www.datenschutzbehörde.be>, per Post: Datenschutzbehörde, 35 Rue de la Presse – 1000 Bruxelles oder per E-Mail: contact@apd-gba.be.

Gesehen, um dem Erlass der Regierung zur Abänderung des verordnungsrechtlichen Teils des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung beigefügt zu werden.

Eupen, den 18. April 2024

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

[2024/202586]

18 AVRIL 2024. — Arrêté du Gouvernement modifiant la partie réglementaire du Code du Développement territorial

GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE,

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, l'article 20, modifié par la loi spéciale du 16 juillet 1993;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, l'article 7;

Vu la partie décrétable du Code du Développement territorial, modifiée en dernier lieu par le décret du 14 décembre 2023, les articles D.I.6, § 4, alinéa 2, modifié par le décret du 21 novembre 2022, D.II.21, § 5, inséré par le décret du 21 novembre 2022, D.II.36, § 3, alinéa 2, D.II.37, § 7, alinéa 2, D.II.45, § 3, alinéa 1^{er}, 2^o, et alinéa 7, remplacé par le décret du 21 novembre 2022, D.II.57.1, § 1^{er}, 2^o, inséré par le décret du 21 novembre 2022, D.II.57.3, alinéa 1^{er}, 2^o, inséré par le décret du 21 novembre 2022, D.II.57.7, alinéa 1^{er}, inséré par le décret du 21 novembre 2022, D.IV.1, § 2, modifié par le décret du 21 novembre 2022, D.IV.4, alinéa 1^{er}, 7^o et 9^o, modifié par le décret du 21 novembre 2022, D.IV.9.1, 1^o, inséré par le décret du 21 novembre 2022, D.IV.22, alinéa 3, remplacé par le décret du 21 novembre 2022, D.IV.26, § 1^{er}, alinéas 2 et 3, D.IV.35, § 2, alinéa 1^{er}, modifié par le décret du 10 décembre 2020, D.IV.40, alinéa 1^{er}, D.IV.54, § 2, alinéa 2, et § 3, alinéa 2, inséré par le décret du 21 novembre 2022, D.IV.60, alinéa 4, inséré par le décret du 21 novembre 2022 et modifié par le décret du 14 décembre 2023, D.IV.72.1, alinéa 3, inséré par le décret du 14 décembre 2023, D.IV.73, alinéa 2, remplacé par le décret du 14 décembre 2023, D.IV.73.1, § 1^{er}, alinéa 3, remplacé par le décret du 14 décembre 2023, D.IV.109.5, alinéa 2, inséré par le décret du 21 novembre 2022, D.VII.1^{ter}, § 1^{er}, inséré par le décret du 14 décembre 2023, D.VII.18, § 3, alinéa 1^{er}, et § 4, alinéa 1^{er}, remplacé par le décret du 21 novembre 2022, et D.VIII.7, § 3;

Vu la partie réglementaire du Code du Développement territorial;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 6 février 2020 portant désignation des agents du Ministère de la Communauté germanophone chargés du recouvrement d'amendes administratives;

Vu l'avis du conseil consultatif pour l'aménagement du territoire, donné le 23 août 2023;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 19 décembre 2023;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 20 décembre 2023;

Vu l'avis n° 75.498/4 du Conseil d'État, donné le 20 mars 2024, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2^o, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Aménagement du territoire;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er} - Dans l'article R.0.1-1 de la partie réglementaire du Code du Développement territorial, le 6^o est abrogé.

Art. 2 - À l'article R.0.1-2 du même Code, modifié par l'arrêté du Gouvernement wallon du 9 mai 2019 et l'arrêté du Gouvernement du 19 décembre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans l'alinéa 1^{er}, les mots « et les décisions » sont insérés entre les mots « la procédure » et les mots « d'approbation de l'élaboration »;

2^o dans l'alinéa 2, les mots « et les décisions » sont insérés entre les mots « la procédure » et les mots « d'élaboration », et les mots « compris ou non dans la liste des sites de réhabilitation paysagère et environnementale » sont abrogés;

3^o l'alinéa 3 est remplacé par ce qui suit :

« Le Ministre de l'Aménagement du Territoire est, dans les cas visés à l'alinéa 2, également compétent pour la procédure conjointe et les décisions visées à l'article D.II.54. »;

4^o l'alinéa 5 est abrogé.

Art. 3 - Dans le Livre 1^{er}, titre unique, chapitre III, du même Code, l'intitulé de la section 2 est remplacé par ce qui suit :

« Section 2 - La commission de recours »

Art. 4 - Dans l'article R.I.6-1, alinéa 1^{er}, du même Code, le mot « Commission » est remplacé par les mots « commission de recours ».

Art. 5 - Dans l'article R.I.6-2, alinéa 1^{er}, du même Code, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 19 décembre 2019, le mot « Commission » est remplacé par les mots « commission de recours ».

Art. 6 - À l'article R.I.6-3 du même Code, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 19 décembre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 1^{er}, le mot « Commission » est remplacé par les mots « commission de recours »;

2^o dans le § 2, le mot « Commission » est chaque fois remplacé par les mots « commission de recours ».

Art. 7 - À l'article R.I.6-4 du même Code, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 19 décembre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans l'alinéa 1^{er}, le mot « Commission » est remplacé par les mots « commission de recours » et l'alinéa est complété par une phrase rédigée comme suit :

« L'avis comprend une proposition motivée de décision. »;

2^o dans l'alinéa 3, le mot « Commission » est remplacé par les mots « commission de recours »;

3^o dans l'alinéa 4, le mot « Commission » est remplacé par les mots « commission de recours » et la deuxième phrase est complétée par les mots « de recours »;

4^o dans l'alinéa 5, le mot « Commission » est remplacé par les mots « commission de recours ».

Art. 8 - À l'article R.I.6-5 du même Code, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 19 décembre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« Le président de la commission de recours ou son suppléant ont droit à un jeton de présence de 75 euros par dossier traité, avec un minimum de 150 euros et un maximum de 300 euros par journée, ainsi qu'aux indemnités prévues en matière de frais de parcours visées dans l'arrêté du Gouvernement du 12 juillet 2001 portant harmonisation des jetons de présence et des indemnités de déplacement au sein d'organismes et de conseils d'administration de la Communauté germanophone. »;

2° dans l'alinéa 2, le mot « Commission » est remplacé par les mots « commission de recours ».

Art. 9 - Dans le Livre 1^{er}, titre unique, du même Code, il est inséré un chapitre V.1 intitulé comme suit :

« Chapitre V.1 - Fonds pour la durabilité ».

Art. 10 - L'intitulé du Livre 2 du même Code est remplacé par ce qui suit :

« Livre 2 - Planification et périmètres ».

Art. 11 - Dans le Livre 2, titre 2, chapitre II, section 1^{re}, sous-section 3, du même Code, il est inséré un article R.II.21-11 rédigé comme suit :

« *Art. R.II.21-11* - Les plans de secteur coordonnés de la Communauté germanophone comprennent les zones des plans de secteur de VERVIERS - EUPEN, approuvé par arrêté royal du 28 août 1979, des HAUTES-FAGNES, approuvé par arrêté royal du 28 août 1979, et de MALMEDY - SAINT-VITH, approuvé par arrêté royal du 19 novembre 1979, qui concernent la région de langue allemande. »

Art. 12 - L'article R.II.36-5 du même Code, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 1^{er} juillet 2021, est remplacé par ce qui suit :

« *Art. R.II.36-5 - Étangs*

Un ou plusieurs étangs sont autorisés aux conditions cumulatives suivantes :

1° la profondeur d'eau de l'étang ou des étangs est de 2 mètres maximum;

2° la superficie totale de l'étang ou des étangs est de 10 ares maximum;

3° au moins un tiers du périmètre de l'étang ou des étangs présente une pente très douce;

4° le contour de l'étang ou des étangs est irrégulier;

5° l'étang ou les étangs sont entourés d'une zone tampon non exploitée ou exploitée de manière extensive;

6° le plan d'eau est en partie ombragé par la plantation d'arbres. »

Art. 13 - À l'article R.II.36-11 du même Code, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 1^{er} juillet 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 2, le mot « installation » est inséré entre le mot « Une » et le mot « éolienne »;

2° dans l'alinéa 3, le 1° est complété par les mots « dûment autorisé ».

Art. 14 - (Concerne le texte allemand.)

Art. 15 - Dans l'article R.II.37-14, alinéa 1^{er}, du même Code, les mots « et tout permis d'urbanisme ou » sont remplacés par les mots « ou tout permis ou ».

Art. 16 - Dans l'article R.II.45-1 du même Code, le § 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« § 1^{er} - Une compensation définie en terme opérationnel contribue notamment à :

1° réaliser des actes et travaux de réhabilitation, de rénovation, d'assainissement, de construction ou de reconstruction afin de rétablir le potentiel d'urbanisation du bien concerné;

2° réaliser des opérations de développement rural;

3° réaliser des opérations de requalification et de développement de fonctions urbaines. »

Art. 17 - Dans l'article R.II.45-2 du même Code, l'alinéa 3 est remplacé par ce qui suit :

« La nature de la compensation alternative est de préférence liée à la nature de l'impact à compenser. Une combinaison de mesures opérationnelles, environnementales, énergétiques ou de mobilité est possible. »

Art. 18 - Le Livre 2 du même Code est complété par un titre 2.1 intitulé comme suit :

« Titre 2.1 - Périmètres ».

Art. 19 - Dans le Livre 2, titre 2.1, du même Code, il est inséré un chapitre I^{er}, comportant les articles R.II.57.1-1 à R.II.57.1-3, intitulé comme suit :

« Chapitre I^{er} - Généralités ».

Art. 20 - Dans le Livre 2, titre 2.1, chapitre I^{er}, du même Code, il est inséré un article R.II.57.1-1 rédigé comme suit :

« *Art. R.II.57.1-1* - Les actes et travaux de réhabilitation visés à l'article D.II.57.1, § 1^{er}, 2°, comprennent :

1° les mesures d'urgence qui se rapportent :

a) aux démolitions ordonnées par un arrêté du bourgmestre pour des raisons de sécurité publique;

b) à la suppression des dangers pour le voisinage liés au risque d'instabilité de constructions, d'éléments constructifs ou d'équipements;

c) à la limitation des risques d'accident pour les personnes pénétrant sur le bien, liés aux terrains, constructions, éléments constructifs ou équipements dangereux;

d) à la limitation d'accès illicite, aux véhicules ou aux personnes, des terrains ou constructions propices au squattage, à la petite délinquance, aux activités illicites, aux versages clandestins ou à la constitution de dépotoirs, en fonction de la configuration des lieux;

e) aux mesures conservatoires des constructions, éléments constructifs ou équipements à maintenir, menacés de dégradations du fait de l'Homme (vandalisme, démolitions sauvages, vols) ou du fait des conditions climatiques, par exemple les travaux de sauvegarde, le bâchage des toitures, l'obturation des baies, la canalisation des descentes d'eau défectueuses ou la suppression de la végétation parasite;

2° la collecte, l'élimination et le traitement des produits, matériaux, matériels, décombres et déchets abandonnés ou provenant des opérations; la vidange des caves, citernes, canalisations, le curage des fosses, mares et bassins; le traitement des effluents; l'élimination et le traitement des déchets en application du décret de la Région wallonne du 27 juin 1996 relatif aux déchets;

3° la démolition des constructions et équipements, en ce compris les structures enterrées et selon les dispositions qui suivent :

a) le défoncement des structures enterrées creuses, caves, canalisations, galeries et citernes, quelle que soit leur profondeur;

b) la démolition des structures enterrées pleines, fondations, massifs et dalles de sol jusqu'à une profondeur d'un mètre sous le niveau fini ou sur une profondeur supérieure là où ils font obstacle à la reconstruction;

- c) le report sur plan de repérage des structures enterrées maintenues, à l'exception des fondations réutilisables, moyennant production d'un plan à l'appui;
- 4° le débroussaillage et le nettoyage des terrains;
- 5° les terrassements et nivellements, en ce compris les évacuations, les apports et la stabilisation des terrains;
- 6° l'engazonnement, les plantations et le boisement;
- 7° la réparation des ouvrages de drainage, de collecte et de reprise des eaux pluviales, destinés à l'usage exclusif du site;
- 8° les réparations, les protections et les stabilisations des terrains, constructions et équipements dégagés lors des démolitions ou résultant de servitudes grevant le bien immobilier;
- 9° la réparation, le remplacement ou l'établissement des clôtures, murs d'enceinte, portes et portails;
- 10° sans préjudice du décret de la Région wallonne du 1^{er} mars 2018 relatif à la gestion et à l'assainissement des sols, l'assainissement du sol;
- 11° les démontages partiels et le nettoyage dans les constructions à maintenir. »

Art. 21 - Dans le Livre 2, titre 2.1, chapitre I^{er}, du même Code, il est inséré un article R.II.57.1-2 rédigé comme suit :

« Art. R.II.57.1-2 - Les actes et travaux de rénovation visés à l'article D.II.57.1, § 1^{er}, 2^o, comprennent - concernant les immeubles existants, maintenus sur place et dont le gabarit est respecté - le traitement antifongique, le démontage, le nettoyage, la remise en état ou le remplacement des éléments de structure et des murs extérieurs, en ce compris la protection par bardage ou hydrofugation et leur isolation ainsi que les menuiseries extérieures, les charpentes, la couverture et l'isolation des toitures, les panneaux solaires lorsqu'ils font partie intégrante de la couverture, les cheminées, les corniches, les gouttières, les descentes d'eau pluviale et les ouvrages permettant leur évacuation ainsi que les études y relatives. »

Art. 22 - Dans le Livre 2, titre 2.1, chapitre I^{er}, du même Code, il est inséré un article R.II.57.1-3 rédigé comme suit :

« Art. R.II.57.1-3 - Les actes et travaux projetés pour la réhabilitation et la rénovation du site qui font partie du dossier de demande d'adoption ou de modification du périmètre ne peuvent pas porter sur un bien immobilier qui, en application du décret sur le patrimoine, est classé provisoirement ou définitivement ou se trouve sur un site archéologique. »

Art. 23 - Dans le Livre 2, titre 2.1, du même Code, il est inséré un chapitre II intitulé comme suit :

« Chapitre II - Procédure d'adoption du périmètre ».

Art. 24 - Dans le Livre 2, titre 2.1, chapitre II, du même Code, il est inséré une section 1^{re}, comportant les articles R.II.57.3-1 et R.II.57.3-2, intitulée comme suit :

« Section 1^{re} - Droit d'initiative et proposition ».

Art. 25 - Dans le Livre 2, titre 2.1, chapitre II, section 1^{re}, du même Code, il est inséré un article R.II.57.3-1 rédigé comme suit :

« Art. R.II.57.3-1 - Le Ministre statue sur le caractère complet et recevable de la demande dans un délai de vingt jours à compter de sa réception. »

Art. 26 - Dans le Livre 2, titre 2.1, chapitre II, section 1^{re}, du même Code, il est inséré un article R.II.57.3-2 rédigé comme suit :

« Art. R.II.57.3-2 - Le modèle de carte visé à l'article D.II.57.3, alinéa 1^{er}, 2^o, représente le périmètre et est composé des quatre volets ci-après, établis chacun au format A4 ou à un multiple de ce format suivant la superficie du périmètre et pliés au format A4 :

1° la délimitation du périmètre projeté qui figure, sur un fond de plan cadastral :

- pour chaque parcelle du périmètre, le numéro cadastral correspondant;
- l'orientation du Nord géographique;
- l'échelle du plan;

2° les renseignements cadastraux, le cas échéant, modifiés par les indications du receveur de l'enregistrement, présentés sous la forme d'un tableau comportant autant de lignes que de parcelles cadastrales concernées par le projet de périmètre et cinq colonnes dont les titres sont :

- n° : le numéro d'ordre de la ligne du tableau;
- numéro : le numéro cadastral d'une parcelle ou d'une partie de parcelle composant le périmètre projeté ainsi que sa commune, sa division et sa section cadastrale;
- nature : la nature, selon l'information cadastrale, de la parcelle ou de la partie de parcelle concernée;
- contenance totale : la contenance de la parcelle ou de la partie de parcelle concernée, décomposée en trois sous-colonnes correspondant respectivement aux nombres d'hectares (ha), d'ares (a) et de centiares (ca);
- propriétaire(s) : l'identité et l'adresse du ou des propriétaires de la parcelle ou de la partie de parcelle concernée;

3° la délimitation du périmètre projeté présentée sur un extrait de carte IGN à l'échelle 1/10.000;

4° pour le site à réaménager, un document officiel, établi par le receveur de l'enregistrement de la zone concernée, qui reprend les titres de propriété des parcelles reprises dans le périmètre du site et la date de leur recherche.

Le tableau visé à l'alinéa 1^{er}, 2^o, est présenté comme suit :

N°	NUMÉRO	NATURE	CONTENANCE TOTALE			PROPRIÉTAIRE(S)
			ha	a	ca	
Total :						

Les titres de propriété visés à l'alinéa 1^{er}, 4^o, indiquent :

1° s'il s'agit d'une personne physique, son nom, son ou ses prénom(s), son domicile, son lieu de naissance et sa date de naissance;

2° s'il s'agit d'une société, sa forme juridique, son nom, son siège social, le lieu et la date de sa constitution et le numéro d'entreprise;

3° pour chaque bien, l'origine de la propriété et le dernier titre transcrit, s'il a moins de trente ans, et l'identité du vendeur.

Lorsqu'elle envoie la carte au département, la personne visée à l'article D.II.57.2, alinéa 1^{er}, 2^o ou 3^o, envoie une version sous format de texte sur support informatique, à savoir sous format de texte pour le volet visé à l'alinéa 1^{er}, 2^o, et sous format PDF pour les volets visés à l'alinéa 1^{er}, 1^o, 3^o et 4^o. »

Art. 27 - Dans le Livre 2, titre 2.1, chapitre II, du même Code, il est inséré une section 2 intitulée comme suit :

« Section 2 - Procédure ».

Art. 28 - Dans le Livre 2, titre 2.1, du même Code, il est inséré un chapitre III, comportant les articles R.II.57.7-1 et R.II.57.9-1, intitulé comme suit :

« Chapitre III - Dispositions particulières concernant les sites à réaménager ».

Art. 29 - Dans le Livre 2, titre 2.1, chapitre III, du même Code, il est inséré un article R.II.57.7-1 rédigé comme suit :

« Art. R.II.57.7-1 - Le Gouvernement désigne les agents compétents pour procéder aux investigations et contrôles visés à l'article D.II.57.7.

Les agents peuvent se faire assister de toute personne qu'ils jugent nécessaire au bon accomplissement de leur mission. »

Art. 30 - Dans le Livre 2, titre 2.1, chapitre III, du même Code, il est inséré un article R.II.57.9-1 rédigé comme suit :

« Art. R.II.57.9-1 - Le Ministre autorise les propriétaires à aliéner ou grever de droits réels les biens situés dans le périmètre du site à réaménager, qu'il soit proposé ou définitivement fixé. »

Art. 31 - À l'article R.IV.1-1 du même Code, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 26 janvier 2023, les modifications suivantes sont apportées :

1° le point A2 de la nomenclature est abrogé;

2° dans le point B8 de la nomenclature, les mots « de l'ensemble formé » sont remplacés par les mots « de l'existant »;

3° le point D de la nomenclature est complété par les mots « ou hébergements touristiques »;

4° dans le point D1 de la nomenclature, les mots « création d'un logement ou d'un hébergement touristique » sont remplacés par les mots « création d'un ou de plusieurs logements ou d'un ou de plusieurs hébergements touristiques »;

5° le point D2 de la nomenclature est abrogé;

6° dans le point E2 de la nomenclature, les mots « Placement, transformation » sont remplacés par les mots « Installation, transformation » et les mots « la superficie totale cumulée du placement » sont remplacés par les mots « la superficie totale cumulée de l'installation »;

7° dans le point E3 de la nomenclature, le mot « placement » est remplacé par le mot « installation »;

8° le point E de la nomenclature est complété par des points E7 à E9 rédigés comme suit :

		7	Travaux de remise en état et de réparation des surfaces en béton et en goudron si ces travaux concernent une superficie totale par bien n'excédant pas 20 m ² .	x		x
		8	Travaux de remise en état et de réparation des surfaces en béton et en goudron qui ne remplissent pas la condition énoncée au point 7.			x
		9	La démolition ou l'enlèvement des surfaces en béton ou en goudron, pour autant que les déchets provenant de la démolition ou de l'enlèvement soient évacués conformément à la législation en vigueur.	x		x

9° dans le point F4 de la nomenclature, le *a)* est remplacé par ce qui suit :

« a) ils sont situés aux abords d'un bâtiment existant dûment autorisé et forment une unité fonctionnelle avec celui-ci; »

10° dans le point F4 de la nomenclature, le *b)* est remplacé par ce qui suit :

« b) ils sont reliés à la voirie de desserte publique; sauf en zone d'activité économique, l'accès peut présenter une largeur maximale de 6 mètres; »

11° dans le point F4 de la nomenclature, le *d)* est remplacé par ce qui suit :

« d) ils présentent une superficie maximale de

- 300,00 m² en zone d'activité économique;

- 100,00 m² dans d'autres zones; »

12° dans le point F5 de la nomenclature, les mots « aux abords d'une construction ou d'une installation existante dûment autorisée et formant une unité fonctionnelle avec celle-ci, » sont abrogés;

13° dans le point H2 de la nomenclature, les mots « à ces aménagements » sont remplacés par les mots « à la piscine »;

14° dans le point I de la nomenclature, les mots « Mare et étang » sont remplacés par le mot « Étang »;

15° au point I1 de la nomenclature, les modifications suivantes sont apportées :

a) les mots « à ces aménagements » sont remplacés par les mots « à l'étang »;

b) les mots « mares et » sont abrogés;

c) les mots « Au moins un tiers de la berge présente une pente très douce (< 30°). » sont insérés entre les mots « 100,00 m². » et les mots « Les déblais »;

16° dans le point I2 de la nomenclature, les mots « et mares » sont abrogés;

17° dans le point I3 de la nomenclature, les mots « et mares » sont abrogés;

18° dans le point J1 de la nomenclature, le mot « aménagements » est remplacé par le mot « installations »;

19° le point J3.1 de la nomenclature est remplacé par ce qui suit :

		3.1	La création de rocailles, avec une surface de jardin recouverte de 8 m ² au maximum par bien (hors chemins).	x		x
--	--	-----	---	---	--	---

20° le point J3.2 de la nomenclature est remplacé par ce qui suit :

		3.2	La création de rocailles, avec une surface totale dépassant les 8 m ² par bien (hors chemins).		x	x
--	--	-----	---	--	---	---

21° dans le point J6 de la nomenclature, le mot « aménagements » est remplacé par le mot « installations »;

22° le point L1 de la nomenclature est remplacé par ce qui suit :

L	Énergies renouvelables Modules de production d'électricité ou de chaleur	1	<p>1. Le placement d'un ou de plusieurs modules de production d'électricité ou de chaleur utilisant l'énergie solaire comme source d'énergie ainsi que l'installation de stockage d'énergie correspondante, pour autant qu'elle y soit raccordée et qu'elle soit située sur le même bien, par exemple une batterie, si le ou les modules :</p> <p><i>a)</i> sont intégrés dans un bâtiment existant dûment autorisé ou installés sur ce dernier, soit sur la façade, soit sur le toit,</p> <p><i>b)</i> ou bien sont installés sur une structure artificielle existante dûment autorisée, comme une voirie, un parking, une voie ferrée, un quai, un emplacement de stockage pour matériaux ou biens, à l'exception des plans d'eau artificiels.</p> <p>2. Le remplacement d'un ou de plusieurs modules de production d'électricité ou de chaleur existants dûment autorisés utilisant l'énergie solaire comme source d'énergie, à condition que ce ou ces modules ne nécessitent pas d'espace supplémentaire et répondent aux mesures de compatibilité environnementale en vigueur, définies pour l'installation d'origine.</p> <p>3. Le placement d'une pompe à chaleur (en ce compris les pompes à chaleur géothermiques) d'une capacité électrique inférieure à 50 Mw et d'une profondeur maximale de 500 mètres, laquelle :</p> <p><i>a)</i> est implantée dans une construction fermée existante dûment autorisée</p> <p><i>b)</i> ou est pourvue d'un caisson acoustique et est située à une distance d'au moins 2 mètres par rapport à la limite mitoyenne.</p> <p>4. Le placement d'une pompe à chaleur (en ce compris les pompes à chaleur géothermiques) d'une capacité électrique de 12 Kw au maximum, laquelle :</p> <p><i>a)</i> est située à une distance d'au moins 2 mètres par rapport à la limite mitoyenne;</p> <p><i>b)</i> et est soit pourvue d'un caisson acoustique, soit située à 15 mètres de l'habitation la plus proche (à l'exclusion de sa propre habitation).</p>	x		x
---	---	---	---	---	--	---

23° le point L de la nomenclature est complété par un point 1.1 rédigé comme suit :

		1.1	Le placement d'une pompe à chaleur de 300 kW au maximum, qui ne remplit pas les conditions visées au point 1.	x		x
--	--	-----	---	---	--	---

24° dans le point L2 de la nomenclature, les mots « existant dûment autorisé » sont insérés entre les mots « tout bâtiment » et les mots « situé sur le même bien »;

25° dans le point N4 de la nomenclature, les mots « des points 1 à 2 » sont remplacés par les mots « du point 2 » et la phrase est complétée par les mots « , la superficie maximale totale de l'ensemble des abris pour animaux sur le bien ne dépassant pas 100 m² »;

26° le point N de la nomenclature est complété par un point 4.1 rédigé comme suit :

		4.1	Le placement ou la construction d'abris pour animaux qui ne remplissent pas les conditions des points 2 ou 4.			x
--	--	-----	---	--	--	---

27° dans le point N5 de la nomenclature, le mot « ruches » est remplacé par le mot « ruchers »;

28° dans le point O5 de la nomenclature, les mots « dont la superficie maximale totale sur le bien ne dépasse pas 100 m² et » sont insérés entre les mots « de serres-tunnels » et le mot « qui »;

29° le point O de la nomenclature est complété par un point 5.1 rédigé comme suit :

		5.1	Les filets anti-grêle et le placement de serres-tunnels qui ne remplissent pas les conditions visées aux points 4 ou 5.			x
--	--	-----	---	--	--	---

30° le point T2 de la nomenclature est remplacé par ce qui suit :

		2	La modification sensible du relief du sol au sens de l'article R.IV.4-3 dans un rayon de 30,00 m d'une construction ou d'une installation existante, dûment autorisée, sur le même bien.		x	x
--	--	---	--	--	---	---

31° le point U1 de la nomenclature est remplacé par ce qui suit :

U	Utilisation d'un terrain pour dépôts et installations mobiles	1	Utilisation d'un terrain pour le placement d'une ou plusieurs installations mobiles au sens de l'article D.IV.4, alinéa 1 ^{er} , 15°, b), en vue de réaliser des campings à la ferme.			x
---	---	---	--	--	--	---

32° le point U2 de la nomenclature est remplacé par ce qui suit :

		2	Utilisation habituelle d'un terrain : - pour le dépôt d'un ou plusieurs véhicules usagés, de mitrilles, de matériaux ou de déchets; - pour le placement d'une ou plusieurs installations mobiles, telles que remorques publicitaires, roulottes, caravanes, véhicules désaffectés ou tentes, à l'exception des abris mobiles au sens du décret du 23 janvier 2017 visant à promouvoir le tourisme.		x	x
--	--	---	--	--	---	---

33° le point V1 de la nomenclature est remplacé par ce qui suit :

V	Structure destinée à l'hébergement touristique et de loisirs	1	Le placement d'une ou plusieurs structures destinées à l'hébergement touristique pour une occupation temporaire ou saisonnière, conçues pour être démontées aisément ou transportables, aux conditions cumulatives suivantes : a) l'abri mobile a une superficie maximale de 50,00 m ² ; b) son placement ou sa construction ne nécessite pas de modification sensible du relief du sol; c) il est situé sur un terrain de camping au sens du décret du 23 janvier 2017 visant à promouvoir le tourisme.	x		x
---	--	---	--	---	--	---

34° le point V2 de la nomenclature est abrogé;

35° le point V3 de la nomenclature est remplacé par ce qui suit :

		3	La construction ou le placement par bien d'une cabane en bois ou d'une tente ou d'un tipi ou d'une yourte ou d'une bulle en zone forestière.		x	x
--	--	---	--	--	---	---

36° dans le point W5 de la nomenclature, les mots « de l'assiette » sont abrogés;

37° dans le point X1 de la nomenclature, le mot « aménagements » est remplacé par le mot « installations »;

38° le point X3 de la nomenclature est remplacé par ce qui suit :

		3	Le placement d'au maximum une citerne aérienne par bien.		x	x
--	--	---	--	--	---	---

39° le point Y14 de la nomenclature est remplacé par ce qui suit :

		14	Le placement d'une antenne visée aux points 12 ou 13, et qui ne remplit pas les conditions visées aux points 12 ou 13.		x	x
--	--	----	--	--	---	---

Art. 32 - Dans l'article R.IV.1-2 du même Code, modifié par l'arrêté du Gouvernement wallon du 9 mai 2019, le mot « Outre » est remplacé par les mots « En complément de ».

Art. 33 - Dans le Livre 4, titre 1^{er}, du même Code, l'intitulé du chapitre II est remplacé par ce qui suit :

« Chapitre II - Actes soumis à permis d'urbaniser ou à permis de diviser ».

Art. 34 - Dans l'article R.IV.4-1, alinéa 1^{er}, 5°, du même Code, les mots « supérieur à trois cents mètres » sont remplacés par les mots « supérieur à cent mètres » et les mots « zone de d'activité » sont remplacés par les mots « zone d'activité ».

Art. 35 - À l'article R.IV.4-3 du même Code, modifié par l'arrêté du Gouvernement wallon du 9 mai 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, 10°, les mots « des mares et » sont abrogés;

2° l'alinéa 5 est remplacé par ce qui suit :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, 1° et 2°, les modifications du relief du sol réalisées soit lors de la création et de l'équipement de la zone d'activité économique, soit qui visent la réhabilitation du site à réaménager sont sensibles lorsqu'elles sont d'une hauteur supérieure à un mètre en zone d'activité économique ou dans le site à réaménager. »

Art. 36 - Dans le Livre 4, titre 1^{er}, chapitre IV, section 2, du même Code, il est inséré un article R.IV.9.1-1 rédigé comme suit :

« *Art. R.IV.9.1-1* - Un projet a pour conséquence la densification cohérente au sein de zones propices à la densification si les conditions suivantes sont remplies cumulativement :

1° le projet est situé à proximité du centre-ville et dispose d'une qualité d'approvisionnement de base et de liaisons avec les transports publics;

2° le projet est réalisé en liaison avec une voirie publique pourvue d'un revêtement solide ainsi que d'une largeur et d'un équipement en eau, électricité et égouttage suffisants compte tenu du projet, ce qui n'exclut pas les projets nécessitant l'ouverture ou la modification d'une voirie communale, à condition que les coûts liés à la réalisation et à l'équipement de la voirie soient supportés par le demandeur;

3° le projet ne fait pas obstacle aux liaisons écologiques;

4° le projet ne concerne pas un terrain ou, selon le cas, une partie de terrain qui a directement subi des inondations dans les cinq dernières années;

5° le projet n'est pas situé dans un site reconnu en vertu de la loi du 12 juillet 1973 sur la conservation de la nature;

6° le projet n'est pas situé dans une réserve naturelle;

7° le projet :

a) est adapté à la structure prédominante du territoire environnant;

b) respecte les caractéristiques typiques locales de la culture du bâti;

c) n'empêche pas de poursuivre l'urbanisation du territoire;

d) n'a pas pour conséquence, si un parc est concerné, de supprimer entièrement la fonction du parc, et tient compte du caractère du territoire;

8° s'il s'agit d'un projet d'urbanisation ou d'un projet de constructions groupées :

a) le projet intègre un concept tenant compte de la mobilité douce;

b) le projet ne conduit pas à un mitage en ruban du paysage;

c) le projet intègre un concept particulier pour les installations et espaces publics, en ce compris un concept écologique.

Art. 37 - (Concerne le texte allemand.)

Art. 38 - Dans l'article R.IV.26-1 du même Code, le § 2 est remplacé par ce qui suit :

« § 2 - La demande de permis d'urbaniser ou de modification ou d'abrogation d'un permis d'urbaniser est introduite au moyen du formulaire repris en annexe 10 qui en fixe le contenu. »

Art. 39 - À l'article R.IV.26-2 du même Code, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 19 décembre 2019 et 26 janvier 2023, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « de permis d'urbanisation, de modification de permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « de permis d'urbaniser, de modification ou d'abrogation de permis d'urbaniser »;

2° l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« La décision du Gouvernement statuant en recours et la proposition de la commission de recours adressée au Gouvernement au sujet d'une demande de permis d'urbanisme, de permis d'urbanisme de constructions groupées, de permis d'urbaniser, de modification ou d'abrogation de permis d'urbaniser ou de permis de diviser sont émises, sous peine de nullité, en utilisant le modèle repris en annexe 13. »

Art. 40 - À l'article R.IV.26-3 du même Code, inséré par l'arrêté du Gouvernement wallon du 9 mai 2019 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 19 décembre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « articles D.II.54, D.IV.22, alinéa 1^{er}, 12° et D.V.16 » sont remplacés par les mots « articles D.II.54 ou D.IV.22, alinéa 1^{er}, 12° »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « articles D.II.54, D.IV.22, alinéa 1^{er}, 12° et D.V.16 » sont remplacés par les mots « articles D.II.54 ou D.IV.22, alinéa 1^{er}, 12° »;

3° dans l'alinéa 5, les mots « articles D.II.54, D.IV.22, alinéa 1^{er}, 12° et D.V.16 » sont remplacés par les mots « articles D.II.54 ou D.IV.22, alinéa 1^{er}, 12° »;

4° dans l'alinéa 6, les mots « articles D.II.54, D.IV.22, alinéa 1^{er}, 12° et D.V.16 » sont remplacés par les mots « articles D.II.54 ou D.IV.22, alinéa 1^{er}, 12° ».

Art. 41 - Dans l'article R.IV.28-1 du même Code, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis d'urbaniser ou, selon le cas, de modification ou d'abrogation d'un permis d'urbaniser ».

Art. 42 - Dans l'article R.IV.28-2 du même Code, les mots « de permis d'urbanisation ou de modification du permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « visée à l'article R.IV.28-1 » et les mots « annexe 11 » sont remplacés par les mots « annexe 10 ».

Art. 43 - L'article R.IV.35-1 du même Code, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 1^{er} juillet 2021, est remplacé par ce qui suit :

« *Art. R.IV.35-1* - Les consultations obligatoires dans le cadre de l'instruction d'une demande de permis d'urbanisme ou de certificat d'urbanisme n° 2, conformément à l'article D.IV.35, alinéa 2, et en conformité avec les articles 12, 13 et 83 de l'accord de coopération, sont reprises dans le tableau qui suit. Toutefois, la consultation n'est pas obligatoire lorsque l'instance ou le service à consulter est le demandeur du permis ou du certificat n° 2.

	<i>Situation/Spécificité du projet</i>	<i>Actes et travaux</i>	<i>Consultations obligatoires</i>
1.	Zone agricole du plan de secteur	Actes et travaux situés en zone agricole, à l'exclusion des transformations de bâtiments sans agrandissement et sans modification de destination	SPW Agriculture, Ressources naturelles et Environnement - Département de la Ruralité et des Cours d'eau
2.	Zone forestière du plan de secteur	Actes et travaux situés en zone forestière, à l'exclusion des transformations de bâtiments sans agrandissement et sans modification de destination	SPW Agriculture, Ressources naturelles et Environnement - Département de la Nature et des Forêts
3.	Zone naturelle du plan de secteur	Actes et travaux situés en zone naturelle, à l'exclusion des transformations de bâtiments sans agrandissement et sans modification de destination	SPW Agriculture, Ressources naturelles et Environnement - Département de la Nature et des Forêts
4.	Infrastructures de communication	Actes et travaux situés dans le périmètre de réservation d'une voirie régionale ou autoroute au plan de secteur	SPW Mobilité et Infrastructures
5.		Actes et travaux situés dans le périmètre de réservation d'une voie ferrée au plan de secteur	INFRABEL (infrastructure)
6.		Voirie régionale et autoroute : construction d'immeuble, aménagement de parking sur un terrain qui jouxte la voirie	SPW Mobilité et Infrastructures
7.		Voie ferrée : construction d'immeuble, aménagement de parking sur un terrain qui jouxte la voie ferrée	INFRABEL (infrastructure)
8.		Cours d'eau navigable : construction d'immeuble, aménagement de parking sur un terrain qui jouxte le cours d'eau	SPW Mobilité et Infrastructures - Département des Voies hydrauliques
9.		Cours d'eau non navigable de 1 ^{re} catégorie : construction d'un immeuble, aménagement d'un parking sur un terrain qui jouxte le cours d'eau	SPW Agriculture, Ressources naturelles et Environnement - Direction des Cours d'eau non navigables SPW Agriculture, Ressources naturelles et Environnement - Département de la Nature et des Forêts
10.		Cours d'eau non navigable de 2 ^e catégorie ou cours d'eau non classé : construction d'un immeuble, aménagement d'un parking sur un terrain qui jouxte le cours d'eau	Service technique provincial SPW Agriculture, Ressources naturelles et Environnement - Département de la Nature et des Forêts

	<i>Situation/Spécificité du projet</i>	<i>Actes et travaux</i>	<i>Consultations obligatoires</i>
11.		Cours d'eau non navigable de 3 ^e catégorie : construction d'un immeuble ou d'une installation, aménagement d'un parking sur un terrain qui jouxte le cours d'eau	Collège communal concerné SPW Agriculture, Ressources naturelles et Environnement - Département de la Nature et des Forêts
12.		Réseau Autonome des Voies Lentes : construction d'immeuble, aménagement de parking sur un terrain qui jouxte le RAVeL	SPW Mobilité et Infrastructures - Direction des Déplacements doux et des Partenariats communaux
13.		Actes et travaux situés dans un domaine des ports autonomes	Le gestionnaire du Port autonome SPW Mobilité et Infrastructures - Département des Voies hydrauliques
14.	À proximité d'un aéroport	Actes et travaux situés dans un domaine aéroportuaire ou dans un périmètre de réservation lié à un aéroport	SPW Mobilité et Infrastructures - Direction de l'aéroport SOWAER
15.		Actes et travaux situés dans une zone A du plan de développement à long terme lié à un aéroport, à l'exclusion des transformations de bâtiments sans agrandissement	SPW Mobilité et Infrastructures - Direction de l'aéroport SOWAER SKEYES
16.	Voirie de communication par terre affectée à la circulation du public et à la desserte d'immeuble	Actes et travaux relatifs à la création, modification d'une voirie communale	Service d'incendie (hydrant, configuration, passage des véhicules de secours)
17.	Infrastructures de transport de fluide et d'énergie	Canalisations principales destinées au transport de corps solides, liquides ou gazeux : construction d'immeuble, aménagement de parking sur un terrain qui jouxte ou traversé par les canalisations	Le gestionnaire de réseau Oléoduc, pipe-line : OTAN
18.		Ligne du réseau de transport et distribution d'électricité : construction d'immeuble, aménagement de parking situé à moins de trente mètres d'une ligne aérienne haute tension ou jouxtant une ligne haute tension enterrée	Le gestionnaire de réseau
19.		Actes et travaux situés dans le périmètre de réservation ou le long du tracé d'une ligne du réseau de transport et distribution d'électricité	Le gestionnaire de réseau
20.		Actes et travaux situés dans le périmètre de réservation ou tracé d'une canalisation principale de gaz	Le gestionnaire de réseau Service d'incendie
21.		Actes et travaux situés dans le périmètre de réservation ou tracé d'une canalisation d'autres gaz	Le gestionnaire de réseau Service d'incendie
22.		Actes et travaux situés dans le périmètre de réservation ou tracé d'un oléoduc, pipe-line	OTAN Service d'incendie
23.		Actes et travaux situés dans le périmètre de réservation ou tracé d'une canalisation principale d'alimentation en eau	Société de distribution d'eau concernée par le projet
24.	Patrimoine naturel	Arbres, arbustes et haies remarquables : abattre, porter préjudice au système racinaire ou modifier l'aspect d'un arbre ou arbuste remarquable ou d'une haie remarquable	SPW Agriculture, Ressources naturelles et Environnement - Département de la Nature et des Forêts

	<i>Situation/Spécificité du projet</i>	<i>Actes et travaux</i>	<i>Consultations obligatoires</i>
25.		Actes et travaux situés à l'intérieur d'une zone reconnue en vertu de la loi du 12 juillet 1973 sur la conservation de la nature ou aux abords d'une telle zone, dans la mesure où ces actes et travaux peuvent sérieusement porter atteinte à la zone.	SPW Agriculture, Ressources naturelles et Environnement - Département de la Nature et des Forêts
26.	Protection des personnes, des biens ou de l'environnement	Site SEVESO : actes et travaux se rapportant à un nouvel établissement ou la modification d'un établissement existant présentant un risque d'accident majeur au sens du décret de la Région wallonne du 11 mars 1999 relatif au permis d'environnement	SPW Agriculture, Ressources naturelles et Environnement - Cellule "RAM" Service d'incendie
27.		Site SEVESO : tout projet dont la localisation est susceptible d'accroître le risque d'accident majeur ou d'en aggraver les conséquences, vis-à-vis d'un établissement existant présentant un risque d'accident majeur au sens du décret de la Région wallonne du 11 mars 1999 relatif au permis d'environnement	SPW Agriculture, Ressources naturelles et Environnement - Cellule "RAM" Service d'incendie
28.		Aléa d'inondation : tout projet relatif à un bien immobilier qui, de par sa localisation ou sa nature, est susceptible de produire un impact sur un cours d'eau ou est soumis à l'aléa d'inondation au sens de la cartographie adoptée par le Gouvernement wallon en application de l'article D.53-2 du Code de l'Eau	Cours d'eau navigable : SPW Mobilité et Infrastructures - Département des Voies hydrauliques; Cours d'eau non navigable de 1 ^{re} catégorie : SPW Agriculture, Ressources naturelles et Environnement - Département de la Ruralité et des Cours d'eau Cours d'eau non navigable de 2 ^e catégorie ou cours d'eau non classé : service technique provincial Cours d'eau non navigable de 3 ^e catégorie : collège communal concerné
29.		Tout projet situé dans un axe de ruissellement concentré au sens de l'article R.IV.4-3, alinéa 1 ^{er} , 4 ^o	SPW Agriculture, Ressources naturelles et Environnement - Département de la Ruralité et des Cours d'eau
30.		Centre d'enfouissement technique Tout projet jouxtant un centre d'enfouissement technique ou implanté sur un ancien site d'enfouissement de déchets	SPW Agriculture, Ressources naturelles et Environnement - Département du Sol et des Déchets
31.		Périmètre de protection du centre de l'Agence spatiale européenne visé dans l'accord entre le Fédéral et la Région	Centre de l'Agence spatiale européenne
32.	Aménagement foncier rural	Actes et travaux dans le périmètre d'un aménagement foncier de biens ruraux (ex-remembrement rural)	Comité d'aménagement foncier institué du Code wallon de l'Agriculture
33.	Équipement touristique	Projet touristique dont la superficie est supérieure à 5 ha au sens de l'article R.IV.45-3	Commissariat Général au Tourisme de la Région wallonne L'autorité de la Communauté germanophone compétente en matière de tourisme
34.		Projet touristique en zone forestière	Commissariat Général au Tourisme de la Région wallonne L'autorité de la Communauté germanophone compétente en matière de tourisme

	<i>Situation/Spécificité du projet</i>	<i>Actes et travaux</i>	<i>Consultations obligatoires</i>
35.	Sécurité Normes incendie	Construction de bâtiments ou espaces ouverts au public : 1° les immeubles destinés à l'accueil ou l'hébergement de personnes âgées ou handicapées; 2° les hôpitaux, dont les cliniques; 3° les centres d'aide médicale, psychique, familiale et sociale; 4° les bâtiments et espaces destinés aux activités socio-culturelles, sportives, récréatives ou touristiques, ces derniers s'ils hébergent un nombre de personnes égal ou supérieur à 11, ainsi que les aires de jeux couvertes; 5° les établissements destinés à la pratique du culte et les centres funéraires; 6° les bâtiments et infrastructures scolaires, universitaires et de formation; 7° les internats, les homes pour étudiants et les homes pour enfants; 8° les établissements pénitentiaires et de rééducation; 9° les bâtiments et infrastructures où sont assurées des missions de service public, notamment les maisons communales, les cours et tribunaux et leur greffe, les bureaux de poste, les gares, les aéroports et les stations de chemin de fer, de métro et de bus, en ce compris les quais; 10° les banques et autres établissements financiers; 11° les parkings en ouvrage; 12° les immeubles à usage de bureaux, les commerces, les centres commerciaux, les hôtels, les auberges, les restaurants et les cafés.	Service d'incendie
36.		Construction de bâtiments d'immeubles de logements multiples	Service d'incendie
37.		Construction ou transformation majeure de bâtiments industriels	Service d'incendie
38.		Projets impliquant la création ou la modification de voiries	Service d'incendie
39.	Regroupement de déchets inertes ou valorisation de terres et cailloux	Projets visés à l'article R.II.33-2	SPW Agriculture, Ressources naturelles et Environnement - Département du Sol et des Déchets

	<i>Situation/Spécificité du projet</i>	<i>Actes et travaux</i>	<i>Consultations obligatoires</i>
40.	Implantations commerciales	Projets de construction, de placement, d'extension ou de modification du type de l'activité commerciale d'implantations commerciales présentant une surface commerciale nette supérieure à 1 000 m ² , dans la mesure où l'avis de l'autorité wallonne ne doit pas être sollicité sur la base d'autres législations. Il convient d'entendre par "surface commerciale nette" la surface destinée à la vente et accessible au public, y compris les surfaces non couvertes. En cas d'extension, la surface commerciale nette à prendre en considération est la surface totale après réalisation du projet d'implantation commerciale. Cette surface inclut notamment les zones de caisses, les zones situées à l'arrière des caisses et les halls d'entrée lorsque ceux-ci sont aussi utilisés à des fins d'expositions ou de ventes de marchandises.	SPW Économie, Emploi, Recherche - Département du Développement économique - Direction des Implantations commerciales

Art. 44 - Dans l'article R.IV.40-1 du même Code, remplacé par l'arrêté du Gouvernement wallon du 31 janvier 2019, les mots « permis d'urbanisation » sont chaque fois remplacés par les mots « permis d'urbaniser ».

Art. 45 - Dans l'article R.IV.40-2 du même Code, les mots « permis d'urbanisation » sont chaque fois remplacés par les mots « permis d'urbaniser ».

Art. 46 - Dans le Livre 4, titre 2, chapitre VI, du même Code, l'intitulé de la section 4 est remplacé par ce qui suit :
« Section 4 - Suspension de la procédure en vue de rectifier la demande de permis ».

Art. 47 - Dans l'article R.IV.45-5, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis d'urbaniser » et les mots « ou 11 » sont abrogés.

Art. 48 - Dans le Livre 4, titre 2, du même Code, l'intitulé du chapitre VII est remplacé par ce qui suit :
« Chapitre VII - Décision sur les demandes de permis ou de certificat d'urbanisme ».

Art. 49 - Dans le Livre 4, titre 2, chapitre VII, section 2, sous-section 2, du même Code, il est inséré un article R.IV.54-4 rédigé comme suit :

« Art. R.IV.54-4 - § 1^{er} - La charge mentionnée à l'article D.IV.54, § 2, alinéa 1^{er}, 2^o, consistant en la cession à titre gratuit d'une ou de plusieurs unités de logement à la société de logement de service public à laquelle est affiliée la commune concernée, est mise en œuvre par un contrat de donation.

Il est établi que, pour les projets prévoyant la création d'une surface habitable brute d'au moins 600 m² par la construction, la transformation ou la rénovation, une cession à titre gratuit de 10

de la surface habitable brute totale du projet est conforme au principe de proportionnalité. La surface habitable à céder est intégrée dans l'ensemble du projet sous forme d'une ou de plusieurs unités de logement. Son équipement correspond à l'équipement des unités de logement restantes, sauf si un équipement particulier est convenu avec la société de logement.

§ 2 - La charge mentionnée à l'article D.IV.54, § 2, alinéa 1^{er}, 1^o, consistant en la mise à disposition, par accord écrit, d'une ou de plusieurs unités de logement à la société de logement de service public à laquelle est affiliée la commune concernée, est limitée à une période de neuf ans.

Il est établi que, pour les projets prévoyant la création d'une surface habitable brute d'au moins 600 m² par la construction, la transformation ou la rénovation, une mise à disposition, par accord écrit, de 20

de la surface habitable brute totale du projet est conforme au principe de proportionnalité. La surface habitable à mettre à disposition est intégrée dans l'ensemble du projet sous forme d'une ou de plusieurs unités de logement. Son équipement correspond à l'équipement des unités de logement restantes, sauf si un équipement particulier est convenu avec la société de logement.

La société de logement est compétente pour la gestion du logement et, le cas échéant, pour sa remise en état au terme de l'accord. La recherche d'un locataire, l'établissement des contrats de location et des états des lieux, le contrôle du respect des obligations du locataire, la garantie du paiement du loyer, le contrôle de l'entretien du bien immobilier par le locataire et la remise en état du bien immobilier en cas de détérioration sont à la charge de la société de logement.

§ 3 - La charge mentionnée à l'article D.IV.54, § 2, alinéa 1^{er}, 2^o ou 3^o, consistant en la vente, à un prix déterminé, d'une ou de plusieurs unités de logement à la société de logement de service public à laquelle est affiliée la commune concernée ou à des personnes de droit privé ou public dont l'accès à la propriété doit être promu, est mise en œuvre par un contrat d'achat, une option d'achat ou un autre instrument contractuel.

Le prix est déterminé avec l'aide du Comité d'acquisition d'immeubles de la Région wallonne et en tenant compte du principe de proportionnalité. La détermination des personnes dont l'accès à la propriété doit être promu appartient aux communes et s'effectue sur la base de critères sélectionnés de manière objective.

§ 4 - La surface habitable brute au sens des § 1^{er} et 2 comprend toutes les surfaces bâties à des fins d'habitation, en ce compris les surfaces auxiliaires (locaux techniques, accès, etc.), à l'exception des :

1^o caves, parkings souterrains et greniers;

2^o surfaces non closes, en ce compris les loggias, les balcons et les carports. »

Art. 50 - Dans le Livre 4, titre 2, chapitre VII, section 2, sous-section 2, du même Code, il est inséré un article R.IV.54-5 rédigé comme suit :

« *Art. R.IV.54-5* - § 1^{er} - La charge mentionnée à l'article D.IV.54, § 3, alinéa 1^{er}, 1^o, consistant en la cession à titre gratuit d'un ou de plusieurs lots à la société de logement de service public à laquelle est affiliée la commune concernée, est mise en œuvre par un contrat de donation.

Il est établi que, pour les urbanisations ou les divisions prévoyant la création d'au moins dix lots utilisés ou utilisables à des fins d'habitation, la cession à titre gratuit, à partir du dixième lot, d'un lot pour cinq lots créés est conforme au principe de proportionnalité.

Nombre de lots utilisés ou utilisables à des fins d'habitation, créés par le projet	Nombre de lots à céder à titre gratuit
Entre 1 et 9 lots	/
Entre 10 et 14 lots	1 lot
Entre 15 et 19 lots	2 lots
Entre 20 et 24 lots	3 lots
Entre 25 et 29 lots	4 lots
etc.	etc.

§ 2 - La charge mentionnée à l'article D.IV.54, § 3, alinéa 1^{er}, 1^o et 2^o, consistant en la vente, à un prix déterminé, d'un ou de plusieurs lots, utilisés ou utilisables à des fins d'habitation, à la société de logement de service public à laquelle est affiliée la commune concernée ou à des personnes de droit privé ou public dont l'accès à la propriété doit être promu, est mise en œuvre par un contrat d'achat, une option d'achat ou un autre instrument contractuel.

Il est établi que, pour les urbanisations ou les divisions prévoyant la création d'au moins cinq lots utilisés ou utilisables à des fins d'habitation, la vente à prix coûtant, à partir du cinquième lot, d'un lot pour cinq lots créés est conforme au principe de proportionnalité.

Nombre de lots utilisés ou utilisables à des fins d'habitation, créés par le projet	Nombre de lots à vendre à prix coûtant
Entre 1 et 4 lots	/
Entre 5 et 9 lots	1 lot
Entre 10 et 14 lots	2 lots
Entre 15 et 19 lots	3 lots
Entre 20 et 24 lots	4 lots
etc.	etc.

Le prix correspond au prix coûtant des lots, et donc au remboursement des frais dont s'acquitte le demandeur pour la division et/ou l'urbanisation des lots.

La détermination des personnes dont l'accès à la propriété doit être promu appartient aux communes et s'effectue sur la base de critères sélectionnés de manière objective. »

Art. 51 - Dans le Livre 4, titre 2, chapitre VII, section 3, sous-section 2, du même Code, il est inséré un article R.IV.60-1 rédigé comme suit :

« *Art. R.IV.60-1* - La garantie financière exigée par l'autorité compétente, visée à l'article D.IV.60, alinéa 4, pour l'introduction des documents énumérés à l'article D.IV.73, s'élève à au moins 100 euros pour une demande de permis sans l'intervention d'un architecte et à au moins 750 euros pour une demande de permis avec l'intervention d'un architecte. »

Art. 52 - Dans le Livre 4, titre 2, chapitre X, du même Code, il est inséré une section 3.1, comportant l'article R.IV.72-1, intitulée comme suit :

« Section 3.1 - Demande simplifiée de modifications du permis délivré avant ou pendant la réalisation des travaux ».

Art. 53 - Dans le Livre 4, titre 2, chapitre X, section 3.1, du même Code, il est inséré un article R.IV.72-1 rédigé comme suit :

« *Art. R.IV.72-1* - La demande simplifiée de modifications après délivrance du permis, avant ou pendant l'achèvement des travaux est introduite, selon la forme de la demande, au moyen du formulaire repris en annexe 4, 5 ou 10 qui en fixe le contenu. »

Art. 54 - Dans le livre 4, titre 2, chapitre X, du même Code, l'intitulé de la section 4, modifié par l'arrêté du 26 janvier 2023, est remplacé par ce qui suit :

« Section 4 - Documents après réalisation des actes ou travaux ».

Art. 55 - L'article R.IV.73-1 du même Code, inséré par l'arrêté du 26 janvier 2023, est remplacé par ce qui suit :

« *Art. R.IV.73-1* - Les documents après réalisation des actes ou travaux sont introduits en utilisant le modèle repris en annexe 34, qui en définit le contenu.

Les documents après réalisation des actes ou travaux tels que visés à l'article D.IV.73.1, § 1^{er}, 2^o et 3^o, présentent le contenu des plans du permis qui ont été introduits conformément à l'article D.IV.26 et représentent la situation réelle après la réalisation des actes ou des travaux ainsi que des charges. Les différences entre les plans approuvés et les documents après réalisation des actes ou travaux sont représentées en rouge.

Il faut entendre par "différences" les travaux et les actes non exécutés, exécutés différemment ou exécutés en supplément. »

Art. 56 - Dans l'article R.IV.73.1-1 du même Code, l'alinéa 1^{er}, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 26 janvier 2023, est remplacé par ce qui suit :

« La déclaration visée à l'article D.IV.73-1, alinéa 2, est créée en utilisant le modèle repris en annexe 33, qui en définit le contenu. »

Art. 57 - L'article R.IV.73.1-2 du même Code, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 26 janvier 2023, est abrogé.

Art. 58 - Dans le Livre 4, titre 3, chapitre III, du même Code, l'intitulé de la section 1^{re} est remplacé par ce qui suit :
« Section 1^{re} - Péremption du permis d'urbaniser ou de diviser ».

Art. 59 - (Concerne le texte allemand.)

Art. 60 - Dans le Livre 4, titre 3, du même Code, l'intitulé du chapitre VIII est remplacé par ce qui suit :
« Chapitre VIII - Modification et abrogation du permis d'urbaniser ou de diviser ».

Art. 61 - Dans le Livre 4, titre 5, du même Code, l'intitulé du chapitre III est remplacé par ce qui suit :
« Chapitre III - Acte postérieur à la modification du permis d'urbaniser ».

Art. 62 - Dans le Livre 4 du même Code, il est inséré un titre 7.1 intitulé comme suit :
« Titre 7.1 - Procédure d'urgence ».

Art. 63 - Dans le Livre 4, titre 7.1, du même Code, il est inséré un chapitre I^{er} intitulé comme suit :
« Chapitre I^{er} - Champ d'application ».

Art. 64 - Dans le Livre 4, titre 7.1, du même Code, il est inséré un chapitre II intitulé comme suit :
« Chapitre II - Exceptions et dérogations ».

Art. 65 - Dans le Livre 4, titre 7.1, du même Code, il est inséré un chapitre III, comportant les articles R.IV.109.5-1 à R.IV.109.11-1, intitulé comme suit :

« Chapitre III - Procédure ».

Art. 66 - Dans le Livre 4, titre 7.1, chapitre III, du même Code, il est inséré un article R.IV.109.5-1 rédigé comme suit :
« *Art. R.IV.109.5-1* - La demande de permis dans le cadre de la procédure d'urgence est introduite, selon la forme de la demande, au moyen du formulaire repris en annexe 4 ou 5 qui en fixe le contenu. »

Art. 67 - Dans le Livre 4, titre 7.1, chapitre III, du même Code, il est inséré un article R.IV.109.7-1 rédigé comme suit :
« *Art. R.IV.109.7-1* - L'avis de complétude formelle délivré par le Ministre dans le cadre de la procédure d'urgence est émis en utilisant le modèle repris en annexe 19. »

Art. 68 - Dans le Livre 4, titre 7.1, chapitre III, du même Code, il est inséré un article R.IV.109.11-1 rédigé comme suit :

« *Art. R.IV.109.11-1* - La décision du Ministre d'octroi ou de refus d'un permis d'urbanisme ou d'un permis d'urbanisme de constructions groupées dans le cadre d'une procédure d'urgence est prise, sous peine de nullité, en utilisant le modèle repris en annexe 12. »

Art. 69 - Dans le Livre 4, titre 7.1, du même Code, il est inséré un chapitre IV intitulé comme suit :
« Chapitre IV - Dispositions applicables ».

Art. 70 - Le Livre 5 du même Code, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 1^{er} juillet 2021, est abrogé.

Art. 71 - Dans le Livre 7 du même Code, il est inséré un chapitre I^{er bis} intitulé comme suit :

« Chapitre I^{er bis} - Actes et travaux présumés conformes au droit de l'aménagement du territoire et de l'urbanisme ».

Art. 72 - Dans le Livre 7 du même Code, il est inséré un chapitre I^{er ter}, comportant les articles R.VII.1ter-1 à R.VII.1ter-2, intitulé comme suit :

« Chapitre I^{er ter} - Déclarations de conformité d'actes ou de travaux avec le droit de l'aménagement du territoire et de l'urbanisme ».

Art. 73 - Dans le Livre 7, chapitre I^{er ter}, du même Code, il est inséré un article R.VII.1ter-1 rédigé comme suit :
« *Art. R.VII.1ter-1* - La demande de déclaration de conformité avec le droit de l'aménagement du territoire et de l'urbanisme est introduite en utilisant le formulaire repris en annexe 30, qui en fixe le contenu. »

Art. 74 - Dans le Livre 7, chapitre I^{er ter}, du même Code, il est inséré un article R.VII.1ter-2 rédigé comme suit :
« *Art. R.VII.1ter-2* - La déclaration de conformité avec le droit de l'aménagement du territoire et de l'urbanisme est faite, sous peine de nullité, en utilisant le modèle repris en annexe 31. »

Art. 75 - Dans le Livre 7, chapitre III, section 2, du même Code, il est inséré un article R.VII.4-1 rédigé comme suit :
« *Art. R.VII.4-1* - L'avertissement préalable établi par les agents constatateurs au sens de l'article D.VII.4 est émis, sous peine de nullité, en utilisant le modèle repris en annexe 32. »

Art. 76 - Dans le Livre 7 du même Code, l'intitulé du chapitre VI est remplacé par ce qui suit :
« Chapitre VI - Mesures extrajudiciaires après verbalisation ».

Art. 77 - Dans le Livre 7, chapitre VI, du même Code, l'intitulé de la section 3 est remplacé par ce qui suit :
« Section 3 - Contrôle de régularisation et transaction ».

Art. 78 - Dans le Livre 7, chapitre VI, section 3, du même Code, la sous-section 1^{re} est abrogée.

Art. 79 - Dans le Livre 7, chapitre VI, section 3, du même Code, il est inséré un article R.VII.18-1 rédigé comme suit :
« *Art. R.VII.18-1* - La décision du Gouvernement relative à la demande de contrôle de régularisation est prise, sous peine de nullité, en utilisant le modèle repris en annexe 12. »

Art. 80 - Dans le Livre 7, chapitre VI, section 3, du même Code, il est inséré un article R.VII.18-2 rédigé comme suit :
« *Art. R.VII.18-2* - Le montant de la transaction visé à l'article D.VII.18 est calculé comme suit :

1^o construction, reconstruction ou extension de constructions, de volumes secondaires, de volumes annexes, de surfaces couvertes à usage non industriel, commercial ou professionnel :

a) si le volume infractionnel mesuré à l'extérieur est inférieur à 100 m³ : 25 euros / m³;

b) si le volume infractionnel mesuré à l'extérieur est supérieur à 100 m³, mais inférieur à 200 m³ : 35 euros / m³;

2^o construction, reconstruction ou extension de constructions, de volumes secondaires, de volumes annexes, de surfaces couvertes à usage industriel, commercial ou professionnel :

a) si le volume infractionnel mesuré à l'extérieur est inférieur à 100 m³ : 35 euros / m³;

b) si le volume infractionnel mesuré à l'extérieur est supérieur à 100 m³, mais inférieur à 200 m³ : 60 euros / m³;

c) si le volume infractionnel mesuré à l'extérieur est supérieur à 200 m³ : 80 euros / m³;

3° pose d'installations, de murs et de clôtures fixes : 50 euros / m² d'emprise au sol ou, selon le cas, de surface de pose de l'installation, ou 50 euros par mètre courant calculé en hauteur ou en longueur pour les installations, murs et clôtures ponctuels ou linéaires;

4° placement d'enseignes et de dispositifs de publicité : 200 euros / m²;

5° démolition : 100 euros / m³ de volume mesuré à l'extérieur;

6° travaux sur la structure portante d'un bâtiment sans modification de son volume ou de sa destination : 250 euros;

7° modification de l'aspect de matériaux de toiture ou de parement des élévations : 25 euros / m²;

8° ouverture ou modification de baies ou de châssis de fenêtres et de châssis de portes extérieures en toiture ou en élévation : 100 euros par baie;

9° remplacement de châssis de fenêtres ou de châssis de portes extérieures : 250 euros par porte ou châssis de fenêtre;

10° travaux de remise en état et de réparation sur des surfaces en béton et en goudron : 100 euros / m² de surface concernée par l'infraction;

11° imperméabilisation de surfaces avec des matériaux continus et imperméables : 150 euros / m² de surface concernée par l'infraction;

12° création d'un nouveau logement ou d'un hébergement touristique dans une construction existante : 5 000 euros par logement ou hébergement touristique;

13° modification de la destination de tout ou partie d'un bien : 25 euros / m³ de bâtiment mesuré à l'extérieur lorsque la modification de destination est réalisée en dehors d'une construction existante;

14° modification, dans un bâtiment dont la destination autorisée par permis d'urbanisme est commerciale, de la répartition des surfaces de vente et des activités commerciales autorisées : 35 euros / m²;

15° modification sensible du relief du sol, en ce compris la création de retenues d'eau ou le creusement d'excavations : 10 euros / m³;

16° boisement, déboisement, en ce compris la sylviculture et la culture de sapins de Noël : 5 euros / m² de surface boisée, déboisée ou faisant l'objet d'une culture de sapins de Noël;

17° abattage d'arbres isolés à haute tige dans les zones d'espaces verts prévues par le plan de secteur en vigueur ou, selon le cas, par un schéma d'orientation local en vigueur : 1 000 euros par arbre abattu;

18° abattage de haies ou d'allées : 100 euros par mètre courant de haie abattue, 500 euros par arbre abattu dans l'allée;

19° abattage d'arbres, d'arbustes ou de haies remarquables : 1 000 euros par arbre, 500 euros par arbuste ou 100 euros par mètre courant de haie abattue;

20° modification de la silhouette d'arbres, d'arbustes ou de haies remarquables : 500 euros par arbre, 250 euros par arbuste, 10 euros par mètre courant de haie modifiée;

21° travaux portant atteinte au système racinaire d'arbres, d'arbustes ou de haies remarquables : 350 euros par arbre, 175 euros par arbuste, 10 euros par mètre courant de haie abattue;

22° défrichage de la végétation visée à l'article D.IV.4, alinéa 1^{er}, 13° : 125 euros / m² de surface défrichée;

23° modification de la végétation visée à l'article D.IV.4, alinéa 1^{er}, 13° : 15 euros / m² de surface modifiée;

24° dépôt de véhicules usagés : 250 euros par véhicule;

25° dépôt de mitrilles, de matériaux ou de déchets : 100 euros / m³;

26° placement d'installations mobiles, telles que roulottes, caravanes et tentes : 100 euros / m² de surface de pose;

27° réalisation d'ouvrages techniques, tels que ponts, tunnels, routes, canalisations : 10

du coût estimé des travaux;

28° exécution d'actes ou de travaux non visés aux points 1° à 27° : 250 euros minimum. »

Art. 81 - Dans le Livre 7, chapitre VI, section 3, du même Code, il est inséré un article R.VII.18-3 rédigé comme suit :

« Art. R.VII.18-3 - Le montant de la transaction visé à l'article R.VII.18-2 est doublé lorsque les actes et travaux concernent des biens immeubles qui, en application du décret sur le patrimoine, sont provisoirement ou définitivement classés, se situent dans la zone de protection d'un tel bien ou sur un site archéologique. »

Art. 82 - L'article R.VII.19-1 du même Code, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 1^{er} juillet 2021, est abrogé.

Art. 83 - L'article R.VII.19-2 du même Code, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 19 décembre 2019, est abrogé.

Art. 84 - Dans le Livre 7, chapitre VI, section 3, du même Code, la sous-section 2 est abrogée.

Art. 85 - Dans le Livre 7, chapitre VI, du même Code, l'intitulé de la section 4 est remplacé par ce qui suit :

« Section 4 - Mesures administratives ».

Art. 86 - Dans le Livre 7, chapitre VI, du même Code, il est inséré une section 5 intitulée comme suit :

« Section 5 - Mesures compensatoires ».

Art. 87 - Dans le Livre 7, chapitre VI, du même Code, il est inséré une section 6 intitulée comme suit :

« Section 6 - Amendes administratives ».

Art. 88 - Dans l'article R.VIII.7-1, alinéa 3, du même Code, modifié par l'arrêté du Gouvernement wallon du 9 mai 2019, les mots « , d'un périmètre de réhabilitation paysagère et environnementale » sont abrogés.

Art. 89 - L'annexe 4 du même Code, remplacée par l'arrêté du Gouvernement du 1^{er} juillet 2021, est remplacée par l'Annexe 1^{re} du présent arrêté.

Art. 90 - L'annexe 5 du même Code, remplacée par l'arrêté du Gouvernement du 1^{er} juillet 2021, est remplacée par l'Annexe 2 du présent arrêté.

Art. 91 - L'annexe 10 du même Code, remplacée par l'arrêté du Gouvernement du 19 décembre 2019, est remplacée par l'Annexe 3 du présent arrêté.

Art. 92 - L'annexe 11 du même Code, remplacée par l'arrêté du Gouvernement du 19 décembre 2019, est abrogée.

Art. 93 - L'Annexe 4 du présent arrêté est insérée dans le même Code en tant qu'annexe 32.

Art. 94 - L'Annexe 5 du présent arrêté remplace l'annexe 30 du même Code.

Art. 95 - L'Annexe 6 du présent arrêté remplace l'annexe 31 du même Code.

Art. 96 - L'Annexe 7 du présent arrêté est insérée dans le même Code en tant qu'annexe 33.

Art. 97 - L'Annexe 8 du présent arrêté est insérée dans le même Code en tant qu'annexe 34.

Art. 98 - Dans l'article 1^{er} de l'arrêté du Gouvernement du 6 février 2020 portant désignation des agents du Ministère de la Communauté germanophone chargés du recouvrement d'amendes administratives, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 31 août 2023, il est inséré un 1.1^o rédigé comme suit :

« 1.1^o Code du Développement territorial; ».

Art. 99 - Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} mai 2024.

Art. 100 - Le Ministre compétent en matière d'Aménagement du territoire est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 18 avril 2024.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,
O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président,
Ministre de la Santé et des Affaires sociales, de l'Aménagement du territoire et du Logement,
A. ANTONIADIS

18 AVRIL 2024 - Annexes à l'arrêté du Gouvernement
modifiant la partie réglementaire du Code du Développement territorial

Annexe 1^{re} (remplace l'annexe 4 du Code du Développement territorial) :

Annexe 4 - Demande de permis d'urbanisme avec concours d'un architecte

Annexe 2 (remplace l'annexe 5 du Code du Développement territorial) :

Annexe 5 - Demande de permis d'urbanisme sans concours d'un architecte

Annexe 3 (remplace l'annexe 10 du Code du Développement territorial) :

Annexe 10 - Demande de permis d'urbaniser ou de modification d'un permis d'urbaniser ou d'abrogation du permis d'urbaniser

Annexe 4 (introduit l'annexe 32 du Code du Développement territorial) :

Annexe 32 - Avertissement préalable - Infraction au sens du Code du Développement territorial

Annexe 5 (remplace l'annexe 30 du Code du Développement territorial) :

Annexe 30 - Demande de contrôle de la conformité avec le droit de l'aménagement du territoire et de l'urbanisme

Annexe 6 (remplace l'annexe 31 du Code du Développement territorial) :

Annexe 31 - Déclaration de conformité d'actes ou de travaux avec le droit de l'aménagement du territoire et de l'urbanisme

Annexe 7 (introduit l'annexe 33 du Code du Développement territorial) :

Annexe 33 - Déclaration concernant les documents introduits après réalisation des actes et travaux

Annexe 8 (introduit l'annexe 34 du Code du Développement territorial) :

Annexe 34 - Formulaire relatif à l'introduction des documents de réalisation

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement modifiant la partie réglementaire du Code du Développement territorial.

Eupen, le 18 avril 2024.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,
O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président,
Ministre de la Santé et des Affaires sociales, de l'Aménagement du territoire et du Logement,
A. ANTONIADIS

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2024/202586]

18 APRIL 2024. — Besluit van de Regering tot wijziging van het reglementaire deel van het Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP,

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, artikel 20, gewijzigd bij de bijzondere wet van 16 juli 1993;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 7;

Gelet op het decreetale deel van het Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 14 december 2023, artikel D.I.6, § 4, tweede lid, gewijzigd bij het decreet van 21 november 2022, artikel D.II.21, § 5, ingevoegd bij het decreet van 21 november 2022, artikel D.II.36, § 3, tweede lid, artikel D.II.37, § 7, tweede lid, artikel D.II.45, § 3, eerste lid, 2°, en zevende lid, vervangen bij het decreet van 21 november 2022, artikel D.II.57.1, § 1, 2°, ingevoegd bij het decreet van 21 november 2022, artikel D.II.57.3, eerste lid, 2°, ingevoegd bij het decreet van 21 november 2022, artikel D.II.57.7, eerste lid, ingevoegd bij het decreet van 21 november 2022, artikel D.IV.1, § 2, gewijzigd bij het decreet van 21 november 2022, artikel D.IV.4, eerste lid, 7° en 9°, gewijzigd bij het decreet van 21 november 2022, artikel D.IV.9.1, 1°, ingevoegd bij het decreet van 21 november 2022, artikel D.IV.22, derde lid, vervangen bij het decreet van 21 november 2022, artikel D.IV.26, § 1, tweede en derde lid, artikel D.IV.35, § 2, eerste lid, gewijzigd bij het decreet van 10 december 2020, artikel D.IV.40, eerste lid, artikel D.IV.54, § 2, tweede lid, en § 3, tweede lid, ingevoegd bij het decreet van 21 november 2022, artikel D.IV.60, vierde lid, ingevoegd bij het decreet van 21 november 2022 en gewijzigd bij het decreet van 14 december 2023, artikel D.IV.72.1, derde lid, ingevoegd bij het decreet van 14 december 2023, artikel D.IV.73, tweede lid, vervangen bij het decreet van 14 december 2023, artikel D.IV.73.1, § 1, derde lid, vervangen bij het decreet van 14 december 2023, artikel D.IV.109.5, tweede lid, ingevoegd bij het decreet van 21 november 2022, artikel D.VII.1ter, § 1, ingevoegd bij het decreet van 14 december 2023, artikel D.VII.18, § 3, eerste lid en, § 4, eerste lid, vervangen bij het decreet van 21 november 2022, artikel D.VIII.7, § 3;

Gelet op het reglementaire deel van het Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling;

Gelet op het besluit van de Regering van 6 februari 2020 tot aanwijzing van de personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap die belast zijn met de invordering van administratieve geldboeten;

Gelet op het advies van de Adviesraad voor Ruimtelijke Ordening, gegeven op 23 augustus 2023;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 19 december 2023;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. 20 december 2023;

Gelet op advies 75.498/4 van de Raad van State, gegeven op 20 maart 2024, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2°, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Op de voordracht van de Minister van Ruimtelijke Ordening;

Na beraadslaging,

Besluit :

Artikel 1 - In artikel R.0.1-1 van het reglementaire deel van het Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling wordt de bepaling onder 6° opgeheven.

Art. 2 - In artikel R.0.1-2 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het besluit van de Waalse Regering van 9 mei 2019 en bij het besluit van de Regering van 19 december 2019, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "en de beslissingen" ingevoegd tussen het woord "procedure" en het woord "tot";

2° in het tweede lid worden de woorden "en de beslissingen" ingevoegd tussen het woord "procedure" en het woord "voor" en worden de woorden "te herontwikkelen locatie, al dan niet opgenomen in de lijst van de locaties met te herontwikkelen landschappen en milieus" vervangen door het woord "saneringslocatie";

3° het derde lid wordt vervangen als volgt:

"In de gevallen vermeld in het tweede lid is de Minister van Ruimtelijke Ordening ook bevoegd voor de gecombineerde procedure en de beslissingen bedoeld in artikel D.II.54.";

4° het vijfde lid wordt opgeheven.

Art. 3 - In boek 1, enige titel, hoofdstuk III, van hetzelfde Wetboek wordt het opschrift van afdeling 2 vervangen als volgt:

"Afdeling 2 - Beroepscommissie"

Art. 4 - In artikel R.I.6-1, eerste lid, van hetzelfde Wetboek wordt het woord "Commissie" vervangen door het woord "beroepscommissie".

Art. 5 - In artikel R.I.6-2, eerste lid, van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het besluit van 19 december 2019, wordt het woord "commissieleden" vervangen door de woorden "leden van de beroepscommissie".

Art. 6 - In artikel R.I.6-3 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 december 2019, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1 wordt het woord "commissie" vervangen door het woord "beroepscommissie";

2° in paragraaf 2 wordt het woord "Commissie" telkens vervangen door het woord "beroepscommissie".

Art. 7 - In artikel R.I.6-4 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 december 2019, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid wordt het woord "Commissie" vervangen door het woord "beroepscommissie" en voorts wordt het eerste lid aangevuld met de volgende zin:

"Het advies bevat een met redenen omkleed voorstel tot beslissing."

2° in het derde lid wordt het woord "Commissie" vervangen door het woord "beroepscommissie";

3° in het vierde lid wordt het woord "Commissie" telkens vervangen door het woord "beroepscommissie";

4° in het vijfde lid wordt het woord "Commissie" vervangen door het woord "beroepscommissie".

Art. 8 - In artikel R.I.6-5 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 december 2019, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste lid wordt vervangen als volgt:

"De voorzitter van de beroepscommissie of diens plaatsvervanger heeft recht op presentiegeld ten belope van 75 euro per behandeld dossier, met een minimumbedrag van 150 euro en een maximumbedrag van 300 euro per dag, alsook op de reisvergoeding bepaald in het besluit van de Regering van 12 juli 2001 tot harmonisatie van het presentiegeld en van de reisvergoedingen in instellingen en raden van beheer van de Duitstalige Gemeenschap.";

2° in het tweede lid wordt het woord "commissieleden" vervangen door de woorden "leden van de beroepscommissie".

Art. 9 - In boek 1, enige titel, van hetzelfde Wetboek wordt een hoofdstuk V.1 ingevoegd, luidende:

"Hoofdstuk V.1 - Duurzaamheidsfonds"

Art. 10 - Het opschrift van boek 2 van hetzelfde Wetboek wordt vervangen als volgt:

"Boek 2 - Planning en omtrekken"

Art. 11 - Boek 2, titel 2, hoofdstuk II, afdeling 1, onderafdeling 3, van hetzelfde Wetboek wordt aangevuld met een artikel R.II.21-11, luidende:

"*Art. R.II.21-11* - De gecoördineerde gewestplannen van de Duitstalige Gemeenschap omvatten de delen van de gewestplannen VERVIERS-EUPEN, goedgekeurd bij het koninklijk besluit van 28 augustus 1979, HOGE VENEN, goedgekeurd bij het koninklijk besluit van 28 augustus 1979, en MALMEDY-SANKT-VITH, goedgekeurd bij het koninklijk besluit van 19 november 1979, die betrekking hebben op het Duitse taalgebied."

Art. 12 - Artikel R.II.36-5 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 1 juli 2021, wordt vervangen als volgt:

"*Art. R.II.36-5 - Vijvers*

Een of meer vijvers worden tegen de volgende cumulatieve voorwaarden toegelaten:

1° de vijver of vijvers hebben een waterdiepte van maximaal twee meter;

2° de vijver of vijvers hebben een totale oppervlakte van maximaal 10 are;

3° minstens een derde van de grond rond de vijver of vijvers is zeer zacht hellend;

4° de omtreklijnen van de vijver of vijvers zijn onregelmatig;

5° de vijver of vijvers worden omringd door een onbewerkt of niet extensief bewerkt buffergebied;

6° het wateroppervlak ligt door boombeplanting gedeeltelijk in de schaduw."

Art. 13 - In artikel R.II.36-11 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 1 juli 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

2° in het derde lid, 1°, wordt het woord "bestaand" vervangen door de woorden "legaal bestaand".

Art. 14 - (Geldt alleen voor de Duitse tekst.)

Art. 15 - In artikel R.II.37-14, eerste lid, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "stedenbouwkundige vergunning" telkens vervangen door het woord "vergunning".

Art. 16 - Artikel R.II.45-1, § 1, van hetzelfde Wetboek wordt vervangen als volgt:

"§ 1 - Een compensatie, omschreven in operationele termen, draagt met name bij tot:

1° het uitvoeren van handelingen en werken inzake sanering, renovatie en bodemsanering en inzake bouw of heropbouw, om het bebouwingspotentieel van het betrokken goed te herstellen;

2° het uitvoeren van maatregelen voor plattelandsontwikkeling;

3° het uitvoeren van maatregelen inzake herwaardering en ontwikkeling van stedelijke functies."

Art. 17 - Artikel R.II.45-2, derde lid, van hetzelfde Wetboek wordt vervangen als volgt:

"De aard van de alternatieve compensatie is bij voorkeur verbonden aan de aard van de impact die gecompenseerd dient te worden. Er is een combinatie mogelijk van maatregelen van operationele, leefmilieugerelateerde, energiegegerelateerde of mobiliteitsgerelateerde aard."

Art. 18 - In boek 2 van hetzelfde Wetboek wordt een titel 2.1 ingevoegd, luidende:

"Titel 2.1 - Omtrekken"

Art. 19 - In boek 2, titel 2.1, van hetzelfde Wetboek wordt een hoofdstuk I ingevoegd, dat de artikelen R.II.57.1-1 tot R.II.57.1-3 omvat, luidende:

"HOOFDSTUK I - Algemeen"

Art. 20 - In boek 2, titel 2.1, hoofdstuk I, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel R.II.57.1-1 ingevoegd, luidende:

"*Art. R.II.57.1-1* - De saneringshandelingen en -werken bedoeld in artikel D.II.57.1, § 1, 2°, omvatten:

1° de dringende maatregelen die verband houden met:

a) de afbraakwerken bevolen bij een besluit van de burgemeester om redenen van openbare veiligheid;

b) de opheffing van het gevaar voor de buurt in verband met het instabiliteitsrisico van bouwwerken, bouwelementen of uitrustingen;

c) de beperking van risico's op ongevallen voor de personen die het goed betreden, in verband met gevaarlijke gronden, bouwwerken, bouwelementen of uitrustingen;

d) de beperking van ongeoorloofde betredingen, voor voertuigen of personen, van gronden of bouwwerken die een makkelijke prooi zijn voor krakers, kleine delinquenten, daders van ongeoorloofde activiteiten, sluik- of afvalstorters, al naar gelang de aard van de locatie;

e) bewarende maatregelen voor in stand te houden bouwwerken, bouwelementen of uitrustingen die aangetast dreigen te worden door menselijk toedoen (vandalisme, moedwillige afbraak, diefstallen) of door de weersomstandigheden, zoals de instandhoudingswerken, het afdekken van daken met zeilen, het dichtmetselen van openingen, het herstellen van regenpijpen of het weghalen van wildgroeiende planten;

2° de inzameling, de verwijdering of de verwerking van producten, materialen, materieel, puin en afval die achtergelaten werden of afkomstig zijn van de verrichtingen; het leegpompen van kelders, tanks, leidingen, het reinigen van putten, vijvers en bekkens; de afvalwaterverwerking; de verwijdering en verwerking van afvalstoffen overeenkomstig het decreet van het Waals Gewest van 27 juni 1996 betreffende de afvalstoffen;

3° de afbraak van bouwwerken en uitrustingen, met inbegrip van ingegraven structuren en volgens hiernavolgende bepalingen:

a) het laten instorten van ingegraven holle structuren, kelders, leidingen, onderaardse gangen en tanks, ongeacht hoe diep hun ligging is;

b) de afbraak van ingegraven dichte structuren, funderingen, onderbouwen en vloerplaten tot op een diepte van één meter onder het afgewerkte niveau of dieper indien ze hinderend zijn voor heropbouw;

c) het in kaart brengen van de ingegraven structuren die behouden werden, uitgezonderd de herbruikbare funderingen, gedocumenteerd met een plan;

4° het verwijderen van het struikgewas en het opruimen van de gronden;

5° de grondwerken en het effenen van de grond, met inbegrip van de afvoer, de toevoer en de stabilisering van de gronden;

6° het inzaaien van grasperken, het planten van sierplanten en het aanleggen van bossen;

7° het herstellen van bouwwerken voor het draineren, vergaren en opvangen van regenwater, bestemd voor exclusief gebruik van de locatie;

8° de herstellingen, de beschermingen en de stabilisering van gronden, installaties en uitrustingen die vrijgekomen zijn bij afbraakwerken of voortvloeiën uit erfdiensbaarheden die op het onroerend goed wegen;

9° de herstelling, de vervanging of de plaatsing van afsluitingen, omringende muren, poorten en hoofdingangen;

10° het saneren van de bodem, onverminderd het decreet van het Waals Gewest van 1 maart 2018 betreffende bodembeheer en bodemsanering;

11° de gedeeltelijke ontmantelingen en het schoonmaken in de bouwwerken die in stand te houden zijn."

Art. 21 - In boek 2, titel 2.1, hoofdstuk I, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel R.II.57.1-2 ingevoegd, luidende:

"Art. R.II.57.1-2 - De renovatiehandelingen en -werken bedoeld in artikel D.II.57.1, § 1, 2°, omvatten voor de bestaande, ter plaatse in stand gehouden gebouwen waarvan de afmeting nageleefd wordt, de schimmeldodende behandelingen, de ontmanteling, het schoonmaken, het herstel in oorspronkelijke staat of de vervanging van de structurelementen en de buitenmuren, met inbegrip van de bescherming via gevelbekleding of vochtwerende middelen en hun isolatie, evenals het buitenschrijnwerk, het dakgebinte, de bedekking en de isolatie van daken, de zonnepanelen als ze volledig deel uitmaken van de bedekking, de schoorstenen, de kroonlijsten, de dakgoten, de regenpijpen en de werken die de afvoer van de regen mogelijk maken, alsook de onderzoeken ernaar."

Art. 22 - In boek 2, titel 2.1, hoofdstuk I, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel R.II.57.1-3 ingevoegd, luidende:

"Art. R.II.57.1-3 - De voor de sanering en renovatie van de locatie geplande handelingen en werken die deel uitmaken van het aanvraagdossier om aanneming of wijziging van de omtrek mogen niet betrekking hebben op een onroerend goed dat met toepassing van het erfgoeddecreet voorlopig of definitief gerangschikt is of zich op een archeologische vindplaats bevindt."

Art. 23 - In boek 2, titel 2.1, van hetzelfde Wetboek wordt een hoofdstuk II ingevoegd, luidende:

"HOOFDSTUK II - Procedure m.b.t. de aanneming van de omtrek"

Art. 24 - In boek 2, titel 2.1, hoofdstuk II, van hetzelfde Wetboek wordt een afdeling 1 ingevoegd, die de artikelen R.II.57.3-1 tot R.II.57.3-2 omvat, luidende:

"Afdeling 1 - Initiatiefrecht en voorstel"

Art. 25 - In boek 2, titel 2.1, hoofdstuk II, afdeling 1, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel R.II.57.3-1 ingevoegd, luidende:

"Art. R.II.57.3-1 - De Minister beslist over de volledigheid en de ontvankelijkheid van de aanvraag binnen een termijn van twintig dagen na ontvangst ervan."

Art. 26 - In boek 2, titel 2.1, hoofdstuk II, afdeling 1, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel R.II.57.3-2 ingevoegd, luidende:

"Art. R.II.57.3-2 - Het kaartmodel bedoeld in artikel D.II.57.3, eerste lid, 2°, geeft de omtrek weer en bestaat uit de volgende vier luiken, elk opgesteld in A4-formaat of een veelvoud van dat formaat volgens de oppervlakte van de omtrek en gevouwen tot A4-formaat:

1° de afbakening van de geplande omtrek op een kadastraal plan, met vermelding van:

a) voor elk perceel van de omtrek, het overeenstemmende kadastraal nummer;

b) het geografische noorden;

c) de schaal van het plan;

2° de kadastrale inlichtingen, in voorkomend geval, gewijzigd bij de aanwijzingen van de ontvanger der registratie, voorgesteld onder de vorm van een tabel met evenveel lijnen als kadastrale percelen betrokken bij de ontwerp-omtrek en vijf kolommen met de volgende titels:

a) nr.: het volgnummer van de regel van de tabel;

b) perceelnummer: het kadastraal nummer van een perceel of perceelsgedeelte dat de geplande omtrek vormt alsook zijn gemeente, en zijn bij het kadaster gekende afdeling en sectie;

c) aard: de aard, volgens de kadastrale informatie, van het perceel of van het betrokken perceelsgedeelte;

d) totale oppervlakte: de oppervlakte van het betrokken perceel of perceelsgedeelte, in drie subkolommen gescheiden die respectievelijk overeenstemmen met het aantal hectaren (ha), aren (a) en centiaren (ca);

e) eigenaar(s): de identiteit en het adres van de eigenaar(s) van het perceel of van het betrokken perceelsgedeelte;

3° de afbakening van de geplande omtrek voorgesteld op een uittreksel van een NGI-kaart op schaal 1/10.000e;

4° voor de saneringslocatie, een officieel document, opgesteld door de ontvanger der registratie van het betrokken gebied, dat de eigendomstitels van de percelen opgenomen in de omtrek van de locatie vermeldt en de datum van hun opsporing.

De tabel bedoeld in het eerste lid, 2°, ziet er als volgt uit:

NR.	PERCEELNUMMER	AARD	TOTALE OPPERVLAKTE			EIGENAAR(S)
			ha	a	ca	
Totaal:						

De eigendomstitels bedoeld in het eerste lid, 4°, vermelden:

1° als het gaat om een natuurlijke persoon: de naam, de voornamen, de woonplaats, de geboorteplaats en -datum;

2° als het gaat om een vennootschap: de rechtsvorm, de benaming, de maatschappelijke zetel, de oprichtingsplaats, de oprichtingsdatum en het ondernemingsnummer;

3° voor elk goed: de oorsprong van het eigendom en de laatst overgeschreven titel indien hij minder dan dertig jaar oud is en de identiteit van de verkoper.

Als hij de kaart naar het departement stuurt, stuurt de persoon bedoeld in artikel D.II.57.2, eerste lid, 2° of 3°, een versie ervan op informatiedrager, in tekstformaat voor het luik bedoeld in het eerste lid, 2°, en in pdf-formaat voor de luiken bedoeld in het eerste lid, 1°, 3° en 4°."

Art. 27 - In boek 2, titel 2.1, hoofdstuk II, van hetzelfde Wetboek wordt een afdeling 2 ingevoegd, luidende:

"Afdeling 2 - Procedure"

Art. 28 - In boek 2, titel 2.1, van hetzelfde Wetboek wordt een hoofdstuk III ingevoegd, dat de artikelen R.II.57.7-1 en R.II.57.9-1 omvat, luidende:

"HOOFDSTUK III - Bijzondere bepalingen voor saneringslocaties"

Art. 29 - In boek 2, titel 2.1, hoofdstuk III, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel R.II.57.7-1 ingevoegd, luidende:

"Art. R.II.57.7-1 - De Regering wijst de beampten aan die bevoegd zijn om de onderzoeken en controles bedoeld in artikel D.II.57.7 te verrichten.

De beampten kunnen zich voor de behoorlijke uitoefening van hun opdracht laten bijstaan door elke persoon die zij noodzakelijk achten."

Art. 30 - In boek 2, titel 2.1, hoofdstuk III, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel R.II.57.9-1 ingevoegd, luidende:

"Art. R.II.57.9-1 - De Minister geeft de eigenaars toestemming om de in de voorgestelde of definitief vastgelegde omtrek van de saneringslocatie gelegen goederen te vervreemden of met zakelijke rechten te bezwaren."

Art. 31 - In artikel R.IV.1-1 van hetzelfde Wetboek, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 26 januari 2023, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° regel A2 van de nomenclatuur wordt opgeheven;

2° in regel B8 van de nomenclatuur worden de woorden "gevormde geheel" vervangen door de woorden "bestaande geheel";

3° regel D van de nomenclatuur wordt aangevuld met de woorden "of toeristische logiesverstrekkende inrichtingen";

4° in regel D1 van de nomenclatuur worden de woorden "van een woning" vervangen door de woorden "van een of meerdere woningen of een of meerdere toeristische logiesverstrekkende inrichtingen";

5° regel D2 van de nomenclatuur wordt opgeheven;

6° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

7° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

8° punt E van de nomenclatuur wordt aangevuld met de regels 7 tot 9, luidende:

		7	Oppervlakten uit beton of teer herstellen, als die werken betrekking hebben op een totale oppervlakte per goed van maximaal 20 m ² .	x		x
		8	Oppervlakten uit beton of teer herstellen die niet voldoen aan de voorwaarde vermeld in punt 7.			x
		9	De afbraak of het weghalen van oppervlakten uit beton of teer voor zover de afval voortvloeiend uit de afbraak of het weghalen afgevoerd wordt overeenkomstig de vigerende wetgeving.	x		x

9° in regel F4 van de nomenclatuur wordt de bepaling onder a) vervangen als volgt:

"a) ze zijn gelegen in de omgeving van een legaal bestaand gebouw en vormen samen met dat gebouw een functionele eenheid;"

10° in regel F4 van de nomenclatuur wordt de bepaling onder b) vervangen als volgt:

"b) ze zijn verbonden met de openbare weg; behalve in bedrijfsruimte mag de toegang maximaal 6 meter breed zijn;"

11° in regel F4 van de nomenclatuur wordt de bepaling onder d) vervangen als volgt:

"d) ze hebben een maximale oppervlakte van:

- 300,00 m² in bedrijfsruimte;

- 100,00 m² in andere gebieden;"

12° regel F5 van de nomenclatuur wordt vervangen als volgt: "de andere dan in punt 4 bedoelde toegangen en parkeerplaatsen in de open lucht";

13° in regel H2 van de nomenclatuur worden de woorden "deze inrichtingen" vervangen door het woord "het zwembad";

14° in regel I van de nomenclatuur worden de woorden "Poel en vijver" vervangen door het woord "Vijver";

15° in regel I1 van de nomenclatuur worden de volgende wijzigingen aangebracht:

a) de woorden "deze inrichtingen" worden vervangen door de woorden "de vijver";

b) de woorden "poelen en" worden opgeheven;

c) tussen de zin die eindigt op de woorden "100,00 m²." en de zin die begint met het woord "De" wordt de volgende zin ingevoegd: "Minstens een derde van de oever is zeer zacht hellend (< 30°).";

16° in regel I2 van de nomenclatuur worden de woorden "en poelen" opgeheven;

17° in regel I3 van de nomenclatuur worden de woorden "en poelen" opgeheven;

18° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

19° regel J3.1 van de nomenclatuur wordt vervangen als volgt:

		3.1	Aanleg van graveltuinen met maximaal 8 m ² bedekte tuinoppervlakte per goed (buiten de wegen).	x		x
--	--	-----	---	---	--	---

20° regel J3.2 van de nomenclatuur wordt vervangen als volgt:

		3.2	Aanleg van graveltuinen met een totale oppervlakte per goed van meer dan 8 m ² (buiten de wegen).		x	x
--	--	-----	--	--	---	---

21° in regel J6 van de nomenclatuur wordt het woord "inrichtingen" vervangen door het woord "installaties";
22° regel L1 van de nomenclatuur wordt vervangen als volgt:

L	Hernieuwbare energieën Modules voor de productie van elektriciteit of warmte	1	<p>1° Het plaatsen van een of meer modules voor de productie van elektriciteit of warmte met zonne-energie als energiebron en de bijbehorende energieopslaginstallatie, voor zover ze daarmee verbonden is en op hetzelfde goed gelegen is, zoals bijvoorbeeld een batterij:</p> <p><i>a)</i> ofwel geïntegreerd in of aangebracht op een wettelijk bestaand gebouw, ofwel op de gevel of op het dak;</p> <p><i>b)</i> ofwel aangebracht op een wettelijk bestaande kunstmatige structuur, zoals een straat, een parkeerterrein, een spoorweg, een perron, een opslagplaats voor materialen of goederen, met uitzondering van kunstmatige watervlakken.</p> <p>2° Het vervangen van een of meer wettelijk bestaande modules voor de productie van elektriciteit of warmte met zonne-energie als energiebron, als dat geen extra plaats inneemt en overeenstemt met de geldende milieumaatregelen die voor de oorspronkelijke installatie zijn vastgelegd.</p> <p>3° Het plaatsen van een warmtepomp (met inbegrip van geothermische warmtepompen) met een stroomcapaciteit van minder dan 50 MW en een maximale diepte van 500 meter:</p> <p><i>a)</i> ofwel in een wettelijk bestaand gesloten bouwwerk;</p> <p><i>b)</i> ofwel met een geluiddempende omkasting en op minstens 2 meter afstand van de gemeenschappelijke grenzen.</p> <p>4° Het plaatsen van een warmtepomp (met inbegrip van geothermische warmtepompen) met een stroomcapaciteit van hoogstens 12 kW:</p> <p><i>a)</i> op minstens 2 meter afstand van de gemeenschappelijke grenzen;</p> <p><i>b)</i> en ofwel met een geluiddempende omkasting, ofwel op 15 meter van het volgende woongebouw gelegen (met uitzondering van het eigen woongebouw).</p>	x		x
---	---	---	--	---	--	---

23° in punt L van de nomenclatuur wordt een regel 1.1 ingevoegd, luidende:

		1.1	Het plaatsen van een warmtepomp van maximaal 300 kW die niet voldoet aan de voorwaarden vermeld in punt 1.		x	x
--	--	-----	--	--	---	---

24° in regel L2 van de nomenclatuur worden de woorden "op hetzelfde goed gelegen" vervangen door de woorden "op hetzelfde goed gelegen, wettelijk bestaande";

25° in regel N4 van de nomenclatuur wordt de zin aangevuld met de woorden ", waarbij de maximale totale oppervlakte van alle hokken voor dieren op het goed hoogstens 100 m² bedraagt" en worden de woorden "de punten 1 tot 2" vervangen door de woorden "punt 2";

26° in punt N van de nomenclatuur wordt een regel 4.1 ingevoegd, luidende:

		4.1	De plaatsing of de bouw van hokken voor dieren die de voorwaarden van punt 2 of 4 niet vervullen.			x
--	--	-----	---	--	--	---

27° in regel N5 van de nomenclatuur wordt het woord "bijenkorven" vervangen door het woord "bijenstallen";

28° in regel O5 van de nomenclatuur wordt het woord "tunnelserres" vervangen door de woorden "tunnelserres met een maximale totale oppervlakte op het goed van hoogstens 100 m²";

29° in punt O van de nomenclatuur wordt een regel 5.1 ingevoegd, luidende:

		5.1	Antihagelnetten en het plaatsen van tunnelerreses die de in punt 4 of 5 bedoelde voorwaarden niet vervullen.			x
--	--	-----	--	--	--	---

30° regel T2 van de nomenclatuur wordt vervangen als volgt:

		2	De merkbare wijziging van het bodemreliëf in de zin van artikel R.IV.4-3 binnen een straal van 30,00 m van een legaal bestaand bouwwerk dat of legaal bestaande installatie die op hetzelfde goed gelegen is.		x	x
--	--	---	---	--	---	---

31° regel U1 van de nomenclatuur wordt vervangen als volgt:

U	Gebruik van een terrein voor opslag en voor mobiele installaties	1	Een terrein gebruiken voor het plaatsen van een of meer mobiele installaties in de zin van artikel D.IV.4, eerste lid, 15°, b), om kampeerterrainen op de hoeve te creëren.			x
---	--	---	---	--	--	---

32° regel U2 van de nomenclatuur wordt vervangen als volgt:

		2	Een terrein doorgaans gebruiken voor: - de opslag van een of meerdere afgedankte wagens, schroot, materialen of afvalstoffen; - de plaatsing van een of meer mobiele installaties, zoals reclame-aanhangwagens, huifkarren, caravans, afgedankte voertuigen of tenten, met uitzondering van mobiele verblijven in de zin van het decreet van 23 januari 2017 ter bevordering van het toerisme.		x	x
--	--	---	--	--	---	---

33° regel V1 van de nomenclatuur wordt vervangen als volgt:

V	Structuur voor toeristische logies en recreatie	1	De plaatsing van een of meer gemakkelijk te demonteren en te vervoeren structuren voor toeristisch verblijf die bestemd zijn voor tijdelijk of seizoensgebonden gebruik, voor zover is voldaan aan de volgende cumulatieve voorwaarden: a) het mobiele verblijf heeft een maximale oppervlakte van 50,00 m ² ; b) de plaatsing of constructie ervan vereist geen belangrijke wijziging van het bodemreliëf; c) het is gelegen op een kampeerterrein in de zin van het decreet van 23 januari 2017 ter bevordering van het toerisme.	x		x
---	---	---	---	---	--	---

34° regel V2 van de nomenclatuur wordt opgeheven;
35° regel V3 van de nomenclatuur wordt vervangen als volgt:

		3	De bouw of plaatsing per goed van een blokhut of een tent of een tipi of een joert of een luchtbel in een bosgebied.		x	x
--	--	---	--	--	---	---

36° (geldt alleen voor de Duitse tekst);
37° in regel X1 van de nomenclatuur wordt het woord "inrichtingen" vervangen door het woord "installaties";
38° regel X3 van de nomenclatuur wordt vervangen als volgt:

		3	Het plaatsen van hoogstens één bovengrondse tank per goed.		x	x
--	--	---	--	--	---	---

39° regel Y14 van de nomenclatuur wordt vervangen als volgt:

		14	Het plaatsen van een in punt 12 of 13 bedoelde antenne die de voorwaarden bedoeld in punt 12 of 13 niet vervult.		x	x
--	--	----	--	--	---	---

Art. 32 - (Geldt alleen voor de Duitse tekst.)

Art. 33 - In boek 4, titel 1, van hetzelfde Wetboek wordt het opschrift van hoofdstuk II vervangen als volgt:
"HOOFDSTUK II - Handelingen die een ontsluitingsvergunning of opsplitsingsvergunning vereisen"

Art. 34 - In artikel R.IV.4-1, eerste lid, 5°, van hetzelfde Wetboek wordt het woord "driehonderd" vervangen door het woord "honderd".

Art. 35 - In artikel R.IV.4-3 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het besluit van de Waalse Regering van 9 mei 2019, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid, 10°, worden de woorden "poelen en" opgeheven;

2° het vijfde lid wordt vervangen als volgt:

"In afwijking van het eerste lid, 1° en 2°, zijn de wijzigingen van het bodemreliëf die hetzij tijdens de oprichting en de uitrusting van de bedrijfsruimte, hetzij met het oog op de sanering van de saneringslocatie zijn uitgevoerd, merkbaar als ze een hoogte hebben van meer dan een meter in de bedrijfsruimte of saneringslocatie."

Art. 36 - In boek 4, titel 1, hoofdstuk IV, afdeling 2, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel R.IV.9.1-1 ingevoegd, luidende:

"Art. R.IV.9.1-1 - Een project leidt tot coherente verdichting in zones die geschikt zijn voor verdichting, voor zover wordt voldaan aan de volgende cumulatieve voorwaarden:

1° het project ligt dicht bij een dorpskern die beschikt over fundamentele verzorgingskwaliteit en bereikbaar is met het openbaar vervoer;

2° het project ligt aan een openbare weg die verhard is en die, rekening houdend met de ligging, breed genoeg is en voldoende toegerust is met waterleidingen, elektriciteitsleidingen en rioleringen, wat projecten die de opening of wijziging van een gemeenteweg vereisen, niet uitsluit, voor zover de kosten voor het aanleggen of toerusten van de weg worden gedragen door de aanvrager;

3° het project druipt niet in tegen ecologische doorgangsgebieden;

4° het project betreft niet een terrein of deel van een terrein dat in de laatste vijf jaar overstroomd is geweest;

5° het project bevindt zich niet op een locatie die erkend is krachtens de wet van 12 juli 1973 over het natuurbehoud;

6° het project bevindt zich niet in een natuurgebied;

7° het project:

a) is aangepast aan de overheersende architectuur in het omliggende gebied;

b) beantwoordt aan de typische kenmerken van de plaatselijke bouwcultuur;

c) verhindert niet de verdere ontsluiting van het gebied;

d) als het om een parkgebied gaat: leidt niet tot de volledige opheffing van de parkfunctie en houdt rekening met het karakter van het gebied."

8° als het om een ontsluitingsproject of een project voor groepen van bouwwerken gaat:

a) integreert het project een concept dat rekening houdt met de zachte mobiliteit;

b) leidt het project niet tot lintbebouwing;

c) integreert het project een bijzonder concept voor openbare ruimten en installaties, met inbegrip van een groen concept."

Art. 37 - In artikel R.IV.22-3 van hetzelfde Wetboek worden de woorden "stedenbouwkundige vergunningen en attesten nr. 2" vervangen door de woorden "vergunningen en stedenbouwkundige attesten nr. 2".

Art. 38 - Artikel R.IV.26-1, § 2, van hetzelfde Wetboek wordt vervangen als volgt:

"§ 2 - De aanvraag voor een ontsluitingsvergunning of tot wijziging of opheffing van een ontsluitingsvergunning wordt ingediend via het formulier in bijlage 10, dat de inhoud ervan vastlegt."

Art. 39 - In artikel R.IV.26-2 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 19 december 2019 en 26 januari 2023, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "bebouwingsvergunning, van wijziging van de bebouwingsvergunning" vervangen door de woorden "ontsluitingsvergunning, van wijziging of opheffing van de ontsluitingsvergunning";

2° het tweede lid wordt vervangen als volgt:

"De beslissing van de Regering in beroep en het aan de Regering gerichte voorstel van de beroepscommissie over een aanvraag voor een stedenbouwkundige vergunning, voor een stedenbouwkundige vergunning voor groepen van bouwwerken, voor een ontsluitingsvergunning, tot wijziging of opheffing van een ontsluitingsvergunning of voor een opsplitsingsvergunning, wordt, op straffe van nietigheid, wordt opgesteld door gebruik te maken van het model opgenomen in bijlage 13."

Art. 40 - In artikel R.IV.26-3 van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het besluit van de Waalse Regering van 9 mei 2019 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 december 2019, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "artikelen D.II.54, D.IV.22, eerste lid, 12°, en D.V.16" vervangen door de woorden "artikelen D.II.54 of D.IV.22, eerste lid, 12°";

2° in het tweede lid worden de woorden "artikelen D.II.54, D.IV.22, eerste lid, 12°, en D.V.16" vervangen door de woorden "artikelen D.II.54 of D.IV.22, eerste lid, 12°";

3° in het vijfde lid worden de woorden "artikelen D.II.54, D.IV.22, eerste lid, 12°, en D.V.16" vervangen door de woorden "artikelen D.II.54 of D.IV.22, eerste lid, 12°";

4° in het zesde lid worden de woorden "artikelen D.II.54, D.IV.22, eerste lid, 12°, en D.V.16" vervangen door de woorden "artikelen D.II.54 of D.IV.22, eerste lid, 12°".

Art. 41 - In artikel R.IV.28-1 van hetzelfde Wetboek worden de woorden "aanvragen tot bebouwingsvergunningen" vervangen door de woorden "aanvragen voor een ontsluitingsvergunning, dan wel tot wijziging of opheffing van een ontsluitingsvergunning".

Art. 42 - In artikel R.IV.28-2 van hetzelfde Wetboek worden de woorden "tot bebouwingsvergunning of wijziging van de bebouwingsvergunning" vervangen door de woorden "bedoeld in artikel R.IV.28-1" en worden de woorden "bijlage 11" vervangen door de woorden "bijlage 10".

Art. 43 - Artikel R.IV.35-1 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 1 juli 2021, wordt vervangen als volgt:

"Art. R.IV.35-1 - De adviezen die overeenkomstig artikel D.IV.35, tweede lid, en in overeenstemming met de artikelen 12, 13 en 83 van het Samenwerkingsakkoord tijdens het onderzoek van een aanvraag voor een stedenbouwkundige vergunning of een stedenbouwkundig attest nr. 2 moeten worden aangevraagd, stemmen overeen met de hierna volgende tabel. Er hoeft echter geen advies te worden ingewonnen als de overheid of dienst die om advies moet worden verzocht, de overheid of dienst is die de aanvraag voor een vergunning of attest nr. 2 indient."

	<i>Toestand/ Specificiteit van het project</i>	<i>Handelingen en werken</i>	<i>Verplichte raadplegingen</i>
1	Landbouwgebied van het gewestplan	Handelingen en werken gelegen in landbouwgebied met uitzondering van verbouwingen van gebouwen zonder uitbreiding en zonder wijziging van bestemming	Waalse overheidsdienst Landbouw, Natuurlijke Hulpbronnen en Leefmilieu - Departement Landelijke Aangelegenheden en Waterlopen
2	Bosgebied van het gewestplan	Handelingen en werken gelegen in bosgebied met uitzondering van verbouwingen van gebouwen zonder uitbreiding en zonder wijziging van bestemming	Waalse overheidsdienst Landbouw, Natuurlijke Hulpbronnen en Leefmilieu - Departement Natuur en Bossen
3	Natuurgebied van het gewestplan	Handelingen en werken gelegen in natuurgebied met uitzondering van verbouwingen van gebouwen zonder uitbreiding en zonder wijziging van bestemming	Waalse overheidsdienst Landbouw, Natuurlijke Hulpbronnen en Leefmilieu - Departement Natuur en Bossen
4	Verkeersinfrastructuren	Handelingen en werken gelegen in de reserveringsomtrek van een gewestweg of autosnelweg in het gewestplan	Waalse overheidsdienst Mobiliteit en Infrastructuur
5		Handelingen en werken gelegen in de reserveringsomtrek van een spoorweg in het gewestplan	INFRABEL (infrastructuur)
6		Gewestweg en autosnelweg: bouw van een gebouw, inrichting van een parkeerruimte op een terrein dat naast de weg ligt	Waalse overheidsdienst Mobiliteit en Infrastructuur
7		Spoorweg: bouw van een gebouw, inrichting van een parkeerruimte op een terrein dat naast de spoorweg ligt	INFRABEL (infrastructuur)
8		Bevaarbare waterloop: bouw van een gebouw, inrichting van een parkeerruimte op een terrein dat naast de waterloop ligt	Waalse overheidsdienst Mobiliteit en Infrastructuur - Departement Waterlopen
9		Onbevaarbare waterloop van eerste categorie: bouw van een gebouw, inrichting van een parkeerruimte op een terrein dat naast de waterloop ligt	Waalse overheidsdienst Landbouw, Natuurlijke Hulpbronnen en Leefmilieu - Departement Landelijke Aangelegenheden en Waterlopen Waalse overheidsdienst Landbouw, Natuurlijke Hulpbronnen en Leefmilieu - Departement Natuur en Bossen

	<i>Toestand/ Specificiteit van het project</i>	<i>Handelingen en werken</i>	<i>Verplichte raadplegingen</i>
10		Onbevaarbare waterloop van tweede categorie of ongeklasseerde waterloop: bouw van een gebouw, inrichting van een parkeerruimte op een terrein dat naast de waterloop ligt	Provinciale technische dienst Waalse overheidsdienst Landbouw, Natuurlijke Hulpbronnen en Leefmilieu - Departement Natuur en Bossen
11		Onbevaarbare waterloop van derde categorie: bouw van een gebouw of van een installatie, inrichting van een parkeerruimte op een terrein dat naast de waterloop ligt	Betrokken gemeentecollege Waalse overheidsdienst Landbouw, Natuurlijke Hulpbronnen en Leefmilieu - Departement Natuur en Bossen
12		Autonoom net voor traag verkeer: bouw van een gebouw, inrichting van een parkeerruimte op een terrein die naast de "RAVeL" ligt	Waalse overheidsdienst Mobiliteit en Infrastructuur - Directie Zachte Verplaatsingen en gemeentelijke partnerschappen
13		Handelingen en werken gelegen in een domein van de autonome havens	De beheerder van de autonome haven Waalse overheidsdienst Mobiliteit en Infrastructuur - Departement Waterwegen
14	In de nabijheid van een luchthaven	Handelingen en werken gelegen in een luchthavendomein of in een reserveringsomtrek i.v.m. een luchthaven	Waalse overheidsdienst Mobiliteit en Infrastructuur - Directie Luchthaven SOWAER
15		Handelingen en werken gelegen in een zone A van de "PDLT" in verband met een luchthaven met uitzondering van de verbouwingen van gebouwen zonder uitbreiding	Waalse overheidsdienst Mobiliteit en Infrastructuur - Directie Luchthaven SOWAER SKEYES
16	Verkeersweg over land bestemd voor openbaar verkeer en de aansluiting van gebouwen	Handelingen en werken betreffende de aanleg, de wijziging van een gemeenteweg	Brandweerdienst (hydrant, configuratie, doorgang van de voertuigen van de hulpdiensten)
17	infrastructuur voor het vervoer van vloeistoffen en energie	Hoofdleidingen bestemd voor het vervoer van vaste, vloeibare of gasvormige lichamen: bouw van een gebouw, inrichting van een parkeerruimte op een terrein dat naast de leidingen ligt of door de leidingen doorkruist wordt	de netbeheerder Oliepijpleiding, pijpleiding: NAVO
18		Leiding van het transmissienet en elektriciteitsdistributie: bouw van een gebouw, inrichting van een parkeerruimte gelegen op minder dan dertig meter van een bovengrondse hoogspanningsleiding of die naast een ondergrondse hoogspanningsleiding ligt	de netbeheerder
19		Handelingen en werken gelegen in de reserveringsomtrek of langs het tracé van de leiding van het transmissienet en elektriciteitsdistributie	de netbeheerder
20		Handelingen en werken gelegen in de reserveringsomtrek of het tracé van een hoofdleiding voor gas	de netbeheerder Brandweerdienst
21		Handelingen en werken gelegen in de reserveringsomtrek of het tracé van een leiding van andere gassen	de netbeheerder Brandweerdienst

	<i>Toestand/ Specificiteit van het project</i>	<i>Handelingen en werken</i>	<i>Verplichte raadplegingen</i>
22		Handelingen en werken gelegen in de reserveringsomtrek of het tracé van een oliepijpleiding, pijpleiding	NAVO Brandweerdienst
23		Handelingen en werken gelegen in de reserveringsomtrek of het tracé van een hoofdleiding voor waterbevoorrading	Maatschappij voor watervoorziening betrokken bij het project
24	Natuurlijke patrimonium	Waardevolle bomen en struiken en hagen: Omhakken, schade toebrengen aan het wortelstelsel of het aanzicht van een waardevolle boom, struik of haag wijzigen	Waalse overheidsdienst Landbouw, Natuurlijke Hulpbronnen en Leefmilieu - Departement Natuur en Bossen
25		Handelingen en werken in een gebied dat overeenkomstig de wet van 12 juli 1973 op het natuurbehoud erkend is of dicht bij zo'n gebied, voor zover die handelingen en werken aanzienlijke schade kunnen toebrengen aan het gebied	Waalse overheidsdienst Landbouw, Natuurlijke Hulpbronnen en Leefmilieu - Departement Natuur en Bossen
26	Bescherming van de personen, goederen of het leefmilieu	SEVESO-locatie: handelingen en werken met betrekking tot een nieuwe inrichting of de wijziging van een bestaande inrichting die een hoog risico vormt op een zwaar ongeval in de zin van het decreet van het Waalse Gewest van 11 maart 1999 betreffende de milieuvergunning	Waalse overheidsdienst Landbouw, Natuurlijke Hulpbronnen en Leefmilieu - cel "RAM" Brandweerdienst
27		SEVESO-locatie: elk ontwerp waarvan de ligging het risico op een zwaar ongeval zou kunnen verhogen of de gevolgen ervan zou kunnen verergeren, ten opzichte van een bestaande inrichting die een risico vormt op een zwaar ongeval in de zin van het decreet van het Waalse Gewest van 11 maart 1999 betreffende de milieuvergunning	Waalse overheidsdienst Landbouw, Natuurlijke Hulpbronnen en Leefmilieu - cel "RAM" Brandweerdienst
28		risico op overstroming: elk project betreffende een onroerend goed dat door zijn ligging of aard een impact zou kunnen hebben op een waterloop of onderworpen is aan het risico op overstroming in de zin van de cartografie aangenomen door de Waalse Regering overeenkomstig artikel D.53-2 van het Waterwetboek	Bevaarbare waterloop: Waalse overheidsdienst Mobiliteit en Infrastructuur - Departement Waterlopen Onbevaarbare waterloop van eerste categorie: Waalse overheidsdienst Landbouw, Natuurlijke Hulpbronnen en Leefmilieu - Departement Landelijke Aangelegenheden en Waterlopen Onbevaarbare waterloop van tweede categorie of ongeklasserde waterloop: provinciale technische dienst Onbevaarbare waterloop van derde categorie: betrokken gemeentecollege
29		Elk project gelegen in een as van geconcentreerd afvloeiend water in de zin van artikel R.IV.4-3, eerste lid, 4°	Waalse overheidsdienst Landbouw, Natuurlijke Hulpbronnen en Leefmilieu - Departement Landelijke Aangelegenheden en Waterlopen
30		Technisch ingravingscentrum. Elk project dat naast een technisch ingravingscentrum ligt of gevestigd op een voormalige site voor het ingraven van afvalstoffen	Waalse overheidsdienst Landbouw, Natuurlijke Hulpbronnen en Leefmilieu - Departement Bodem en Afvalstoffen

	<i>Toestand/ Specificiteit van het project</i>	<i>Handelingen en werken</i>	<i>Verplichte raadplegingen</i>
31		Beschermingsomtrek van het centrum van het Europees Ruimtevaartagentschap bedoeld in het akkoord tussen de Federale Regering en het Gewest	Centrum van het Europees Ruimtevaartagentschap
32	Landelijke grondinrichting	Handelingen en werken in de omtrek van een landinrichting van landeigendommen (ex-landelijke ruilverkaveling)	Comité voor landinrichting ingesteld door het Waalse Landbouwwetboek
33	Toeristische uitrusting	Toeristisch project waarvan de oppervlakte hoger dan 5ha is in de zin van artikel R.IV.45-3	Commissariaat-generaal voor toerisme van het Waals Gewest De voor toerisme bevoegde instantie van de Duitstalige Gemeenschap
34		Toeristisch project in bosgebied	Commissariaat-generaal voor toerisme van het Waals Gewest De voor toerisme bevoegde instantie van de Duitstalige Gemeenschap
35	Veiligheid Brandnormen	Bouw van gebouwen of ruimtes open voor het publiek: 1° inrichtingen voor het opvangen of onderbrengen van ouderen en personen met een beperking; 2° ziekenhuizen, met inbegrip van klinieken; 3° medische, geestelijke, gezins- en sociale hulpcentra; 4° gebouwen en ruimtes die bestemd zijn voor sociaal-culturele, sportieve, recreatieve of toeristische activiteiten - laatstgenoemde als ze 11 of meer personen herbergen -, alsmede overdekte speelpleinen; 5° gebouwen die bestemd zijn voor de eredienst en de rouwcentra; 6° school-, universitaire en vormingsinfrastructuren; 7° internaten, studententehuizen en tehuizen voor kinderen; 8° strafinrichtingen en heropvoedingscentra; 9° gebouwen en infrastructuur waar de overheid haar dienstverlening onderbrengt, meer bepaald gemeentehuizen, hoven en rechtbanken en hun griffie, postkantoren, stations, luchthaventerminals, spoorweg-, metro- en busstations met inbegrip van de perronnen; 10° banken en andere financiële instellingen; 11° parkeerruimten waarvan de bouw bezig is; 12° gebouwen die bestemd zijn voor kantoren, handelspanden, commerciële centra, hotels, herbergen, restaurants en cafés.	Brandweerdienst
36		Bouw van meergezinswoningen	Brandweerdienst
37		constructie of belangrijke verbouwing van industriële gebouwen	Brandweerdienst
38		Projecten die de aanleg of de wijziging van wegen tot gevolg hebben	Brandweerdienst

	<i>Toestand/ Specificiteit van het project</i>	<i>Handelingen en werken</i>	<i>Verplichte raadplegingen</i>
39	Het samenbrengen van inerte stoffen of de valorisering van aarde en grind	Projecten bedoeld in artikel R.II.33-2	Waalse overheidsdienst Landbouw, Natuurlijke Hulpbronnen en Leefmilieu - Departement Bodem en Afvalstoffen
40	Handelsvestigingen	Projecten voor de bouw, inrichting, uitbreiding of wijziging van de aard van de handelsactiviteit van handelsvestigingen met een netto-handelsoppervlakte van meer dan 1.000 m ² , voor zover de Waalse instantie niet hoeft te worden geraadpleegd op basis van andere wetgevingen. Onder netto-handelsoppervlakte wordt verstaan: de oppervlakte bestemd voor de verkoop en toegankelijk voor het publiek, met inbegrip van de niet-overdekte oppervlakte. In geval van uitbreiding is de in aanmerking te nemen netto-handelsoppervlakte de totale oppervlakte na voltooiing van het project van een handelsvestiging. Die oppervlakte omvat ook de kassazones, de zones achter de kassa's en de inkomruimte als ze ook gebruikt worden om waren uit te stallen of te verkopen.	Waalse overheidsdienst Economie, Werkgelegenheid, Wetenschappelijk Onderzoek - Departement Economische ontwikkeling - Directie Commerciële vestigingen

Art. 44 - In artikel R.IV.40-1 van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het besluit van de Waalse Regering van 31 januari 2019, wordt het woord "bebouwingsvergunningen" vervangen door het woord "ontsluitingsvergunning" en wordt het woord "bebouwingsvergunning" telkens vervangen door het woord "ontsluitingsvergunning".

Art. 45 - In artikel R.IV.40-2 van hetzelfde Wetboek wordt het woord "bebouwingsvergunning" telkens vervangen door het woord "ontsluitingsvergunning".

Art. 46 - In boek 4, titel 2, hoofdstuk VI, van hetzelfde Wetboek wordt het opschrift van afdeling 4 vervangen als volgt:

"Afdeling 4 - Opschorting van de procedure om de vergunningsaanvraag te rectificeren"

Art. 47 - In artikel R.IV.45-5 wordt het woord "bebouwingsvergunning" vervangen door het woord "ontsluitingsvergunning" en worden de woorden "of 11" opgeheven.

Art. 48 - In boek 4, titel 2, van hetzelfde Wetboek wordt het opschrift van hoofdstuk VII vervangen als volgt:

"HOOFDSTUK VII - Beslissing over de aanvragen voor een vergunning of voor een stedenbouwkundig attest"

Art. 49 - In boek 4, titel 2, hoofdstuk VII, afdeling 2, onderafdeling 2, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel R.IV.54-4 ingevoegd, luidende:

"Art. R.IV.54-4 - § 1 - De last vermeld in artikel D.IV.54, § 2, eerste lid, 2^o, die bestaat in de gratis afstand van een of meer wooneenheden aan de openbare huisvestingsmaatschappij waarbij de betrokken gemeente aangesloten is, wordt uitgevoerd via een schenkingsovereenkomst.

Er wordt bepaald dat, voor projecten waarbij minstens 600 m² bruto-woonoppervlakte via nieuwbouw, verbouwing of renovatie wordt gecreëerd, gratis afstand doen van 10

van de totale bruto-woonoppervlakte van het project overeenstemt met het evenredigheidsbeginsel. De woonoppervlakte waarvan afstand moet worden gedaan, wordt geïntegreerd in het totaalproject in de vorm van een of meer wooneenheden. De uitrusting ervan stemt overeen met de uitrusting van de andere wooneenheden, voor zover geen bijzondere uitrusting met de huisvestingsmaatschappij wordt overeengekomen.

§ 2 - De last vermeld in artikel D.IV.54, § 2, eerste lid, 1^o, die bestaat in de schriftelijk overeengekomen terbeschikkingstelling van een of meer wooneenheden aan de openbare huisvestingsmaatschappij waarbij de betrokken gemeente aangesloten is, is beperkt tot een periode van negen jaar.

Er wordt bepaald dat, voor projecten waarbij minstens 600 m² bruto-woonoppervlakte via nieuwbouw, verbouwing of renovatie wordt gecreëerd, een schriftelijk overeengekomen terbeschikkingstelling van 20

van de totale bruto-woonoppervlakte van het project overeenstemt met het evenredigheidsbeginsel. De ter beschikking te stellen woonoppervlakte wordt geïntegreerd in het totaalproject in de vorm van een of meer wooneenheden. De uitrusting ervan stemt overeen met de uitrusting van de andere wooneenheden, voor zover geen bijzondere uitrusting met de huisvestingsmaatschappij wordt overeengekomen.

De huisvestingsmaatschappij is bevoegd voor het beheer van de woning en, in voorkomend geval, voor het herstel van de woning op het einde van de overeenkomst. Het zoeken van een huurder, het opstellen van huurovereenkomsten en plaatsbeschrijvingen, het controleren van de naleving van de verplichtingen van de huurder, het waarborgen van de betaling van de huur, het controleren van de instandhouding van het onroerend goed door de huurder en het herstellen van eventuele beschadiging zijn ten laste van de huisvestingsmaatschappij.

§ 3 - De last vermeld in artikel D.IV.54, § 2, eerste lid, 2^o of 3^o, die bestaat in de verkoop tegen een bepaalde prijs van een of meer wooneenheden aan de openbare huisvestingsmaatschappij waarbij de betrokken gemeente aangesloten is of aan privaatrechtelijke of publiekrechtelijke personen voor wie de toegang tot eigendom moet worden bevorderd, wordt uitgevoerd via een koopovereenkomst, een koopoptie of een andere overeenkomst.

De prijs wordt bepaald met hulp van de comités voor de aankoop van onroerende goederen van het Waals Gewest en met inachtneming van het evenredigheidsbeginsel. Het is de taak van de gemeenten om op basis van objectieve criteria te bepalen voor welke personen de toegang tot eigendom moet worden bevorderd.

§ 4 - De bruto-woonoppervlakte in de zin van de paragrafen 1 en 2 omvat alle bebouwde oppervlakten die bestemd zijn voor bewoning, met inbegrip van bijruimten (technische ruimten, toegangen enz.), met uitzondering van:

1° kelders, ondergrondse garages en zolders;

2° niet-omsloten ruimten, met inbegrip van loggia's, balkons en carports."

Art. 50 - In boek 4, titel 2, hoofdstuk VII, afdeling 2, onderafdeling 2, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel R.IV.54-5 ingevoegd, luidende:

"Art. R.IV.54-5 - § 1 - De last vermeld in artikel D.IV.54, § 3, eerste lid, 1°, die bestaat in de gratis afstand van een of meer percelen aan de openbare huisvestingsmaatschappij waarbij de betrokken gemeente aangesloten is, wordt uitgevoerd via een schenkingsovereenkomst.

Er wordt bepaald dat, voor ontsluitingen of opsplitsingen die voorzien in de creatie van minstens tien voor bewoning gebruikte of bruikbare percelen, de gratis afstand, vanaf het tiende perceel, van één perceel per vijf gecreëerde percelen overeenstemt met het evenredigheidsbeginsel.

Aantal voor bewoning gebruikte of bruikbare percelen die door het project worden gecreëerd	Aantal percelen die gratis moeten worden afgestaan
Tussen 1 en 9 percelen	/
Tussen 10 en 14 percelen	1 perceel
Tussen 15 en 19 percelen	2 percelen
Tussen 20 en 24 percelen	3 percelen
Tussen 25 en 29 percelen	4 percelen
enz.	enz.

§ 2 - De last vermeld in artikel D.IV.54, § 3, eerste lid, 1° en 2°, die bestaat in de verkoop tegen een bepaalde prijs van een of meer voor bewoning gebruikte of bruikbare percelen aan de openbare huisvestingsmaatschappij waarbij de betrokken gemeente aangesloten is of aan privaatrechtelijke of publiekrechtelijke personen voor wie de toegang tot eigendom moet worden bevorderd, wordt uitgevoerd via een koopovereenkomst, een koopoptie of een andere overeenkomst.

Er wordt bepaald dat, voor ontsluitingen of opsplitsingen die voorzien in de creatie van minstens vijf voor bewoning gebruikte of bruikbare percelen, de verkoop tegen kostprijs, vanaf het vijfde perceel, van één perceel per vijf gecreëerde percelen, overeenstemt met het evenredigheidsbeginsel.

Aantal voor bewoning gebruikte of bruikbare percelen die door het project worden gecreëerd	Aantal percelen die tegen kostprijs moeten worden verkocht
Tussen 1 en 4 percelen	/
Tussen 5 en 9 percelen	1 perceel
Tussen 10 en 14 percelen	2 percelen
Tussen 15 en 19 percelen	3 percelen
Tussen 20 en 24 percelen	4 percelen
enz.	enz.

De prijs stemt overeen met de kostprijs van de percelen en dus met de vergoeding van de kosten die de aanvrager maakt om de percelen op te splitsen en/of te ontsluiten.

Het is de taak van de gemeenten om op basis van objectieve criteria te bepalen voor welke personen de toegang tot eigendom moet worden bevorderd."

Art. 51 - In boek 4, titel 2, hoofdstuk VII, afdeling 3, onderafdeling 2, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel R.IV.60-1 ingevoegd, luidende:

"Art. R.IV.60-1 - De in artikel D.IV.60, vierde lid, vermelde, door de bevoegde overheid geëiste financiële garantie voor het indienen van de stukken overeenkomstig artikel D.IV.73 bedraagt minstens 100 euro voor een vergunningsaanvraag zonder tussenkomst van een architect en minstens 750 euro voor een vergunningsaanvraag met tussenkomst van een architect."

Art. 52 - In boek 4, titel 2, hoofdstuk X, van hetzelfde Wetboek wordt een afdeling 3.1 ingevoegd, die een artikel R.IV.72-1 bevat, luidende:

"Afdeling 3.1 - Vereenvoudigde aanvraag tot wijziging van de toegekende vergunning voorafgaand aan of tijdens de uitvoering van de werken"

Art. 53 - In boek 4, titel 2, hoofdstuk X, afdeling 3.1, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel R.IV.72-1 ingevoegd, luidende:

"Art. R.IV.72-1 - De vereenvoudigde aanvraag tot wijziging van de toegekende vergunning voorafgaand aan of tijdens de uitvoering van de werken wordt, afhankelijk van de vorm van de aanvraag, ingediend via het formulier opgenomen in bijlage 4, 5 of 10, dat de inhoud ervan vastlegt."

Art. 54 - In boek 4, titel 2, hoofdstuk X, van hetzelfde Wetboek wordt het opschrift van afdeling 4, gewijzigd bij het besluit van 26 januari 2023, vervangen als volgt:

"Afdeling 4 - Documenten na uitvoering van de handelingen of werken"

Art. 55 - Artikel R.IV.73-1 van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het besluit van 26 januari 2023, wordt vervangen als volgt:

"Art. R.IV.73-1 - De documenten na uitvoering van de handelingen of werken worden ingediend door gebruik te maken van het model opgenomen in bijlage 34, dat de inhoud ervan vastlegt.

De documenten na uitvoering van de handelingen of werken bedoeld in artikel D.IV.73.1, § 1, 2° en 3°, bevatten de inhoud van de overeenkomstig artikel D.IV.26 ingediende plannen van de vergunning en beschrijven de werkelijke situatie na uitvoering van de handelingen of werken, alsook de stedenbouwkundige lasten. Verschillen tussen de vergunde plannen en de documenten na uitvoering van de handelingen of werken worden in het rood weergegeven.

Verschillen zijn niet uitgevoerde, anders uitgevoerde of bijkomend uitgevoerde werken en handelingen."

Art. 56 - In artikel R.IV.73.1-1 van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 26 januari 2023, wordt het eerste lid vervangen als volgt:

"De verklaring vermeld in artikel D.IV.73-1, tweede lid, wordt opgesteld door gebruik te maken van het model opgenomen in bijlage 33, dat de inhoud ervan vastlegt."

Art. 57 - Artikel R.IV.73.1-2 van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 26 januari 2023, wordt opgeheven.

Art. 58 - In boek 4, titel 3, hoofdstuk III, van hetzelfde Wetboek wordt het opschrift van afdeling 1 vervangen als volgt:

"Afdeling 1 - Het vervallen van de ontsluitings- of opsplitsingsvergunning"

Art. 59 - In boek 4, titel 3, van hetzelfde Wetboek wordt het opschrift van hoofdstuk V vervangen als volgt:

"HOOFDSTUK V - Intrekking van de vergunning"

Art. 60 - In boek 4, titel 3, van hetzelfde Wetboek wordt het opschrift van hoofdstuk VIII vervangen als volgt:

"HOOFDSTUK VIII - Wijziging of opheffing van de ontsluitings- of opsplitsingsvergunning"

Art. 61 - In boek 4, titel 5, van hetzelfde Wetboek wordt het opschrift van hoofdstuk III vervangen als volgt:

"HOOFDSTUK III - Akte na de wijziging van de ontsluitingsvergunning"

Art. 62 - In boek 4 van hetzelfde Wetboek wordt een titel 7.1 ingevoegd, luidende:

"Titel 7.1 - Spoedprocedure"

Art. 63 - In boek 4, titel 7.1, van hetzelfde Wetboek wordt een hoofdstuk I ingevoegd, luidende:

"HOOFDSTUK I - Toepassingsgebied"

Art. 64 - In boek 4, titel 7.1, van hetzelfde Wetboek wordt een hoofdstuk II ingevoegd, luidende:

"HOOFDSTUK II - Afwijkingen en verschillen"

Art. 65 - In boek 4, titel 7.1, van hetzelfde Wetboek wordt een hoofdstuk III ingevoegd, dat de artikelen R.IV.109.5-1 tot R.IV.109.11-1 omvat, luidende:

"HOOFDSTUK III - Procedure"

Art. 66 - In boek 4, titel 7.1, hoofdstuk III, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel R.IV.109.5-1 ingevoegd, luidende:

"Art. R.IV.109.5-1 - De vergunningsaanvraag in het kader van de spoedprocedure wordt, afhankelijk van de vorm van de aanvraag, ingediend via het formulier opgenomen in bijlage 4 of 5, dat de inhoud ervan vastlegt."

Art. 67 - In boek 4, titel 7.1, hoofdstuk III, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel R.IV.109.7-1 ingevoegd, luidende:

"Art. R.IV.109.7-1 - Het door de Minister afgegeven bericht van formele volledigheid in het kader van de spoedprocedure wordt opgesteld door gebruik te maken van het model opgenomen in bijlage 19."

Art. 68 - In boek 4, titel 7.1, hoofdstuk III, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel R.IV.109.11-1 ingevoegd, luidende:

"Art. R.IV.109.11-1 - De beslissing van de Minister tot toekenning of weigering van een aanvraag voor een stedenbouwkundige vergunning of voor een stedenbouwkundige vergunning voor groepen van bouwwerken in het kader van een spoedprocedure wordt, op straffe van nietigheid, genomen door gebruik te maken van het model opgenomen in bijlage 12."

Art. 69 - In boek 4, titel 7.1, van hetzelfde Wetboek wordt een hoofdstuk IV ingevoegd, luidende:

"HOOFDSTUK IV - Van toepassing zijnde bepalingen"

Art. 70 - Boek 5 van hetzelfde Wetboek, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 1 juli 2021, wordt opgeheven.

Art. 71 - In boek 7 van hetzelfde Wetboek wordt een hoofdstuk Ibis ingevoegd, luidende:

"HOOFDSTUK Ibis - Handelingen en werken die vermoedelijk in overeenstemming zijn met het recht inzake ruimtelijke ordening en stedenbouw"

Art. 72 - In boek 7 van hetzelfde Wetboek wordt een hoofdstuk Iter ingevoegd, dat de artikelen R.VII.1ter-1 tot R.VII.1ter-2 omvat, luidende:

"HOOFDSTUK Iter - Verklaringen betreffende de overeenstemming van handelingen en werken met het recht inzake ruimtelijke ordening en stedenbouw"

Art. 73 - In boek 7, hoofdstuk Iter, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel R.VII.1ter-1 ingevoegd, luidende:

"Art. R.VII.1ter-1 - De aanvraag tot het verkrijgen van een verklaring betreffende de overeenstemming van handelingen of werken met het recht inzake ruimtelijke ordening en stedenbouw wordt ingediend door gebruik te maken van het formulier opgenomen in bijlage 30, dat de inhoud ervan vastlegt."

Art. 74 - In boek 7, hoofdstuk Iter, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel R.VII.1ter-2 ingevoegd, luidende:

"Art. R.VII.1ter-2 - De verklaring betreffende de overeenstemming met het recht inzake ruimtelijke ordening en stedenbouw wordt, op straffe van nietigheid, afgegeven door gebruik te maken van het model opgenomen in bijlage 31."

Art. 75 - In boek 7, hoofdstuk III, afdeling 2, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel R.VII.4-1 ingevoegd, luidende:

"Art. R.VII.4-1 - De door de vaststellende beambten opgestelde voorafgaande waarschuwing in de zin van artikel D.VII.4 wordt, op straffe van nietigheid, afgegeven door gebruik te maken van het model opgenomen in bijlage 32."

Art. 76 - In boek 7 van hetzelfde Wetboek wordt het opschrift van hoofdstuk VI vervangen als volgt:

"HOOFDSTUK VI - Buitengerechtigde maatregelen na het opstellen van een proces-verbaal"

Art. 77 - In boek 7, hoofdstuk VI, van hetzelfde Wetboek wordt het opschrift van afdeling 3 vervangen als volgt:

"Afdeling 3 - Regularisatieonderzoek en vergelijk"

Art. 78 - In boek 7, hoofdstuk VI, afdeling 3, van hetzelfde Wetboek wordt onderafdeling 1 opgeheven.

Art. 79 - In boek 7, hoofdstuk VI, afdeling 3, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel R.VII.18-1 ingevoegd, luidende:

"Art. R.VII.18-1 - De beslissing van de Regering over de aanvraag voor een regularisatieonderzoek wordt, op straffe van nietigheid, genomen door gebruik te maken van het model opgenomen in bijlage 12."

Art. 80 - In boek 7, hoofdstuk VI, afdeling 3, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel R.VII.18-2 ingevoegd, luidende:

"R.VII.18-2 - Het bedrag van de transactiesom bedoeld in artikel D.VII.18 wordt berekend als volgt:

1° bouw, heropbouw of uitbreiding van bouwwerken, secundaire volumes, aanbouwvolumes, overdekte oppervlakten die niet gebruikt worden voor industriële doeleinden, handelsdoeleinden of beroepsdoeleinden:

- a) als het buiten gemeten strafbare volume minder dan 100 m³ bedraagt: 25 euro/m³;
- b) als het buiten gemeten strafbare volume meer dan 100 m³, maar minder dan 200 m³ bedraagt: 35 euro/m³;
- 2° bouw, heropbouw of uitbreiding van bouwwerken, secundaire volumes, aanbouwwolumes, overdekte oppervlakten voor industriële doeleinden, handelsdoeleinden of beroepsdoeleinden:
- a) als het buiten gemeten strafbare volume minder dan 100 m³ bedraagt: 35 euro/m³;
- b) als het buiten gemeten strafbare volume meer dan 100 m³, maar minder dan 200 m³ bedraagt: 60 euro/m³;
- c) als het buiten gemeten strafbare volume meer dan 200 m³ bedraagt: 80 euro/m³;
- 3° plaatsen van vaste installaties, muren en omheiningen: 50 euro/m² grondinneming of door de installatie ingenomen plaats of 50 euro per in de hoogte of lengte berekende strekkende meter bij puntvormige of lineaire installaties, muren en omheiningen;
- 4° plaatsen van uithang- en reclameborden: 200 euro/m²;
- 5° sloop: 100 euro per buiten gemeten m³;
- 6° werken aan de dragende structuur van een gebouw zonder wijziging van het volume of de bestemming: 250 euro;
- 7° wijziging van het uitzicht van de dakmaterialen of bekleding van de opgaande muren: 25 euro/m²;
- 8° maken of wijzigen van openingen of deuren en ramen in het dakvlak of in opgaande muren: 100 euro per opening;
- 9° vervanging van buitendeuren of ramen: 250 euro per deur of raam;
- 10° herstellen van oppervlakten uit beton of teer: 100 euro per m² strafbaar gestelde oppervlakte;
- 11° verharding van oppervlakten door ononderbroken en ondoordringbare materialen: 150 euro per m² strafbaar gestelde oppervlakte;
- 12° creatie van een nieuwe woning of een toeristische logiesverstrekkende inrichting in een bestaand gebouw: 5.000 euro per woning of toeristische logiesverstrekkende inrichting;
- 13° gehele of gedeeltelijke wijziging van de bestemming van een goed: 25 euro/m³ van het buiten gemeten gebouw, als de wijziging van de bestemming buiten een bestaand gebouw plaatsvindt;
- 14° wijziging in een gebouw waarvan de bij stedenbouwkundige vergunning toegelaten bestemming commercieel is: wijziging van de verdeling van de verkoopoppervlakten en van de toegelaten handelsactiviteiten: 35 euro/m²;
- 15° merkbare wijziging van het reliëf van de bodem, met inbegrip van het aanleggen van dammen of het uitgraven van holtes: 10 euro/m²;
- 16° bebossing, ontbossing, met inbegrip van de bosbouw en de kerstbomenteelt: 5 euro per m² beboste of ontboste oppervlakte of oppervlakte die het voorwerp uitmaakt van een kerstbomenteelt;
- 17° vellen van alleenstaande hoogstammige bomen in groengebieden die krachtens het geldend gewestplan of een geldend lokaal beleidsontwikkelingsplan zijn ingericht: 1.000 euro per geveld boom;
- 18° vellen van hagen of alleëen: 100 euro per strekkende meter geveld haag, 500 euro per in de alleë geveld boom;
- 19° vellen van waardevolle bomen, struiken of hagen: 1.000 euro per boom, 500 euro per struik, 100 euro per strekkende meter geveld haag;
- 20° wijziging van het uitzicht van waardevolle bomen, struiken of hagen: 500 euro per boom, 250 euro per struik, 10 euro per strekkende meter gewijzigde haag;
- 21° werken die het wortelstelsel van waardevolle bomen, struiken of hagen beschadigen: 350 euro per boom, 175 euro per struik, 10 euro per strekkende meter geveld haag;
- 22° rooien van de beplanting bedoeld in artikel D.IV.4, eerste lid, 13°: 125 euro per m² gerooide oppervlakte;
- 23° wijzigen van de beplanting bedoeld in artikel D.IV.4, eerste lid, 13°: 15 euro per m² gewijzigde oppervlakte;
- 24° opslag van afgedankte wagens: 250 euro per voertuig;
- 25° opslag van oud ijzer, materialen, afvalstoffen: 100 euro/m³;
- 26° plaatsen van mobiele installaties zoals woonwagens, caravans en tenten: 100 euro/m² ingenomen plaats op de grond;
- 27° bouwen van kunstwerken zoals bruggen, tunnels, wegen, leidingen: 10 van de geraamde kostprijs van de werken;
- 28° uitvoering van handelingen of werken die niet in de punten 1° tot 27° bedoeld worden: minimum 250 euro."

Art. 81 - In boek 7, hoofdstuk VI, afdeling 3, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel R.VII.18-3 ingevoegd, luidende:

"*Art. R.VII.18-3* - Het bedrag van de transactiesom vermeld in artikel R.VII.18-2 wordt verdubbeld als de handelingen en werken betrekking hebben op onroerende goederen die met toepassing van het erfgoeddecreet voorlopig of definitief gerangschikt zijn, in het beschermingsgebied van een voorlopig of definitief gerangschikt goed liggen of zich op een archeologische vindplaats bevinden."

Art. 82 - Artikel R.VII.19-1 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 1 juli 2021, wordt opgeheven.

Art. 83 - Artikel R.VII.19-2 van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het besluit van de Regering van 19 december 2019, wordt opgeheven.

Art. 84 - In boek 7, hoofdstuk VI, afdeling 3, van hetzelfde Wetboek wordt onderafdeling 2 opgeheven.

Art. 85 - In boek 7, hoofdstuk VI, van hetzelfde Wetboek wordt het opschrift van afdeling 4 vervangen als volgt:
"Afdeling 4 - Administratieve maatregelen"

Art. 86 - In boek 7, hoofdstuk VI, van hetzelfde Wetboek wordt een afdeling 5 ingevoegd, luidende:

"Afdeling 5 - Compenserende maatregelen"

Art. 87 - In boek 7, hoofdstuk VI, van hetzelfde Wetboek wordt een afdeling 6 ingevoegd, luidende:

"Afdeling 6 - Administratieve geldboetes"

Art. 88 - In artikel R.VIII.7-1, derde lid, van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het besluit van de Waalse Regering van 9 mei 2019, worden de woorden "omtrek met betrekking tot een herin te richten locatie, van een omtrek voor landschappelijk en milieuherstel" vervangen door het woord "saneringslocatie".

Art. 89 - In hetzelfde Wetboek wordt de bijlage 4, vervangen bij het besluit van de Regering van 1 juli 2021, vervangen door de bijlage 1 gevoegd bij dit besluit.

Art. 90 - In hetzelfde Wetboek wordt de bijlage 5, vervangen bij het besluit van de Regering van 1 juli 2021, vervangen door de bijlage 2 gevoegd bij dit besluit.

Art. 91 - In hetzelfde Wetboek wordt de bijlage 10, vervangen bij het besluit van de Regering van 19 december 2019, vervangen door de bijlage 3 gevoegd bij dit besluit.

Art. 92 - In hetzelfde Wetboek wordt de bijlage 11, vervangen bij het besluit van de Regering van 19 december 2019, opgeheven.

Art. 93 - In hetzelfde Wetboek wordt een bijlage 32 ingevoegd die als bijlage 4 is gevoegd bij dit besluit (zie Duitse versie).

Art. 94 - In hetzelfde Wetboek wordt de bijlage 30 vervangen door de bijlage 5 gevoegd bij dit besluit (zie Duitse versie).

Art. 95 - In hetzelfde Wetboek wordt de bijlage 31 vervangen door de bijlage 6 gevoegd bij dit besluit (zie Duitse versie).

Art. 96 - In hetzelfde Wetboek wordt een bijlage 33 ingevoegd die als bijlage 7 is gevoegd bij dit besluit (zie Duitse versie).

Art. 97 - In hetzelfde Wetboek wordt een bijlage 34 ingevoegd die als bijlage 8 is gevoegd bij dit besluit (zie Duitse versie).

Art. 98 - In artikel 1 van het besluit van de Regering van 6 februari 2020 tot aanwijzing van de personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap die belast zijn met de invordering van administratieve geldboeten, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 31 augustus 2023, wordt een bepaling onder 1.1^o ingevoegd, luidende: "1.1^o Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling;"

Art. 99 - Dit besluit treedt in werking op 1 mei 2024.

Art. 100 - De minister bevoegd voor Ruimtelijke Ordening is belast met de uitvoering van dit besluit.
Eupen, 18 april 2024.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën,
O. PAASCH

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting,
A. ANTONIADIS

18 APRIL 2024 - Bijlagen bij het besluit van de Regering tot
wijziging van het reglementaire deel van het Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling

Bijlage 1 (vervangt bijlage 4 van het Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling):

Bijlage 4 - Aanvraag voor een stedenbouwkundige vergunning met medewerking van een architect (zie Duitse versie)

Bijlage 2 (vervangt bijlage 5 van het Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling):

Bijlage 5 - Aanvraag voor een stedenbouwkundige vergunning zonder medewerking van een architect (zie Duitse versie)

Bijlage 3 (vervangt bijlage 10 van het Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling):

Bijlage 10 - Aanvraag voor een ontsluitingsvergunning of tot wijziging van een ontsluitingsvergunning of tot opheffing van een ontsluitingsvergunning (zie Duitse versie)

Bijlage 4 (voert bijlage 32 van het Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling in):

Bijlage 32 - Voorafgaande waarschuwing - Overtreding in de zin van het Wetboek van Ruimtelijke Ordening (zie Duitse versie)

Bijlage 5 (vervangt bijlage 30 van het Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling):

Bijlage 30 - Aanvraag om de overeenstemming met het recht inzake ruimtelijke ordening en stedenbouw te controleren (zie Duitse versie)

Bijlage 6 (vervangt bijlage 31 van het Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling):

Bijlage 31 - Verklaring betreffende de overeenstemming van handelingen en werken met het recht inzake ruimtelijke ordening en stedenbouw (zie Duitse versie)

Bijlage 7 (voert bijlage 33 van het Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling in):

Bijlage 33 - Verklaring betreffende de documenten na uitvoering van de handelingen en werken (zie Duitse versie)

Bijlage 8 (voert bijlage 34 van het Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling in):

Bijlage 34 - Formulier voor het indienen van documenten betreffende de uitvoering (zie Duitse versie)

Gezien om te worden gevoegd bij het besluit van de Regering tot wijziging van het reglementaire deel van het Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling.

Eupen, 18 april 2024.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën,
O. PAASCH

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting,
A. ANTONIADIS